

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die Leihspalten Kolonnen
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Beiträge
und Verammlungen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 1508.

Sonnabend, den 22. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 5121.

Reisefreunde.

Im Reichstag erklärten am letzten Donnerstag unsere Genossen gegenüber dem Geschwätz von der Vaterlandslosigkeit der Socialdemokraten, daß gerade unsere Partei in edelster Weise den nationalen Gedanken verkörpert, weil sie allein auf die kulturelle Wohlfahrt aller Volksglieder hinwirkt.

Es ist seltsam, daß dieselben Leute und Parteien, die einem eckhaften, sinnlosen und verderblichen Chauvinismus huldigen, die eine weltpolitisch schnelle Prohibitivpolitik der Selbstüberhebung und Vergewaltigung treiben, die alle andern Völker auf Kosten der Deutschen herabsetzen und ihre Niederwerfung als nationales Herrenrecht heischen — daß dieselben Elemente bei jeder Gelegenheit bereit sind, in der demütigsten Weise um die Freundschaft des Auslandes zu werden.

Bei der schönen Lauffahrt des Prinzen Heinrich sehen wir dieselbe klägliche Erscheinung. Abgesehen davon, daß von keiner Seite diese Diplomatenpolitik kleiner Präzente, die ein Hohn auf jede ernsthafte Staatsmannskunst ist, mit der notwendigen Schärfe kritisiert wird, wagt man nicht einmal ein Wort des Protestes gegen die jeden ehrlichen Nationalstolz verletzenden Begleiterscheinungen, unter denen sich wiederum die Nation vollzieht.

Noch ist der Brief des Prinzen Heinrich an den amerikanischen Admiral Dewey nicht aufgeläut, und schon hört man von weiteren höchst merkwürdigen Vorgängen, die aber anscheinend nur das mangelnde Nationalgefühl der Socialdemokraten verletzen.

Wir teilen gestern jenes Telegramm des „New York Journal and Advertiser“ mit, aus dem hervorgeht, wie viel Mühe das auswärtige Amt aufwendet, um die amerikanische Presse der Reise des Prinzen Heinrich gnädig zu stimmen. Der deutsche Pressfeldmarschall Hamann soll sogar die Person des Kaisers herangezogen haben, um den Ausdruck seiner Dankbarkeit für das freundliche Verhalten des New Yorker Blattes zu verstärken.

„Diese erstaunliche Auszeichnung des „New York Journal and Advertiser“ bildet“, so führt eine uns zugegangene Zuschrift aus, „ein charakteristisches Seitenstück zu einem andern Zwischenfall, welcher sich kurz vor der Abreise des Prinzen Heinrich aus Bremerhaven zugezogen hat. Es war dies am Tage nach der Veröffentlichung jener „Herold“-Depesche, in welcher es hieß, der Prinz hätte an den famosen Admiral Dewey eine Art Entschuldigungsschreiben wegen der bekannten Vorgänge vor Manila gerichtet. Der Prinz wurde nun (wie es heißt, auf Verreiben des Völkstafers v. Holleben) von seiner Umgebung veranlaßt, vor seiner Abfahrt den Berliner Reporter der „Associierten Presse“ zu sich zu rufen und die Existenz jenes Briefes ausdrücklich in Abrede zu stellen.“

Zu derartigen direkten Kundgebungen „aus allerhöchsten Kreisen“ bemerkt man also ausgerechnet die „Associierte Presse“ und das New Yorker „Journal“! In diesem Vorgehen spiegelt sich eine der aller unerfreulichsten Charaktereigenschaften des neuen Rufes wieder — die förmliche Sucht, sich mit Freundschafts- und Vertrauensbeweisen gerade an solche Elemente zu wenden, von denen man noch kurz zuvor auf das gräßlichste beschimpft worden ist. Das nennt man in Deutschland vernünftig „höhere Politik“ und „Staatsraison“. Anderswo nennt man es — anders.

Die „Associierte Presse“ hat 1898, gerade während der kritischen Manila-Episode, von Berlin aus in einer Weise gegen Deutschland gehetzt, daß in das amerikanische Volk der bitterste Haß gegen alles Deutsche hineingepflanzt wurde. Der damalige Reporter der „Associierten Presse“ in Berlin war der berühmte Wolf v. Schierbrand — ein Renegat schöffelster Sorte, der, um sich in seiner Stellung zu erhalten, blindlings den Instruktionen seines Londoner Vorgesetzten, eines gewissen Reef, gehorchte. Und diese Instruktionen lauteten blödsinnig: „Run down Germany by all means!“ — Deutschland mit allen Mitteln schlecht machen! Und Schierbrand machte Deutschland schlecht, — so schlecht, daß die Amerikaner laut jubelten, als Dewey in Triest (er war damals auf der Heimfahrt aus Manila begriffen) das gewünschte Wort aussprach: „Our next war will be with Germany.“ — „Der nächste Krieg, den wir führen werden, wird der Krieg mit Deutschland sein!“

Dasjenige Blatt, welches in dieser kritischen Zeit diese Feindseligkeit gegen Deutschland am eifrigsten und gebälligsten, in Wort und Bild, zu schüren bestrebt war, war das — New Yorker „Journal“. Der Herausgeber dieses Blattes, der Millionär Hearst, rühmte sich 1898 laut und öffentlich, daß er es gewesen sei, der durch seinen Einfluß als Leitungs-Herausgeber den Krieg gegen Spanien herbeigeführt habe. Er pflegte wohl auch hinzuzufügen: „Jetzt wird wohl bald Deutschland an die Reihe kommen.“ Das war lange, ehe Dewey seinen berühmten Anspruch hat. Hearst ließ denn auch in Verbindung dieser seiner Gesinnung in seinem Blatte einen „Cartoon“ zeichnen, in welchem Onkel Sam dargestellt wird, wie er eine männliche Figur, die Deutschland personifizieren sollte, über's Knie legt und ihm mit drohend geschwungener Ruthe die Worte zuruft: „Du, wenn Du Dich nicht ordentlich aufführst, bist Du der nächste (nach Spanien)!“ Das ist

aber nur ein Proöchen der perfiden Brunnenbergiftung, welche damals in dem Pears'schen Blatte betrieben wurde. Das „Journal“ betrieb die Beschimpfung Wilhelms II. geradezu als Sport — zum größten Gaudium seiner Leser. Wenn daselbe Blatt jetzt mit einem Male eine allerdings recht plumpe, ungeschickt gemachte Deutschfreundlichkeit zur Schau trägt, so wird dies keinen Reiner amerikanischer Pressverhältnisse auch nur einen Augenblick überraschen können. Das Blatt weiß eben, daß drüben augenblicklich mit der Deutschfreundlichkeit die besten Geschäfte zu machen sind, ebenso gute Geschäfte, wie seiner Zeit die Heze gegen Spanien und Deutschland, die man im Auswärtigen Amt offenbar schon wieder vergessen hat. Warten wir einmal ab, wie daselbe „Journal“ in sechs Monaten über Deutschland schreiben wird, wenn der jetzt in Scene gesetzte Kummel drüben wieder verfloren sein wird. Und er wird ersichtlich schnell verfloren sein, trotz der amtlichen Verbrüderung mit der „Associierten Presse“ und „Journal“.

Soweit die Zuschrift. Es ist ja an sich nur eine unbedeutliche Episode, die in ihr genauer gezeichnet wird. Dennoch ist der Vorgang typisch für die gegenwärtige Politikmachelei Deutschlands. In der einen oder der andern Form wiederholt sich derselbe Prozeß ununterbrochen — auf diese Weise wird über das Geschick des deutschen Volkes weise und würdig gewaltet. Wir vaterlandslosen Socialdemokraten sind froh, daß uns das Gefühl für solche Art nationaler Politik völlig abgeht.

Zolltarif-Kommission.

Die Freitagssitzung der Kommission über den Zolltarif zeitigte durch die Verlesung der Mehrheit, die Minderheit zu verewaltigen, zwei erregte Geschäftsordnungs-Debatten, die beide mit einem Sieg der Minderheit endeten.

Der zu Beginn der Sitzung vom Abg. Müller-Meinungen gestellte Antrag, die Kommissionssitzungen entsprechend der Geschäftsordnung und der Gewohnheit des Hauses mit dem Beginn der Plenarsitzungen zu unterbrechen, spricht etwas Selbstverständliches aus. Er war aber durch die Vorgänge in der Kommission am Tage vorher notwendig geworden. Die Mehrheit zeigte erst keine Lust, das zweifelhafte Zutreffende des Antrages anzuerkennen. Vebel mußte ihr erst eindringlich darlegen, wie geradezu pflichtwidrig es wäre, wenn dem Präsidenten des Reichstags seitens der Kommissionsmehrheit das Gehör versagt und Obstruktion getrieben würde; er mußte mit einem Beschluß des Plenums drohen, um einige Abgeordnete und dann auch den Vorsitzenden Rettich zu dem Jugeständnis zu bewegen, daß selbstverständlich mit dem Beginn der Plenarberatungen die Kommissionssitzung geschlossen werden würde. Daraufhin wurde der Antrag Müller zurückgezogen.

In dieser Debatte wurde die zweifelhafte Frage der Geschäftsordnung zu bejahende Frage gestellt, ob für den Fall der Schließung der Kommissionssitzung während der Rede eines Mitgliedes demselben Redner zu Beginn der nächsten Sitzung das Wort gegeben werden müsse. Zur Entscheidung kann die Frage erst gelangen, wenn in der That in solchem Falle die Mehrheit Einschränkung der Redefreiheit versuchen sollte.

Eine zweite Geschäftsordnungs-Debatte wurde durch ein eigenmächtiges Verfahren des Abg. v. Wangenheim und des Vorsitzenden hervorgerufen. Der Führer des Bundes der Landwirte hatte entgegen der Vorschrift der Geschäftsordnung, nach der nur der deutsche Sprache die vorläufige Rede vorlesen dürfen, eine Rede in der Form einer Erklärung verlesen und gar noch beantragt, diese Rede zu Protokoll zu nehmen. Der Vorsitzende wollte diesem Verlangen seines Fremdes entsprechen. Gegen dieses Verfahren wurde energisch protestiert. Daß ein Abgeordneter Materialien zu Protokoll oder dem Berichterstatter giebt, ist schon vorgekommen. Aber daß ein Abgeordneter eine Erklärung darüber zu Protokoll giebt, wie er über eine Vorlage oder eine Erklärung der Regierung denke, kann bei der weitestgehenden Auslegung nicht für zulässig erachtet werden. Solche Praxis würde schließlich ein Debattieren völlig überflüssig machen und die Verhandlungen außerordentlich erschweren. Trotzdem war die Mehrheit geneigt, das Verfahren des Vorsitzenden zu billigen, wenn nicht schließlich v. Wangenheim selbst es vorgezogen hätte, sein Verlangen zurückzuziehen. Die „Erklärung“ des Hauptlings des Bundes der Landwirte war ein Sammelsurium von Phrasen, deren Verfasser die „Regierung“ des Bundes der Landwirte gewesen zu sein scheint. Offenbar hält sich der Bund für eine „Großmacht“, seinen Vorsitzenden für den „König der Landwirte“, der diplomatische Noten zwischen dem Bund und der Reichsregierung auszutauschen hat. Die Haltung dieses „Königs der Landwirte“ bei Abgabe seiner Erklärung war so grotesk wie möglich. Hinter all dem Firtelsang steht das heilige Verlangen, wenigstens als Abschlagszahlung den Zolltarif einzufaden und gleichzeitig für die Zukunft einen Wechsel mit vielstimmigen Zahlen bereit zu stellen. Wie Ludwig XIV. sagen konnte: „Péna c'est moi (der Staat, das bin ich)“, so möchte Herr v. Wangenheim glauben machen: l'agriculture c'est moi (die Landwirtschaft, das bin ich).

Den sehr eindringlichen, streng sachlichen klaren Ausführungen Vebel's über die Wirkung der Getreidezölle hörten Herr v. Wangenheim und seine Freunde kaum zu. Das kann bei Senten, die dreiwendehalbte Million Unterchristen wirklich weitleidender Reiten übersehen können, nicht wundernehmen. Was schert die Herren eine Fülle sachlicher Gründe? Sie hören aus allen nur das Nein. Am nächsten Dienstag wird die Debatte über die Minimalzölle und über die Tarifstellen 1-4 (Koggen, Welgen, Gaser, Gerste) fortgesetzt werden.

Die Freitagssitzung begann wieder mit einer langen Geschäftsordnungsdebatte.

Müller-Meinungen (fr. Sp.) beantragt, daß an denjenigen Tagen, an welchen Plenarsitzungen stattfinden, die Kommissionssitzungen spätestens dann zu schließen haben, wenn die Plenarsitzung beginnt. Redner verweist darauf, daß sein Verzicht auf das Wort am Schlusse der gestrigen Sitzung erzwungen gewesen sei.

Vorsitzender Rettich meint, Müller-Meinungen sei selber daran schuld. Gätte er seine Rede nicht so ausgedehnt, dann hätte die Sitzung nicht so lange gedauert. Es ist weder im Plenum, noch in den Kommissionen üblich, daß Reden abgebrochen und in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

Vebel (Soz.): Bei den Plenarverhandlungen liegt die Sache anders, denn das Plenum ist in der Dauer einer Sitzung unbeschäftigt. Die Kommission aber muß sich nach dem Beginn der Plenarverhandlungen richten. In der Brauntweinsteuer-Kommission ist es vorgekommen, daß ein Redner seine Rede abgebrochen und am nächsten Tage fortgesetzt hat.

Herold (L.): Wenn es zulässig sein soll, daß Reden unterbrochen und am nächsten Tage fortgesetzt werden können, dann kann ein Redner ja eine ganze Reihe von Sitzungen ausfallen.

Stadthagen (Soz.): Herold kann in der Theorie ja recht haben, in der Praxis wird es aber dazu nicht kommen. Denn sonst wäre ja auch zu befürchten, daß jemand ein ganzes Jahr lang über den Etat spricht.

Vebel: Die Ordnung des Hauses gebietet, daß jeder, wenn der Präsident zur Plenarsitzung ruft, diesem Rufo folgt. Das Vorgehen der Mehrheit dieser Kommission war nichts als Obstruktion gegen den Willen des Reichstagspräsidenten.

Spahn (L.) und Blankenhorn (natl.) erklären es für ganz selbstverständlich, daß beim Beginn der Plenarsitzung die Verhandlungen der Kommission enden müßten.

Rummeier erklärt endlich der Vorsitzende Rettich, daß auch er den gestrigen Fall als eine Ausnahme betrachte und künftig die Sitzungen der Kommission mit dem Beginn der Plenarsitzungen beenden würde. Aber ein Recht auf Fortsetzung der Rede am nächsten Tage, wie es der Abg. Müller-Meinungen beansprucht habe, bestiehe nach der Geschäftsordnung nicht.

Dieser Ansicht treten Vebel, Müller-Meinungen und Stadthagen wiederholt entgegen.

Schließlich zog Müller-Meinungen im Hinblick auf den mit seiner Auffassung übereinstimmenden Willen der Kommission seinen Antrag zurück.

Dann tritt die Kommission in die sachliche Beratung ein.

v. Wangenheim (L.): Vosadow'sch's Ausführungen über die Schädigungen der Landwirtschaft durch Verteuerung der Futtermittel sind unhaltbar. Im Viehpreise werde der Futterpreis mitbezahlt. Wer ein Stück Vieh verkauft, verkauft auch und Kraftfutter in Form von Fleisch. Sowie in jeder Ware das Rohmaterial bezahlt wird, erhält auch der Viehzüchter außer seiner Arbeit die Aufwendungen, die er für Futter gemacht habe. Niedrige Preise für Futtermittel würden also nur dem Fleischkonumenten und nicht dem Viehzüchter zu gute kommen. Redner verliest eine lange Erklärung des Bundes der Landwirte, in welcher zum Schluß betont wird, daß der Kompromissantrag Herold für den Bund der Landwirte in diesem Stadium der Verhandlungen unannehmbar sei. Er würde dem Zolltarif nur dann zustimmen können, wenn die vom Bund der Landwirte verlangten Getreidezölle in den Zolltarif eingesetzt würden, denn das seien die Mindestzölle, bei denen die Landwirtschaft noch existieren könne. Redner übergibt diese Erklärung dem Vorsitzenden zu Protokoll, der sie bereitwillig entgegennimmt.

Vebel: Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, daß solche Erklärungen verlesen und zu Protokoll entgegengenommen werden. Das Verlesen hätte überhaupt nur gestattet werden dürfen, wenn Wangenheim der deutschen Sprache nicht mächtig wäre. — Redner wendet sich nun zur Sache.

Die Spiritus- und Zuckerindustrie sind ein sprechendes Beispiel dafür, wofür die Liebesgaben-Politik führt. Troy oder vielmehr wegen aller dieser Liebesgaben sind die Getreidepreise in eine außerordentlich prekäre Lage geraten. Der Staatssekretär erklärte, 5 W. Zoll könnten getragen werden, wie die Zeit von 1887 bis 1892 bewiesen habe. Aber die ersten Jahre brachten infolge reicher Ernten keine hohen Getreidepreise, doch 1891 stiegen die Preise auf eine Höhe, daß selbst die Agrarier ernsthaft mit dem Gedanken umgingen, die Zölle außer Kraft zu setzen. Erhöhen wir die Zölle auf Getreide, dann werden die Vertragsstaaten sich revidieren, indem sie ihre Eingangszölle für deutsche Industrieprodukte erhöhen, aber selbst angenommen, mit diesen Sägen können Handelsverträge zu Stande, dann würden die deutschen Arbeiter doch geschädigt, sie müssen ihr Brot teurer bezahlen und werden auch als Arbeiter durch die Erschwerung der Ausfuhr nach den Ländern leiden, die sonst die besten Abnehmer unserer Industrieprodukte sind. Will man Klarheit über die Lage schaffen, dann möge man den Reichstag auflösen. Das Volk wird schon die richtige Antwort geben. Die neue Theorie des Grafen Vosadow'sch, daß hohe Getreidezölle den Weltmarktpreis drückten, wäre, wenn sie richtig wäre, sehr verhängnisvoll. Wir würden den ausländischen Bauern die Einnahmen herabdrücken und ihre Konsumfähigkeit vernichten, den Industriellen des Auslandes aber durch Freisetzung der Bauern billige Arbeiter liefern und dadurch die deutsche Industrie schädigen, ohne dem deutschen Bauern zu nützen, der das, was er durch die Zölle gewinnt, durch den Druck des Weltmarktpreises für Getreide wieder verliert. Redner weist nach, daß die Protektion ihr Wort um den Zollfuß höher bezahlen müssen. Gegenwärtig müssen die Arbeiter schon 5 Proz. ihres Einkommens für die Brotsteuer hingeben, und diese Steuer wird durch den Tarif auf 6 Proz. erhöht. Es giebt zwar

nolleidende Landwirte, aber diesen wird man durch die Zölle nicht helfen, dagegen werden die Kollektenden im Lande aus andern Gesellschaftsklassen durch die Zölle geschädigt. Die Verteuerung der Lebensmittel führt zur Verschlechterung der Lebenshaltung und schädigt die Gesundheit, die Kraft und Leistungsfähigkeit des Volkes. Eine Enquete der sächsischen Regierung hat ergeben, daß schon jetzt die Preise für die notwendigen Lebensmittel gestiegen sind. Auch Agrarstaaten, wie Baden und Württemberg brauchen noch einen Zuschuß an Brotgetreide. Die kleinen Landwirte würden oft mehr durch den hohen Wildstand der Großgrundbesitzer, der aus deren Wäldern in ihre Felder kommt, geschädigt als sie durch die Zölle gewinnen könnten. Sobald die Zollerhöhung kommt, werden die Pachtrenten für das Land, also die Produktionspreise, gesteigert und das Verhältnis bleibt das alte.

In weiten landwirtschaftlichen Kreisen sieht man der Zollerhöhung ablehnend gegenüber, wie dies die Petitionen aus Oldenburg, Schleswig-Holstein, Hannover und auch aus Süddeutschland beweisen. Auch Großgrundbesitzer des Ostens sind Gegner des Zolls. Ein Großgrundbesitzer im Osten, der Socialdemokrat ist und ein Areal von 750 Hektar bei sehr intensiver Wirtschaft bewirtschaftet, ist ein großer Viehproduzent. Er hatte aus Getreide an Einnahmen und für Futtermittel an Ausgaben:

Einnahmen aus Getreide:	Ausgaben für Futtermittel:
1896 6568	11814
1897 6429	14765
1898 12962	19656
1899 12165	13759
1900 14372	18339
1901 10650	14372

Dieser Großgrundbesitzer hätte also von einer Erhöhung der Getreidepreise einen höchst problematischen Nutzen und ist Gegner der Zollerhöhung. In Dänemark ist die Landwirtschaft auf besonderer Höhe, weil man dort großen Wert auf die technische Ausbildung der Landwirte legt. Unsere Junker aber glauben vielfach, daß die dümmsten Arbeiter die besten sind, die Dänen aber beweisen, daß die Intelligenz der Arbeiter die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft steigert. Man sollte der Landwirtschaft durch Hebung der Volksbildung, Förderung des Genossenschaftswesens, Verbesserung der Verkehrsmittel helfen. Leute, die wie Schulz-Lupis eine Hebung der Landwirtschaft durch technische Entwicklung und wissenschaftliche Ausbildung der Landwirte herbeiführen wollen, werden von den Agrariern bekämpft. Die Fortschritte in der Viehzucht sind vom freihändlerischen England geschaffen worden.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die Anschauung des Abgeordneten Dr. Müller, daß der Minimalzoll der Verfassung widerspreche und die Rechte der Krone beeinträchtige, ist unrichtig. Sonst müßten die Maximalzölle ebenfalls unzulässig sein. Durch jedes spätere Reichsgesetz werde das frühere aufgehoben. Die Vergleiche mit Island passen nicht wegen der ganz verschiedenen klimatischen und Bodenverhältnisse. Der Minister kommt dann auf seine gestrigen Ausführungen zurück und sucht wiederholt nachzuweisen, daß der Getreidepreis im Inlande nicht von der Höhe der Zollsätze abhängig ist.

Redner bestreitet, daß er behauptet hätte, die Zölle drückten den Weltmarktpreis für Getreide. Er habe nur sagen wollen, daß solche Bestimmungen in andern Staaten vorhanden seien. Kein Mensch kann verlangen, billiges Brot zu essen, bei dessen Herstellung ein anderer verliert. Die Weizenpreise sind durch die Zölle nicht gesteigert worden, weil die Frachtsätze von Chicago nach Liverpool mehr gefallen sind als die Zölle ausmachen. Anfangs der vierziger Jahre betrug die Frucht pro Tonne 58 M., sank 1858 auf 27 M. und beträgt jetzt nur noch 21 M. Die Zölle sollen nur eine Abwehr gegen weitere Verschlechterungen der Lage der Landwirtschaft sein.

Der Vorsitzende ersucht den Staatssekretär, sein Zahlenmaterial zu Protokoll zu geben. Der Minister sagt es zu.

Es entspinnt sich nun wieder eine längere Geschäftsordnungs-Debatte.

Fischbeck (fr. Sp.) erbittet zur Geschäftsordnung das Wort. Der Vorsitzende erklärt, daß sich zwei Regierungsvertreter vorher zum Wort gemeldet hätten.

Fischbeck verlangt zur Geschäftsordnung, vorher zum Worte zu kommen, worauf ihm der Vorsitzende das Wort erteilt.

Fischbeck beantragt nun, die Erklärung des Bundes der Landwirte, die Herr v. Wangenheim überreicht habe, nicht zu Protokoll zu nehmen. Bisher hätten nur die Regierungsvertreter das Recht gehabt, Erklärungen zu Protokoll zu geben. Der Bund der Landwirte sei aber kein Faktor der Gesetzgebung.

Vorsitzender Nettich verteidigt die Aufnahme der Erklärung Wangenheim zu Protokoll als Geschäftsordnungsmäßig.

Dr. Spahn bittet den Antrag Fischbeck abzulehnen. Es sei zulässig, solche Erklärungen zu Protokoll zu nehmen. Damit sei nicht gesagt, daß sie auch in den schriftlichen Bericht über die Kommissionsverhandlungen an das Plenum gelangen.

Bebel hält es für ganz unzulässig, daß im Namen von Fraktionen Erklärungen zu Protokoll gegeben würden. Hier sei jeder nur Kommissionsmitglied. Wangenheim habe immer von „wir“ gesprochen. Wer seien denn diese „wir“? Seien es Kommissionsmitglieder oder Leute, die draußen stehen hätten hätten aber nicht mitzureden. Es sei doch auffällig, daß jetzt in jeder Sitzung sich solche merkwürdige Dinge ereigneten, die nur durch völlige Unzulänglichkeit und Parteilichkeit des Vorsitzenden zu erklären seien.

Wangenheim bemerkt, er habe den Inhalt seiner Erklärung für so wichtig gehalten, daß er sie aufgeschrieben habe.

Gump (Sp.) tritt für die Aufnahme der Erklärung ins Protokoll ein.

Wangenheim (natl.) hält den ganzen Streit für unerheblich, er habe nichts gegen die Aufnahme der Erklärung.

Redner von Wangenheim zieht nunmehr sein Ersuchen auf Protokollübernahme zurück. Wenn er geahnt hätte, welchen Rärm sein Vorgehen erregen würde, hätte er es nicht eingeschlagen.

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte.

Direktor im Reichsamt des Innern Wermuth polemisiert gegen Bebel. Bei der Bildung der Brotpreise wirkten viele unkontrollierbare Faktoren mit. In ein und derselben Stadt seien sie häufig verschieden. In Berlin seien z. B. bei einem Bäder im Arbeiterviertel des Nordens höhere Brotpreise festgesetzt worden als bei einem Bäder im Centrum. Allein bestimmend sei der Getreidepreis jedenfalls nicht für den Brotpreis.

Redner verliest eine Anzahl Tabellen, aus denen sich ergibt, daß der Brotpreis nicht immer parallel mit dem Getreidepreise sich bewegt, namentlich dem Falle der Getreidepreise nicht immer folgt.

Württembergischer Regierungsrat Dr. Schneider polemisiert ebenfalls gegen Bebel. Württemberg habe im Interesse der kleinen Landwirte die Zollerhöhungen zugestimmt. Die württembergischen Landwirte seien sich des Nutzens auch wohl bewußt, wie sich aus der Stellungnahme des aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgehenden württembergischen Landtags ergebe. Sechs demokratische Landtags-Mitglieder hätten sich auch für erhöhte Getreidezölle ausgesprochen. Der Regierungsentwurf bilde aber die Grenze, bis zu

welcher die württembergische Regierung gehen könne, sie müsse deshalb den Antrag Herold verwerfen.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 10 Uhr vertagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar.

Der Reichstag.

Die Freitagssitzung verlief sehr eintönig. In ihrem ersten Teil wurden nur recht gleichgültige Dinge zur Sprache gebracht. Der Hauptredner war der Präsident, der die Kapitelüberschriften und Titelnummern auszurufen hatte. Die Affaire der Verhaftung des Oberstabsarztes Schimmel, bei der man auf eine längere Debatte hätte rechnen können, wurde durch eine entgegenkommende Erklärung der Militärverwaltung sehr schnell erledigt.

Eine unerwartete Freude wurde dem Hause zu teil, als der Abg. v. Massow das Wort nahm. Doch folgte sofort die Enttäuschung, denn Herr von Massow begann eine Rede mit der Versicherung, daß er nur ein Glas Bier getrunken habe. Er sprach auch lange nicht so spirituell wie beim ersten Mal. Immerhin wackelten die alten Parteiführer der Konservativen bedenklich auf ihren Stühlen, denn es gelang dem aufstrebenden Talent, sich über die Vorschriften der Geschäftsordnung hinwegzusetzen und bei dem Titel „Remontepferde“ über den Reizeist des Offiziercorps, den Distanzritt eines Hohenzollernfürsten, die Spielerprozesse, den Pferdehandel nach England, den Großvater des socialdemokratischen Gutsbesizers Poser, die Selbstlosigkeit der Landwirte und die Schläge der Socialdemokratie, deren Kopf Bebel ist, zu sprechen. Erst als er dem Hause die Motive seines Ueberganges zur militärischen Laufbahn klarlegen wollte, erteilte ihn das Geschick: Herr Wülfing rief ihn von den Säuzen zu den Regimentpferden zurück und trotz tapferen Widerstandes mußte der zukünftige Mann der Rechten schließlich der höheren Gewalt des Präsidenten nachgeben.

Nach dem Scherz kam dann wieder der Ernst zur Geltung. Genosse Zuhel beschäftigte sich in einer sehr gründlichen Rede mit den Zuständen in der Staatswerkstätte zu Spandau, so wie er das seit mehreren Jahren thut. Die unablässige socialdemokratische Kritik hat einige Mängel beseitigt, aber es sind noch viele übrig geblieben. Vor allen Dingen ist es die neue Lohnordnung, die die Unzufriedenheit geweckt hat. Ein charakteristisches Zeichen hierfür ist es, daß es ein halbes Jahr lang der Direktion unmöglich gewesen ist, den Arbeiterauschuss zusammenzubringen. Die Erwählten streikten, um so die Mißstimmung der Arbeiter über die Lohnordnung zum Ausdruck zu bringen. Bei einzelnen Mitteilungen unjeres Genossen schüttelte der Kriegsminister den Kopf, so bei der, daß in der Geschützgießerei die Lohnzahlung auf der Strafe erfolgt ist. Der Vertreter des Kriegsministers, General v. Einem, mußte diese Angabe bestätigen, meinte aber, ihm sei es gleich, ob er sein Gehalt auf der Stube oder im Freien erhalte. Wenn er an einem Wochentagabend auf der Straze auf ein paar magere Groschen warten müßte, würde seine Zufriedenheit wohl einen bedenklichen Stoß erhalten. Als freiwilliger Regierungskommissar trat der konservative Abg. Pauli-Votsdam auf. Nach seiner Darstellung sind die Spandauer Staatsarbeiter die zufriedensten Menschen der Welt, unzufrieden scheinen nur die Meister zu sein, zu deren Sprachrohr Herr Pauli sich selber machte.

Das Ordinarium wurde heute erledigt, Sonnabend soll das Extra-Ordinarium behandelt werden. Außerdem steht unsere Interpellation wegen des Deutheuer Arbeitersekretariats und der Reichs-Invalidentfonds zur Beratung.

Der neue Polizeiminister.

Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern, die am Freitag im Abgeordnetenhause begann, gab dem neuen Minister Herrn v. Hammerstein, der sich bislang eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hatte, zum erstenmale Gelegenheit, sich politisch zu entscheiden. Seine beiden Reden zu dem Titel Ministergehalt charakterisieren ihn als echten und rechten Polizeiminister. Sieht er auch seinen Amtsvorgängern, den Herren v. d. Neke und Herrn v. Rheinbaben, an anderer Schneidigkeit nach, so vertritt er doch genau wie diese den Standpunkt, daß die Polizei in Preußen das höchste Gesetz ist, daß die Verwaltungsbeamten, in erster Linie die Landräte, sich in den Dienst der konservativ-agrarischen Sache zu stellen haben und daß der Volkserziehung für sein Thun und Lassen nicht Rechenschaft abzugeben verpflichtet ist. Das Land mit dem Wappen des Ochsenkopfes, wo er die schönsten Jahre seines Lebens verbracht hat, ist seine geistige und politische Heimat geblieben. Mecklenburg annektert Preußen!

Die beiden Fragen, über die sich der Minister aussprach, betrafen das bekannte Verhältnis des Landrats von Malgau bei der Wahl in Greifswald-Grimmen und die Nichtbestätigung des Stadtrats Kauffmann zum Bürgermeister von Berlin.

Den Verlust ihrer Hochburg Greifswald-Grimmen können die Brotwucherer nicht verkraften; sie suchen sich nachträglich durch die Politik der kleinen Nabelstiche zu rächen, indem sie solche Personen, die in dem Wahlkampf direkt oder indirekt die Zollgegner unterstützt haben, wirtschaftlich zu schädigen bemüht sind, und in diesem Kampfe hat der Landrat des Kreises die Führerrolle übernommen. Seiner Initiative ist es zu danken, daß über das Lokal einer Witwe in Grimmen, die ihren Saal allen Parteien zur Verfügung gestellt hatte, der Vorkott der „Staatsverfallenden“ Elemente verhängt wurde, und zwar trat die Wirkung des Vorkotts zum erstenmal in der Erscheinung bei der Kaiser-Geburtstagsfeier. Dies Verhalten des Landrats hieß der Regierungspräsident gut mit der Begründung, es habe in dem Lokal eine Verbrüderung der Freisinnigen und der Socialdemokraten stattgefunden. Nähere Aufschlüsse über diese „Verbrüderung“ wäre gerade aus Socialdemokraten erwünscht, für die sich eine Intimität sehr blamabel wäre.

Man hätte wohl annehmen dürfen, daß der Minister diesen Uebergriff des Landrats, der sich, um die Worte des Abg. Friedberg (nl.) zu gebrauchen, zum Agenten einer bestimmten politischen Partei gemacht hat, aufs schärfste tadeln würde. Aber der neue Herr billigt nicht nur in jeder Beziehung das Vorgehen des Landrats, sondern überhäufte auch die Führer der Liberalen in Grimmen mit Beschimpfungen, die den Unwillen der gesamten Linken Seite des Hauses, einschließlich der Rationaliberalen, hervorrief. Wie muß es um einen Minister bestellt sein, wenn sogar das Dreiklassenparlament ihm seine Entrüstung durch lebhaftes Rufen bekundet!

Die interessanten Erlebnisse, die Abg. Gotthein (fr. Sp.), der Vertreter des Wahlkreises Greifswald-Grimmen im Reichstage, aus dem letzten Wahlkampf zum Besten gab, liefern einen wichtigen Beitrag dafür, daß der Geist des seligen Puttkamer noch immer

in Vornern herumpflut. Verteidiger erklanden dem Minister nur in dem konservativen Herrn v. Brochhausen, der die Position des Ministers vollends verlor, und in Herrn v. Redlich (fr.), der, mangels stichtätiger Gründe, seine pro Sisk mit 25 M. honorierte Treue zu Kaiser und Reich anpries und auf den Bund der Landwirte ein längeres Loblied sang. Eine kräftige Abfuhr ließ Abgeordneter Dr. Barth dem Minister zu teil werden.

Sehr „liberal“ war in der Debatte, doch kein Redner der Linken es für nötig hielt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß das Vorgehen des Landrats auch dann aufs schärfste zu verurteilen wäre, wenn es sich nicht gegen den Freisinn, sondern gegen die Socialdemokratie gerichtet hätte. Das Ausreten der Redner von der Linken, die es nicht unterließen, sich gegenüber den schlimmen Socialdemokraten ihre hervorragende Loyalität zu beschreiben, läßt den Schluß zu, daß sie einen Landrat, der nur die Socialdemokraten hinkamerte, kaum zur Rechenschaft ziehen würden.

Ebenso schlecht schnitt Herr v. Hammerstein in der Frage der Nichtbestätigung Kauffmanns ab, wenn gleich er in dieser Frage die große Mehrheit des Landtages auf seiner Seite hatte.

Abg. Träger (fr. Sp.), der den Fall Kauffmann zur Sprache brachte, legte eingehend dar, daß in der Städteordnung nichts davon steht, daß die Wiederwahl eines Nichtbestätigten unzulässig sei. Und was erwiderte der Minister auf diesen Nachweis? Nachdem er sich einleitend als Schutzherr der Selbstverwaltung empfohlen hatte, erklärte er, es hätten gegen die Bestätigung Kauffmanns schwerwiegende Bedenken vorgelegen, er lehne es aber ab, über die Gründe irgend welche Auskunft zu geben. Und dabei suchte er es noch so darzustellen, als ob er die Gründe der Nichtbestätigung nur aus Rücksicht auf Herrn Kauffmann nicht mitteilen könne! Die Städteordnung legt der Minister auf seine eigne Art aus; er meint, die Wiederwahl eines Nichtbestätigten komme der Verwigerung einer Neuwahl gleich, und er habe daher sogar das Recht gehabt, sofort einen Kommissor für Berlin zu ernennen. Wenn er das nicht getan habe, so nur aus Connivenz gegen Berlin. Die weiteren Ausführungen, daß die Berliner Stadtverordneten es auf eine Wuchprobe zwischen der Krone und dem Kommunalfreisinn ankommen lassen wollen, wird viel Heiterkeit erregen. Dem Berliner Kommunalfreisinn, der sich gefügig jedem Wind von oben unterordnet, der, wenn es gewünscht wird, jede Ueberzeugung verläugnet und dessen erstrebenswerthestes Ziel die Erlangung der Hoffähigkeit ist, die Absicht eines Konfliktes mit der Krone anzudeuten, ist nur möglich, wenn man von den Berliner Verhältnissen keine Ahnung hat.

Den Schluß der Sitzung bildete eine sich durch Unklarheit und Dreistigkeit in gleicher Weise auszeichnende Rede des Herrn v. Redlich (fr.), der das Verhalten des Ministers durchaus billigt.

Eine Bemerkung des Abg. v. Redlich, daß der Abg. Dr. Barth socialdemokratisch angekränkt sei, veranlaßte den Präsidenten v. Kröcher, den Redner zur Ordnung zu rufen, da es eine Beleidigung sei, von einem Mitgliede zu sagen, es sei socialdemokratisch angekränkt. Der Junter Kröcher, der sich diesen „Witz“ gegen unsere Partei bereits früher einmal in seiner Eigenschaft als Präsident erlaubt hat, wird voraussichtlich nicht mehr lange ungestraft derartige Verunglimpfungen der größten Deutschlands begehren können; die Arbeiter werden ihm die gebührende Antwort dadurch erteilen, daß sie bei den Neuwahlen recht viele Socialdemokraten in das Junterparlament entsenden.

Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt. Unter den etwa 30 Rednern, die noch zu Worte gemeldet sind, befindet sich auch Eugen Richter.

Die Unruhen in Spanien.

In der Deputiertenkammer kam es gelegentlich der Diskussion über die Verhängung des Belagerungszustandes über Barcelona zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen einigen republikanischen Deputierten und der Regierung. Der Republikaner Ferron, Deputierter für Barcelona, bekämpfte die Aufhebung der konstitutionellen Garantien. In Barcelona, sagte er, herrsche eine „sociale Krankheit“, die sich in einer immer schwereren Weise fühlbar mache. Der Konflikt zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Metallindustrie und der Streik sei nur ein Symptom dieser Krankheit. Verantwortlich sei die Regierung, die sich nicht im geringsten mit den socialen Problemen beschäftige. Die Verhängung des Belagerungszustandes werde nicht die gewünschten Resultate zeitigen. Der Redner tadelte das rigorose und einseitige Vorgehen der Regierung gegen die Arbeiter, während die Unternehmer, die für den Konflikt verantwortlich seien, von der Regierung in Schutz genommen werden; schließlich greift er die Regierung an wegen der Verwendung von Soldaten gegen das Proletariat. Der Minister hätte sich nach Barcelona begeben sollen, um den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu schlichten.

Ein anderer republikanischer Redner Azcarate wendet sich ebenfalls gegen die Maßnahmen der Regierung. Die Arbeiter hätten unbedingt das Recht zu streiken. Die Kammer habe noch nicht ein einziges Gesetz zu Gunsten der Arbeiter gemacht, ausgenommen die Sonntagsruhe, und auch diese nur, weil die Pfaffen es gewünscht hätten. Der Redner gestellte ferner in scharfen Worten die Korruption der Verwaltungsbehörden, deren Verhalten das Volk zur Verzweiflung treibe. Es gäbe Präfecten, welche das Spiel und die Prostitution mit Steuern belegten, die in ihre Taschen fließen.

Die Antworten der Regierungsvertreter waren die üblichen. Man müsse energisch eingreifen, könne die Unruhen nicht dulden, das Eigentum müsse beschützt werden usw.

Auch im Senat kam es wegen der Verhängung des Belagerungszustandes zu heftigen Szenen; das Gesetz wurde aber schließlich auch hier votiert.

Ueber den Streik selbst wird berichtet, daß der Präfect eine Konferenz mit Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter gehabt habe. Man habe sich auf der Basis geeinigt, daß die Arbeiter ihre Beschäftigung wieder aufnehmen sollten zu denselben Bedingungen, die vor dem Streik herrschten; eine gemischte Kommission soll sodann die Forderungen der Arbeiter untersuchen. Die Zahl der Streikenden beträgt über 80000. Die Buchdrucker haben auf Befragen geantwortet, daß sie mit ihren Unternehmern durchaus keine Differenzen hätten, daß ihnen aber das allgemeine Solidaritätsgefühl mit ihren Arbeitsbrüdern gebiete, die Arbeit nicht aufzunehmen.

Den zahlreichen Telegrammen seien nachstehend die wichtigsten Mitteilungen entnommen:

Die Zahl der Verurtheilten soll 200, der Verhafteten 500 betragen. Die Zahl der bei den letzten Ausschreitungen verurtheilten Personen beträgt mehr als 40. Die Unabhängigen gerüchten ihre im Gefängnis befindlichen Kameraden zu befreien, wurden aber bei einem Ansturm auf das Gefängnis von den Truppen zurückgeworfen; zahlreiche Personen wurden dabei getötet, viele verwundet.

In Saragossa und Taragona wurde der Belagerungszustand proklamiert. — Der Zustand dehnt sich auf die Häler

der Flüsse Lobregat und Cardoner aus. In Vatea herrscht große Erregung; es ist Gendarmerie dorthin entsandt.

Eine Drahtmeldung des „Daily Express“ berichtet aus Madrid: In Sabadell drang eine Schar Streikender in das Arsenal ein und versuchte etwa 100 Gewehre in ihre Gewalt zu bringen. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß mit den Truppen, die schließlich die Aufständigen überwältigten.

Wie aus Sevilla verlautet, sind dort mehrere italienische Anarchisten eingetroffen; die Behörden treffen entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen. — In Bilbao sind ebenfalls Anarchisten eingetroffen, um eine Ausstandsaktion herbeizuführen, die Sozialisten verweigern denselben ihre Unterstützung. — In Castellon ist der Ausstand durch eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgeber beendet. — In Saragossa gaben die Jesuiten auf einige Personen, welche in das Kloster eindringen wollten, Feuer, da sie dieselben für Einbrecher hielten. Der Ausstand in Saragossa dauert fort, doch herrscht Ruhe. — In Valencia wurden bei den gestrigen Unruhen 3 Personen verwundet und 14 verhaftet.

Eine spätere Meldung aus Barcelona besagt: Hier ist die Lage ruhiger. Die Fabrikbesitzer erhielten Befehl, den Betrieb wieder anzunehmen, widrigenfalls ihnen ihre Konzession entzogen werden würde. Der Generalkommissar ordnete das regelmäßige Wiedererscheinen der Zeitungen an, und verlangte die Adressen derjenigen Buchdrucker, welche sich weigern sollten, zu arbeiten. (1) Der Präsekt verhandelte mit mehreren Persönlichkeiten, welche sich erboten, zur Wiederherstellung der Ordnung beitragen zu helfen.

Ein Telegramm meldet noch, daß die sozialistische Parteilitung die Agitation in Barcelona desavouiert und vom Ausstand abgeraten habe. Die Meldung dürfte richtig sein, entspricht doch diese Stellungnahme durchaus der Haltung, die unsere Genossen auch früher stets bei derartigen Unruhen eingenommen haben. Wahrscheinlich mißbilligen sie auch die augenblicklichen allgemeinen Zustände; natürlich nicht deshalb, weil sie an dem Recht der Ausständigen zweifeln, sondern deshalb, weil sie die Art des Kampfes für verfehlt und erfolglos, ja schädlich halten. Sie erblicken mit Recht in dem System spontaner Streiks und Fäusche nur eine Verzerrung der revolutionären Kraft des Proletariats, das erst durch Organisation und Erziehung zu einem wirklichen politischen Machtfaktor erstarken kann. Leider stellen sich die Rücksichtslosigkeit der sozialen Entwicklung und des Proletariats selbst in Verbindung mit dem heuchlerischen romanischen Volkscharakter den sozialistischen Organisations- und Disziplinierungsbestrebungen noch als schwer zu überwindende Hemmnisse entgegen.

Deutsches Reich.

Schacher-Fortsetzung.

Die Arbeiterparteien versuchen den Zollschacher weiter fortzusetzen. Die „Germania“ schiebt sich zu der Behauptung, Graf Posa donsky habe nicht, wie einige Berichte ihn sagen ließen, die Zollsätze des Entwurfs „als äußerste Grenzlinie“ hingestellt; er habe nur das jetzige Kompromiß abgelehnt, aber daraus sei noch nicht unbedingt zu folgern, daß sich die Ablehnung auf jede einzelne der vier Getreideartikelpositionen und auf jeden Grad der Erhöhung beziehe. Das Centrumsorgan erklärt: „Die Hoffnung auf eine Verständigung zwischen Reichstag und Regierung geben wir noch nicht auf.“

Ganz ähnlich spricht sich die „Konst. Korrespondenz“ aus: Erst in einem späteren Verhandlungsstadium werde man Klarheit gewinnen, da die Regierungen zu einem anderen Kompromißvertrage sich bereit finden lassen würden. Auch die „Krenzzeitung“ fordert auf zur Fortsetzung der Beratungen in der Kommission auf Grund der Kompromißanträge; erst wenn der Reichstag später diese Anträge angenommen haben werde, sei für die Regierung der Augenblick der endgültigen Entscheidung gekommen.

Raum besonderer Erwähnung bedarf es, daß die Zeitung der Bündler die volle Schale ihrer Entrüstung über die Regierung schüttet. Die geringe Zahl von Stimmen, die Herr v. Wangenheim im Reichstag hinter sich hat, hindert, diesen Ergüssen Bedeutung beizulegen. Das Gros der Arbeiterparteien sucht nach neuen Kompromissen. Kein Schacherjude vermag entfernt an die Schachertalente dieser Edelstein der Nation heranzureichen.

Der Flottenverein hält den Zeitpunkt wieder für gekommen, mit seiner Propaganda für den Marinismus einzusetzen — ein Beweis, daß er wenigstens an die Detenerungen des Herrn Tirpitz nicht glaubt! Die Flugblätter, die der Verein zum besten notwendigen Panzerflottenfabrikanten — Krupp hat ja sein jährliches steuerpflichtiges Einkommen von 20 Millionen Mark eingebracht! — verbreitet, sind ihrer ganzen Anlage nach dem wohlbestimmten allen Schema angefertigt, in gewissen Einzelheiten jedoch a la u l i s i e r t. So wird zum Vergleich der See-Gesichtspunkte der acht Staaten England, Frankreich, Nordamerika, Rußland, Deutschland, Italien, Japan und Oesterreich das Jahr 1905 gewählt. Von diesem Jahre ab sollte ja auch das neue Flottengesetz des Tirpitzischen Erlasses in Kraft treten. Die Notwendigkeit dieses Flottengesetzes soll der Vergleich nachweisen, aus dem ja hervorgeht, daß Deutschland mit seinen 342 Geschichtseinheiten hinter England mit seinen 1383 Geschichtseinheiten noch gar weit zurückbleibt. Daß diese englische Geschichtseinheit nur auf dem Papier steht, daß die englischen Schiffe zum guten Teil veraltet, schlecht armiert und ohne die nötige Bemannung sind, wie von meinen Flottenpatrioten selbst oft genug mit häßlicher Genauigkeit konstatiert worden ist, erfährt man aus der kartographischen Darstellung natürlich nicht.

Auf dem Flugblatt befindet sich auch eine Karte Ostasiens, auf der lediglich das chinesische Reich und das deutsche Schutzgebiet abgegrenzt sind. In der großen weißen Fläche des Kaiserreichs bildet unser Sonnenplatz natürlich nur einen schwarzen Fiegendered, ein bereicherndes Hinweis darauf, was in China noch alles zu stiften ist. Man hätte doch auch hier lieber aktuell sein und den englisch-japanischen Wettbewerb sichtbarlich in Erscheinung treten lassen sollen. Die Begrenztheit nach dem großen chinesischen Kuchen wäre dadurch ein wenig gedämpft worden.

Sehr häßlich würde es sich übrigens auch gemacht haben, wenn das Flottenflugblatt die Tabellen des Tirpitzischen Erlasses gebracht hätte, die uns trotz der Eingeweihtheit des Julaer Flotten-Müßlers noch immer vorenthalten worden sind! —

Die Kunst auf der Tauffahrt. Das deutsche Irving-Place-Theater wird in der Galavorstellung zu Ehren des Prinzen Heinrich das „Weiße Röhl“ spielen.

Warum nicht Charley's Tante?

Im übrigen wird der Empfang kein Späß für die Beteiligten sein. Die Tour durch das Land beginnt nach den Feierlichkeiten in Neu York und Washington am 1. März und dauert bis zum 7. März. In dieser Zeit müssen die Orte Pittsburg, Columbus, Cincinnati, Chattanooga, Look-Out-Mountain, Nashville, Louisville, Indianapolis, St. Louis, Chicago, Milwaukee, Buffalo, Niagara, Rochester, Syracuse, Boston, Harvard, Albany und Westpoint besucht werden. Zu dem Stapellauf der Kaiserlichen Yacht und dem daran anschließenden Festmahl sind 2000 Einladungen ergangen. Der kolossale Umfang der Veranstaltung läßt sich daraus erkennen, daß beispielsweise an dem Festmahl in New York 1400 Redacteure teilnehmen werden.

Wenn der Prinz diese Erziehung glücklich überstanden hat, wird er einen längeren Erholungsurlaub nehmen müssen.

Germania to the front. Im Auftrage des Kaisers hat Prof. Karl Mülling aus dem Feldzuge in China ein Bild zu malen, das den Titel führen wird: „Germania to the front!“ Wie der Titel zeigt, handelt es sich um den bekannten

Vorgang aus der Expedition unter Lord Seymour im Juni 1900. Das Gemälde soll im Sternsaal des königlichen Schlosses seinen Platz erhalten.

Wie wiederholt festgestellt worden ist, bedeutete der Befehl Seymours keineswegs eine besondere Auszeichnung der Deutschen, sondern nur eine im Augenblick gebotene selbstverständliche strategische Maßnahme. Die Truppen der anderen Nationen, die an der gescheiterten Expedition teilnahmen, haben genau so gut ihre Schuldigkeit getan wie die Deutschen. Daß die Deutschen sich nicht außergewöhnlich exponiert haben, beweist schon die Tatsache, daß der Verlust des deutschen Detachements prozentual nicht größer war, als der der anderen Nationen auch.

Verletzung des Vereinsrechts. In der neuerdings beliebten Polenpolitik gehört es auch, daß man Veranlassungen einfach verbietet oder auflöst, weil in ihnen politisch geredet wird. So haben einzelne Polizeibehörden des Landkreises Pommern die Anweisung erteilt, Versammlungen, in denen polnisch gesprochen wird, zu verhindern. Dies Verfahren ist nicht nur unzulässig, sondern auch Mitgliederversammlungen gegenüber angewandt worden.

Der Polizeiverein Stanislaus in Herne hat gegen diese Verbote und Anordnungen Beschwerde beim Landrat erhoben, wurde aber abgewiesen. Er hat sich dann an den Bezirksausschuß gewandt und wird bis zum Ober-Verwaltungsgericht gehen.

Das Verfahren der Polizei verstößt schlechterdings gegen das preussische Vereinsrecht, das das Versammlungsrecht nicht von dem Gebrauch der deutschen Sprache abhängig macht. Wenn die Polizei die polnischen Versammlungen zu überwinden wünscht, so ist es ihre Sache, für Polizisten zu sorgen, die polnisch verstehen.

Es ist selbstverständlich, daß das Versammlungsrecht nicht eine Frage polizeilicher Aufrechterhaltung ist. Sonst könnte die Polizei schließlich beantragen, daß eine Versammlung auch deshalb aufgelöst werden dürfe, weil ein in ihr erörtertes Thema so schwierig sei, daß ein Schutzmann nicht fähig sei, den Inhalt aufzufassen.

Für die polnischen Landesteile hat das Ober-Verwaltungsgericht schon früher entschieden, daß es nicht zulässig sei, den Gebrauch der polnischen Sprache zum Grund des Verbots oder der Auflösung zu machen.

Das Centrum erneuert die Professoren! Das Centrum macht jetzt mit Erfolg den Anspruch geltend, daß es zu bestimmen habe, wer an deutschen Universitäten die Wissenschaft zu lehren hat.

Für die Verlegung eines ererbigen Lehrtitels für Geschichte in Berlin präsentiert das Centrum den Göttinger Geschichtsprofessor Rehr, der zwar Protestant ist, aber bei den Ultramontanen sehr beliebt ist. Wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, hat die Regierung vor der Berufung beim Centrum angefragt, wie sie auch in einem früheren Fall bei der Verlegung einer Professur in Münster sich erst das Placet des Kuratus Schwarz, des Geheimredakteurs der „Germania“, geholt hat.

Sollte man nicht lieber gleich zu dem in der Geschichte des Katholizismus so bewährten Kenner Kauf zurückkehren?

Die Finanzklemme. Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar wird uns geschrieben: „Und wenn wir nur 25 000 Mark zu den besten Zwecken aus der Staatskasse nehmen wollten, so geht das nicht, denn sie sind nicht da.“ Dieses Jugendumis machte in der letzten Landtagssitzung die Regierung bei der Vorlage, den Lehrern eine Entschädigung für geleistete Aushilfsdienste zuzubilligen.

Der Chef des Finanzdepartements stellte, wenn der Reichstag keine neue Anleihe bewilligte, die etatsmäßig nicht vorgesehenen Mehrausgaben des Großherzogtums für Matrimonialbeiträge und Zuschuß zu denselben auf über 300 000 M. pro Jahr fest.

Der Abg. Vaudert betonte, daß diese Aufklärung eine Bankrotterklärung der Großmacht- und Weltmachtspolitik bedeute, für die zur Zeit sonderschwere Schwärmer mit dem Lichtbilderkasten im Lande herumziehend, Propaganda machen.

Die Arbeitslosen-Frage in der hessischen Kammer. Die Zweite Kammer des hessischen Landtags beschäftigte sich am Montag mit der Arbeitslosigkeit.

Ministerialrat Braun ist der Meinung, daß in Hessen die Arbeitslosigkeit nicht in nennenswerter Weise in letzter Zeit zugenommen habe und daß gegen die vorhandene Arbeitslosigkeit seitens der Regierung alles geteue, was geteue werden könne. Die Absicht, besondere Kostensarbeiten einzurichten, bestehe bei der Regierung nicht. Was den Arbeitsnachweis angehe, so seien die Erwartungen in dieser Beziehung, soweit das Land in Betracht komme, zu Enttäuschungen geworden, während die Verhältnisse bezüglich der Städte befriedigend genannt werden könnten. Jene Enttäuschung hätte ihren Grund in der völligen Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse auf dem Lande durch die Industrialisierung; da helfe kein Arbeitsnachweis. Was die Arbeitslosenfrage angeht, so verüßere Redner, daß die Regierung der Frage ernste Aufmerksamkeit widme.

Abg. Ulrich (Soz.) ist der Meinung, daß die Ansicht der Regierung bezüglich der Arbeitslosigkeit in Hessen doch zu optimistisch sei, wenigstens was die hessischen Industriebezirke angeht, was er durch Zahlen aus Offenbach belegt. Die Anträge des Ausschusses werden mit großer Mehrheit angenommen.

Die neue Lage.

Man schreibt uns aus Sachsen:

Es hat ziemlich lange gedauert, ehe sich die „schönen Seelen“ der Regierung und der Sozialpartei der Zweiten Kammer wieder fanden. Aber der neue Bund wird nicht von Dauer sein, die Treulosigkeit beider ist landläufig und das öffentliche Mißtrauen ist kein Mittel für einen Pakt zwischen Ministern und solchen, die es werden möchten. Vor dem Lande stellt man sich einig und im Grunde wünscht man sich gegenseitig zum Teufel.

Aber ganz abgesehen von diesen persönlichen Verhältnissen, aus denen immer neue Intrigen entspringen, gestalten die finanziellen Verhältnisse des Landes kein erziehlisches Zusammenwirken zwischen Regierung und Dreiklassen-Landtag. Die angeblich „beruhigenden Zusicherungen“ des Finanzministers bezüglich der Finanzgebarung sind nichts als eine Phrase offizieller Verschleißschreiber, die den neuen Finanzminister selbst noch für ein unverschämtes Blatt hinsichtlich seines Ressorts halten. Um die Finanzen Sachsens, die an einem Defizit von mehr als 60 Millionen leiden, wieder in Ordnung zu bringen, müßte ein völlig verändertes Wirtschaftssystem, gestützt durch großzügige Steuerreformen, etabliert werden. Wirgt das „unbeschreibliche Blatt“ solche Reformpläne? Niemand weiß es. Aber das weiß man, daß die konservative Mehrheit des Landtags wirkliche Reformen nicht unterstellt. Noch jüngst wurde der Widerstand der Ersten Kammer sowohl wie der weitere Kreise der Zweiten Kammer gemeldet. Und der neue Finanzminister scheint nicht der geeignete Mann, diesen Widerstand zu brechen, falls er selbst sich mit wirklichen Reformplänen trüge.

Ferner kommt in Betracht, daß die Neben geduldeten Minister, einschließlich des ehemaligen Justiz- und jetzigen Finanzministers ihre frühere Wirksamkeit desavouieren müßten, denn sie haben den Wünschen des reaktionären Landtags gemäß den Staatskassen verfahren. Bei diesem Landtag und dieser Regierung eine gemeinsame Umkehr von ihrer bisherigen Politik voranzusetzen, vermöchte nur ein kindliches Gemüt.

Daß das Ministerium seine Demission zurücknahm und bleibt, ist nicht nur eine große politische Thorheit, vom persönlichen Standpunkt der Minister aus betrachtet, sein Weibchen ist auch das Problem der Reorganisation neuen Männern überlassen, die dann die Verantwortung für ihre etwaigen besseren Wänschen der allmächtigen konservativen Mehrheit des Landtags zuschieben konnten. Dann konnte auch die Regierungsunfähigkeit der konservativen Ministerkürzer vor aller Welt erwiesen werden. Früher oder später wird das doch gesehen müssen, denn der Landtag, der sich als Mißgünstiger an der ganzen Mißwirtschaft mit unerhörter politischer Unerschlichkeit zum Schützer

der Verfassung aufwarf, ist nicht fähig und nicht gewillt, die tatsächlichen Zustände zeitgemäß und dem geistigen Fortschritt der arbeitenden Bevölkerung entsprechend zu gestalten.

Nun wird der alte Schlenker mit einer Verbrämung durch einige kleine Änderungen weiter gehen. Die nächste Zukunft wird das lehren. Denn an den noch in der Schwere befindlichen Steuerprojekten würden sich die „beruhigenden Zusicherungen“ des neuen Finanzministers erproben können, der ohne die Zustimmung des Gesamtministeriums, das immer noch den Namen Reichs führt, keine neuen Projekte zur Welt bringen kann und ohne die Zustimmung der widerpensigen Kammer die Projekte des gerade deswegen ausgemergelten alten Finanzministers nicht einmal verwirklichen kann.

Der Dreiklassen-Landtag ist der Hemmschuh jeglicher Reformen. Erst muß er verschwinden, ehe nur an eine Besserung gedacht werden kann. Das jetzige Ministerium wird bald in neuen Verlegenheiten stehen.

Die Einigkeit im Centrum.

Aus München wird uns geschrieben: Ueber das Verhältnis der katholischen Arbeitervereine zum Centrum haben die Organe des letzteren schon wiederholt sich geäußert, es bestiehe die denkbar größte Einigkeit und zwar auch über die Zollfragen. Die Opposition des christlichen Metallarbeiter-Verbandes gegen die Erhöhung der Getreidezölle lichte man so gut als möglich totzuschweigen. Nun ist aber der christlichen Zöllpolitik auch nach anderer Richtung eine Opposition entstanden. In dem in München erscheinenden Organ des Verbandes der christlichen Tabak- und Cigarrenarbeiter finden wir unter der Überschrift: „Eine Gefahr für die Tabakarbeiter“ folgenden Artikel:

„Im voraus sei bemerkt, daß es hier nicht unsere Aufgabe sein soll, einen Kampf der Meinungen zu inszenieren, sondern vielmehr im Interesse unserer Arbeits- und Erwerbverhältnisse unsere Ansicht zu der schwebenden Frage darzulegen. Um was dreht sich die Sache? Um die Mehrbesteuerung des ausländischen Tabaks. Noch nicht lange ist es her, daß die Tabakindustrie durch ein ähnliches Vorhaben in Schrecken versetzt wurde. Es war im Jahre 1893, wo eine Vorlage auf Erhöhung der Tabakfabrikation eingebracht wurde, dieselbe wurde aber nicht genehmigt. Jetzt denkt man wieder mit einer ähnlichen Vorlage die Tabakindustrie zu beschweren, was aus der Einrede des Reichsfinanzsekretärs von Thielmann entnommen werden muß, indem derselbe sich äußert: Zum erstenmal muß das Reich zur Bilanzierung des Etats zu einer Ergänzungsanleihe schreiben, um laufende Ausgaben aus der Anleihe zu befriedigen, es müße eine Mehreinnahme bewilligt werden, die auch wirklich durchschlagend sei, und als solche sei die Besteuerung von „Bier und Tabak“ zu empfehlen. Wie sehr die Worte des Herrn Schatzsekretärs Gehör gefunden, beweist der sofort eingebrachte Antrag in der Zolltarifkommission des Reichert v. Henk zu Hermsheim: den Zoll auf ausländische Tabakblätter von 85 auf 125 M. pro Doppelcentner zu erhöhen.

Christliche Berufscollegen, darf das geschehen? Wir sagen nein! Darum christliche Berufscollegen sammelt Material, damit wir zur gebotenen Zeit und an maßgebender Stelle dieses zur Verfügung haben und Ausförmung geben können, daß eine Mehrbelastung des Tabaks auf unser Erwerbleben schädlich einwirkt.“

Die Gefahr neuer indirekter Steuern ist durch die Militär- und Marinepolitik des Centrums hervorgerufen. Vorans man erkennen kann, wie das Centrum die wirtschaftlichen Interessen der katholischen Arbeiter vertritt. Deswegen besteht aber doch die größte Einigkeit — sagt die ultramontane Presse.

Ausland.

Schweiz.

Der Militarismus in der Schweiz.

Jürich, 18. Februar. (Eig. Ber.) Dem im Auslande lebenden Freunde der Schweiz möchte es wohl als eine Liebertreibung erscheinen, wenn von einem „Militarismus in der Schweiz“ gesprochen wurde; allein zahlreiche unerfreuliche Vorkommnisse der letzten Jahre waren ebenso viele Beweise dafür, daß der militärische Geist auch in der Schweiz seinen Einzug gehalten hat. So haben wir seit Jahren im Rahmen der Volksmiliz auch ein stehendes Heer, aber nicht unter diesem offenen Titel, sondern unter dem verschleienden Namen einer „Festungswache“. Eine solche existiert auf dem Gotthard (in Andermatt) wie auch in St. Maurice (Rhodod Wallis), für beide Festungen wurden im Jahre 1900 3,50 Millionen Franken ausgeben, wovon 508 888 Fr. auf die „Festungswache“ am Gotthard und 408 047 Fr. auf diejenige in St. Maurice, zusammen also rund 1 Million Franken entfielen. Daß diese Festungswache, an deren Spitze ein Oberst steht, auch vom unverfälschten militärischen Geiste erfüllt ist, zeigt folgender Brief, den der Herr Oberst an einen Bürger in Andermatt richtete und den dieser im ultramontanen „Vaterland“ (Zugern) veröffentlichte:

Andermatt, den 24. Juni 1899.

Herrn Caspar Timmen, Andermatt.

Es ist und sowohl von Herrn Oberstleutnant Held als auch von anderen Offizieren gemeldet worden, daß Sie sich schon zu verschiedenen Malen erdreht haben, die Schießübungen der Infanterie und der Maschinengewehrschützen zu stören und den Offizieren in unverschämter Weise zu begegnen. Wenn Sie nun für Ihre Unverschämtheit nicht schon an Ort und Stelle empfindlich geächtet worden sind, so haben Sie dies bloß dem Instanzenbezug zuschreiben, daß den Truppen in allen Lagen, namentlich einfüßigen Leuten gegenüber, Wägung anempfohlen worden ist. Sollten Sie sich aber noch ein einziges Mal herausnehmen, die Truppen zu belästigen oder zu beschimpfen, so erhalten dieselben die Erlaubnis, sich, wo es auch sein mag, Genugthuung zu verschaffen. Wir raten Ihnen daher, Ihre lächerliche und mißglopf Opposition einzustellen, wenn Sie nicht risikieren wollen, das nächste Mal in Haft gefesselt oder exemplarisch durchgeprügelt zu werden.

Chef des Festungsbureau Andermatt:

sig. v. Tschamer.

Daß der Brief erst jetzt, nach mehr als 2 1/2 Jahren, von dem Empfänger veröffentlicht wurde, läßt erkennen, daß derselbe ursprünglich nicht die Absicht hatte, ihn an die Öffentlichkeit zu bringen und daß inzwischen weiter vermittelnde Kommissionen passiert sein mußten, welche den Schritt veranlaßten. Zu dem Brief berichtet dasselbe Blatt von vier Fällen, die es in ihren wichtigsten Einzelheiten veröffentlicht, in denen Bürger, darunter ein 71-jähriger Greis mißhandelt, sogar mit Nieren ausgepeitscht und mit dem Weisheitsstock geschlagen und widerrechtlich in Haft gefesselt wurden. Die uniformierten Herren am Gotthard haufen demnach in ihrem Vaterlande und unter ihrem nichtuniformierten Mißgünstigen, wie die Hunnen in China gehaust haben.

Durchaus nicht überrascht von diesen aufsehenerregenden Vorgängen sind alle diejenigen, also alle kritisch denkenden Socialdemokraten, welche das überall sich gleichbleibende Wesen des Militarismus kennen. „Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen“, schreibt Genosse Brandt im „Grüßler“, „man hat es da mit den natürlichen, notwendigen Folgen eines Systems zu thun.“

Dänemark.

Kolonialschacher. Aus Washington wird vom 17. Februar gemeldet, daß der Senat einstimmig beschlossen hat, den Traktat über den Kauf der dänischen Antillen zu ratifizieren, nachdem ein Antrag des Senators Bacon, den Paragraphen, der den Kongreß ermächtigt, die politischen und bürgerlichen Rechte der Bevölkerung der Inseln festzustellen, aus dem Traktat zu streichen, abgelehnt worden war. — „Socialdemokraten“ brachte dieser Tage in drei großen Leitartikeln einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen, die im geheimen und durch private Agenten zwischen den

Beiderseitigen Regierungen mit Unterstützung privater Kapitalisten-
gruppen geführt wurden, um das Geschäft zu Stande zu bringen.
Das Eigentümlichste ist wohl, daß die Verhandlungen
nicht durch den dänischen Gesandten in Amerika, den
Kommerzienrat von Gieseler, sondern durch zwei abenteuerliche
Spezialanten, die dänisch-amerikanischen Journalisten Niels Grön
und den verabschiedeten Marine-Offizier Walter Christman. Der erstere
begann seine Thätigkeit 1897, der letztere trat nach dem spanisch-
amerikanischen Krieg 1898 auf den Plan. Beiden wurde eine
Provision von 2000000 Kr. — 10 Proz. der Verkaufssumme —
versprochen, beide erhielten Meistgeld in der Höhe von 5000 resp.
9000 Kr. von einem Komitee, das sich zwecks Herbeiführung
des Verkaufes gebildet hatte. Christman machte auch in
Deutschland Interesse für den Ankauf der Inseln
zu erwecken, fand aber hier kein Vertrauen. In dem
Komitee für den Verkauf der Inseln ist eine der Hauptpersonen der
Fabrikant Hagemann, der verschiedene Plantagen
auf St. John besitzt und ein Hauptaktionär der Ge-
winnhaftigkeits-Gesellschaft ist. Die Produzenten
der Inseln sind aber sehr stark daran interessiert, daß ihnen der
große amerikanische Markt erschlossen wird.

Die 2 Millionen Provision, die dem Agenten Christman
von dem Minister Hörring 1899 versprochen wurden, haben,
wie in einem vertraulichen Bericht Christman an den Minister
Gehebel mitgeteilt wurde, teils dazu gebient, amerikanische
Politiker durch Bestechung für den Ankauf
zu gewinnen. In diesem Bericht, der zuerst
dem Präsidenten, dann aber allen Mitgliedern des vorigen
Ministeriums zugestellt wurde, erklärt Christman, daß er, da er kein
bares Geld in Händen hatte, die amerikanischen Politiker
auf Kredit bestechen mußte, was die Sache trauer
gemacht habe. Dieser für die Regierung bestimmte
Geheimbericht wurde von einem der konservativen
Minister beim Abgang des Ministeriums Gehebel
nicht abgeliefert, später in einer konservativen Parteiver-
sammlung vorgelesen und ist jetzt in dem konservativen Blatt
„Vox Populi“ veröffentlicht worden, ist also durch einen Ver-
trauensbruch bekannt geworden.

Frankreich.

Monarchische Pensionäre der Republik.

Bei der Beratung des Finanzbudgets in der Kammer zeigte sich
die Regierung der republikanischen Verfassung
wieder einmal recht „objektiv“ gegenüber den monarchischen Kost-
gängern. Die Republik zählt nämlich an eine Anzahl Abkommen
alter royalistischer Familien, deren Güter von der Revolution ein-
gezogen worden waren, Jahrespensionen aus, die ihnen von der
Restauration zugebilligt sind. Der sozialistische Abgeordnete
Cautant brachte den Antrag ein, eine Kommission zu
ernennen, welche die finanzielle Lage der betreffenden Pen-
sionäre prüfen solle. Nicht für eine Aufhebung des zur
Auszahlung der Pensionen nötigen Kredits trat Cautant ein,
sondern er wollte nur vermeiden, daß die Republik um
Millionen Unterzahlungen auszuheulen. Diese Leute, so führte
Cautant aus, denken ihre Pensionen vielfach dazu, Generale
zu unterstützen, die den Staatskredit auszuführen bereit
sind. Uebrigens könne das, was durch Gesetz seitens des Con-
sulten-Parlaments Louis Philippe eingeleitet worden sei, durch Gesetz des
auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten republikanischen
Parlaments auch wieder abgeschafft werden. Trotzdem wurde der
Art. 21 mit 323 gegen 204 Stimmen angenommen, nachdem der
Finanzminister Caillaux dafür gesprochen hatte.

Belgien.

Die Gemäßigten Liberalen für das allgemeine Wahlrecht.
Am 20. Februar wird vom 20. Februar gemeldet: Der Führer der
gemäßigten liberalen Partei, Gynmans, erklärte in der heutigen
Kammerdebatte feierlich namens seiner und der gemäßigten liberalen
Partei, dieselbe schließe sich den beiden linken Zweigen der
Verfassung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts an,
da letzteres inzwischen unermesslich geworden sei. Anderer-
seits ist der Gegner gegen das Frauenstimmrecht und
die Agitation auf der Straße. Diese Erklärung erregte um so
größeres Aufsehen, als die gemäßigte Linke bisher dem allgemeinen
Stimmrecht und der Verfassungsdurchsicht durchaus ablehnend
gegenübergetreten hat und damit den Sieg der Rechten ausichts-
voller gestaltet hatte. Diese glaubte sich jetzt um so mehr ihres
Erfolges sicher, nachdem der Führer der äußersten Rechten, Boesse,
den Versuch Janssens, den Antrag auf Einführung des Frauen-
stimmrechts zurückzuziehen, nicht ohne Geschick abgewiesen hatte.
Durch die Erklärung Gynmans in der heutigen Kammer wird eine
Vereinigung der gemäßigten Linken mit der sozialdemokratischen
Partei zu Gunsten der Verfassungsdurchsicht und Einführung des
allgemeinen Wahlrechts geschaffen.

Die antimilitaristische Manifestation in Brüssel.

Brüssel, 20. Februar. (Fig. Ver.)
Wie alljährlich, so veranstaltete auch dieses Jahr die Parti
ouvrier ihre antimilitaristischen Manifestationen.
Die diesjährige wurde wegen des Wahlrechtskampfes besonders
bedeutungsvoll. Gegen 8 Uhr waren die sämtlichen Räume des
Maison du Peuple gefüllt, und auf der Straße hatte eine tausend-
köpfige Menschenmenge.
Gegen 8 1/2 Uhr verließ der Zug die Rue Stevans. An der
Spitze wurden riesige Transparente getragen mit Aufschriften wie:
„Glaube den Armen! Nieder mit der Einkommensteuer!“ „Es lebe das
allgemeine Wahlrecht!“ Nur langsam setzte sich der Zug in Be-
wegung, da von den Seitenstraßen immer neue Haufen sich dem
Zuge einteilten.
Brüssel, die Hauptstadt des wohl klassischsten Landes der Straßen-
demonstrationen, hat, wenn man von den nationalen Manifestationen
absteht, eine Demonstration wie die heutige noch nicht gesehen. Unter
Äußerungen revolutionärer Rieder bewegte sich der Zug durch die haupt-
sächlichsten Straßen der Stadt. Die Bevölkerung Brüssels bildete
Spalier. Hier und da wurden die Manifestanten durch ermunternde
Zurufe aus den Reihen der Spalierbildenden begrüßt. Zwischenfälle
ereigneten sich nicht, da sich die Polizei sehr taktvoll benahm, dem
Zug überall Platz machte und die Straßenbahnen usw. anhält, damit
der Zug ungehindert passieren konnte.
Gegen 10 1/2 Uhr war der Zug wieder am Maison du Peuple
angekommen.

Italien.

Die Thronrede, mit der am Mittwoch die neue Session des
italienischen Parlamentes eröffnet wurde, brachte keinerlei Sensationen.
Die Ausführungen über die auswärtige Politik waren kaum belang-
los, als die Anknüpfungen über die innerpolitische Gesetzgebung,
die nur bekannte Dinge berührte. Der Vorschlag über die Beziehungen
Italiens zum Auslande beschränkte sich in der Hauptsache auf die
Forderung, daß das Verhältnis zu allen Mächten ein aus-
geglichenes sei.
Die Förderung der innerpolitischen Lage betonte einleitend, daß
die Regierung die liberalen Grundsätze zur unerschütter-
lichen Grundlage ihrer nationalen Politik machen wolle, eine Politik,
die ja auch von den „großen Mächten“ stets eingehalten worden sei.
In Aussicht gestellt wurde alsdann eine „bessere Verteilung
der Lasten“, eine Herabsetzung des Salzpreises, eine
gesetzgeberische Verbesserung der Lage der arbeitenden
Klasse, insbesondere ein Gesetzentwurf über die Arbeiter-

versicherung, eine Reform der Justiz und schließlich das
Ehescheidungs-gesetz.
Die Thronrede hat denn auch, nach einer Meldung aus Rom,
bei allen Parteien Entzückung hervorgerufen. Das gemäßig-
liberale „Giornale di Italia“, das Organ der einflussreichen
Handelsvertrags-Parteien, sagt, die Aufnahme der Rede war klar,
wie das Programm der Regierung. Angehört des
Niederanges, den das Land jetzt erlebe, habe man Andere erwarten
können. Der sozialistische „Avanti“ sagt, das Programm sei
recht weitläufig, enthalte aber nichts Bedeutsames
und Abgeschlossenes; als Richtschnur könne es nicht
dienen. Der liberale „Civiltà“ sagt, das Programm sei
aber die Krone, welche am Tage des Jubiläums
für die Thronrede ausdrücklich über die Trennung der Beziehungen
zwischen Staat und Kirche dem Könige in den Mund gelegt.

Amerika.

Gegen den Krieg. In Buenos Aires und in Santiago hatten
die Sozialisten und die Frauenliga große Meetings einberufen, um
gegen den Krieg zwischen Argentinien und Chile zu protestieren. Es
ist dabei zu Zusammenstößen zwischen diesen und der Kriegspartei
gekommen; auf Seite der letzteren, der Patrioten, stand die
Polizei.

Aus Industrie und Handel.

Die Syndikatsfreundliche Regierung. Die Mitteilung, daß
die preussische Regierung in Absehung des Bergwerks-Verkehrs-
steuern erwidern will, wurde vielfach als ein günstiges Zeichen dafür
aufgenommen, daß nun dem Kohlenyndikat in der Preisstreberei
Einhalt geboten werde. Man sprach sogar davon, daß die Regierung
das Verlangen habe, im Syndikat Sitz und Stimme zu erwerben,
um einen Einfluß in dieser großen wirtschaftlichen Interessen-
gruppe zu erlangen. Wir sind dieser optimistischen Auf-
fassung nie beigetreten und tatsächlich hat das Beginnen
der Regierung in den Kreisen der Bergwerks-Besitzer nie
Beunruhigung hineingetragen, weil man sich der Bundesgenossen-
schaft von jener Seite sicher war. Dem hat nun auch der Handels-
minister Müller in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses
Klärung gegeben, als die Forderung von 88 Millionen für den Ver-
kauf von Bergwerksbesitz im Ruhrgebiet zur Beratung stand. Der
Minister gestand die letzten Bedenken, indem er sich zu folgender
Lobpreisung der Syndikatsherrschschaft verließ:

„Seit 1867 ist die Kohlenindustrie mit dem wachsenden Bedarf
bedeutend gestiegen ohne daß im Durchschnitt der Betrieb der
Kohlenwerke für die Unternehmer besonders lohnend gewesen wäre.
Es ist vielmehr eine ungemein mäßige Verzinsung eingetreten, in
manchen Perioden, die sich über mehr als zwanzig Jahre erstrecken,
z. B. von den sechziger bis Ende der achtziger Jahre war die
Verzinsung im Durchschnitt nur 1 1/4 bis 1 1/2 Proz. In der
Preisstellung und im Absatz kamen enorme Schwankungen vor.
Man versuchte deshalb, eine größere Zahl von Bergwerks-
gesellschaften und Grubengesellschaften zusammenzuschließen, und
so entstanden z. B. die Harpener Gesellschaft und die Iberia.
Schließlich ging man zum Kohlenyndikat über. Ich kann mich nur
der Ausführung meines Amtsvorgängers anschließen, daß das
Kohlenyndikat im großen Maße wohltätig ge-
wirkt hat. Es hat die Wellenlinie der Konjunktur abgemildert, und
so ist die Wirkung im ganzen wohltätig gewesen, wenn auch im
einzelnen Falle der einzelne unter der monopolistischen Gewalt des
Syndikats gelitten hat. Der Staat muß deshalb auf die mono-
polistische Gewalt des Syndikats einen gewissen Einfluß auch in der
Preisstellung gewinnen. Sie müssen es machen wie die großen
Hüttenwerke, die sich einzelne Kohlenwerke gesichert haben, damit
wie uniren Bedarf für die Eisenbahnen und die Marine decken
können und auch für die Allgemeinheit eine Einwirkung auf die
Preisstellung haben. Es ist aber nicht unsere Absicht, durch diese
Vorzüge einen ähnlichen Weg zu beginnen, wie er mit der Verstaat-
lichung der Eisenbahnen gemacht ist. Es würde auch schwer sein,
eine so große Arbeit für Millionen von Menschen zu leisten. Wir
wollen wohl in die Bergbau-Verhältnisse eingreifen, aber nicht alles
selbstherrlich machen.“

Danach ist die Verstaatlichung des Bergbaues in dem beschränkten
Umfange nur aus rein geschäftlichen Rücksichten von der Regierung
unternommen. Richtig ist selbst für den eignen Bedarf der Syn-
dikatspreise zu erwehren, den Konsumenten läßt man, wenn auch mit
einigen Bedauern, ruhig weiter in dem Vorn großkapitalistischer
Interessen. Die Sorge um eine angemessene Verzinsung des Kapi-
tals im Bergwerkbereich scheint man in der preussischen Regierung leb-
hafter zu empfinden, als ein Interesse für die trübe Lage der
Arbeiterklasse.

Auf dem Ruhr-Kohlenmarkt sieht es trostlos aus, als wir
vor einigen Tagen schrieben. Nicht 585 Bergleute kommen infolge
der schlechten Absatzverhältnisse außer Beschäftigung, sondern es sind
800—1000 Mann, wie der „Rhein. Volksz.“ von sachmännlicher
Seite gemeldet wird. Aber damit ist der Rückwärtsbewegung noch
nicht Einhalt geboten, vielmehr befürchtet der Verdrößerter, daß
es bei diesen Arbeiterentlassungen nicht sein Bewenden haben wird,
daß diese Maßregel vielmehr auch in der Zukunft sich wieder-
holen wird; denn die Lage der Zechen verschlechtert
sich zusehends; gegenwärtig ist auch kein Ausblick auf
Besserung vorhanden. Der Rückgang im Absatz ist, solange es
einen rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau gibt, noch nie so auf-
fallend gewesen, wie gerade jetzt. Die Zechenbesitzer und nicht am
wenigsten die Zechenleiter stehen ratlos da. Wenn im Monat Januar
die gesamte Förderleistung schon knapp an die beschlossene
20 Proz. reichte — dieselbe betrug 19.97 Proz. — so wird der laufende
Monat diese sicherlich überschreiten; denn bereits haben sich eine Anzahl
Zechen gezwungen gesehen, freiwillig über diese 20prozentige Förder-
einschränkung hinauszugehen. Ob es daher für die Zukunft bei
vieler bleiben wird, erscheint fraglich; jedenfalls wird in der am
22. d. M. stattfindenden Sitzung des Kohlenyndikats hierüber näheres
mitgeteilt werden. Bei der freiwilligen Förderleistungseinschränkung
die Zechen verhältnismäßig besser und erleiden nicht so viel Schaden,
als wenn sie die geförderteten Kohlen aufstapeln und verfaulen lassen
müssen, welche Gefahr bei dem jetzt wieder eingetretenen Tauwetter
doppelt groß ist.

Die Große Berliner Straßenbahn schließt in ihrem Ge-
schäftsbericht für das Jahr 1901 mit einem Ueberschuß von
10 192 885 M. ab, von dem nach Abzug der Zinsen, Gemein-
deabgaben usw. ein Reingewinn von 5 860 058 M. verbleibt. Davon
sollen dem Reservefonds 292 001 M., Zantien an Direktion und
Beamte 292 001 M., Zantien an Aufsichtsrat 125 551 M.
und Dividende (7 1/2 Prozent) 5 146 875 M. zur Ver-
teilung gelangen. An Gehälter zahlte die Gesellschaft
7 475 881,10 M., das sind 44,37 Proz. ihres Gesamtumsatzes. In
die Abgabekategorie wurden 252 242,47 M. abgeführt. Die Betriebs-
einnahme aus der Personenerfordernisse stellt sich auf 26 540 956,03 M.
gegen 24 537 822,37 M. im Vorjahre. Die Gesellschaft berechnet,
daß sie bei dem Zehnjährigen-Tarif im Verhältnis zu dem auf-
gewendeten Material gegen das Vorjahr eine Verminderung der
Einnahme zu verzeichnen habe. Trotzdem dünt uns die Ver-
zinsung des Anlagekapitals mit 7 1/2 Proz. reichlich hoch, so daß im
Interesse einer billigen Verkehrsrichtung gewiß ein Zurückgehen
auf den alten Tarif weder wünschenswert noch aussichtslos wäre.
Sehr hoch ist die Zahl der Unfälle. Es erlitten im Berichtsjahre
27 Personen tödliche, 162 schwere und 1886 leichte Verletzungen.
Leider kann uns nicht in Aussicht gestellt werden, daß bessere Vor-
kehrungen zur Vermeidung der Unfälle eingeführt werden können.

Der amerikanische Stahlmarkt hat „Stockholms Tidningen“
zufolge beinahe sämtliche Aktien der „Swedish Ironworks“
zum Nominalwerte von 6 Millionen Kronen aufgekauft. Die Ueber-

nahme des Betriebes der nordischen Erzküchen durch den
Zust erfolgt im Herbst. Die schwedischen Erze sind von überaus
guter Qualität und die Ausnutzung der großen Lager verhältnis-
mäßig gering.

Der Boeren-Krieg.

Die Konzentrationlager.

Die englische Regierung publiziert loben ein neues „Plaubuch“
über die Konzentrationlager in Südafrika. Danach starben vom
Juni 1901 bis Januar 1902 in den Lagern 18 196 Personen von der
weißen Rasse, darunter 13 314 Kinder. Prozentual und auf das
Jahr berechnet kamen demnach im Monat Juni 170 auf das
Tausend, im Oktober 836 pro Tausend; im Januar sank die Ziffer
auf 189 pro Tausend. Die Sterblichkeit der Kinder allein erreichte
im Oktober die Höhe von 672 pro Tausend; während der 13 Monate,
auf die sich die Statistik erstreckt, betrug die Sterblichkeit der Kinder
im Alter von unter 12 Jahren durchschnittlich 216 auf Tausend pro
Monat.

Die englischen Totalverluste.

Ueber die Stärkeverhältnisse und Verluste der englischen Truppen
in Südafrika enthält eine neuerdings in London veröffentlichte Liste
nachstehende Angaben:

Stärke des englischen Heeres am 1. August 1899	9 940
Verstärkungen bis 31. Dezember 1901	878 809
Gefallene Offiziere bis Dezember 1901	469
Gefallene Unteroffiziere und Mannschaften	4 762
Verwundete Offiziere	1 685
Verwundete Unteroffiziere und Mannschaften	19 242
An Wunden oder Krankheiten gekrankte Offiziere	462
Desgleichen Unteroffiziere und Mannschaften	19 271
Verabschiedete Offiziere	877
Verabschiedete Unteroffiziere und Mannschaften	6 306
Offiziere am 27. Dezember 1901 im Hospital	328
Desgleichen Unteroffiziere und Mannschaften	11 892
Stärke des Offiziercorps am 1. Januar 1902	8 600
Desgleichen Unteroffiziere und Mannschaften	229 200

Diese Zahlen ergeben einen Gesamtverlust von
3321 Offizieren und 54 975 Mannschaften, wobei aber mög-
licherweise ein Teil der Gefallenen in den verschiedenen Kategorien
doppelt aufgeführt wird.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Demission des italienischen Kabinetts.

Rom, 21. Februar. Die Abendblätter melden: Nach Schluß
der heutigen Kammer Sitzung traten die Minister zur Beratung zu-
sammen und beschlossen einstimmig, zu demissionieren. Zanardelli
unterbreitete am Abend dem Könige die Demission des
Kabinetts.

Ueber die Ursache dieses Vorganges liegt folgendes Tele-
gramm vor.

Deputiertenkammer. Bei der Präsidentenwahl werden
292 Stimmzettel abgegeben, hiervon lauten 142 auf Villa,
17 auf den Sozialisten Costa, 120 Zettel sind unbeschrieben,
18 zerplittert. Da die absolute Majorität 147 beträgt, findet
mithin Stichwahl zwischen Villa und Costa statt. In derselben
erhält Villa 135, Costa 25 Stimmen. Außerdem werden 142 un-
beschriebene und 5 ungültige Stimmzettel abgegeben. (Lang-
andauernde Bewegung.) Der Ministerpräsident Zanardelli
erklärt, insofern dieser Abstimmung behalte sich das Ministerium
vor, in Beratung zu treten. (Kurze.) Nach einer kurzen Debatte
wird die Abstimmung über die Bildung des Präsidialbureaus unter
lebhafter Erregung der Kammer auf morgen vertagt und die Sitzung
aufgehoben.

Unterhaud.

London, 21. Februar. (W. L. V.) Der Finanzsekretär des
Admiralitätsamts Arnold Foster gab eine genaue Erläuterung für
den Marine-Voranschlag. Am Ende des laufenden Finanzjahres
würden 49 Schiffe vom Stapel gelaufen sein und im nächsten
Finanzjahr 60 Schiffe im Bau sein. Rechnet man die 27 Schiffe hinzu,
die in dem neuen Bauprogramm vorgezogen seien, so ergebe sich, daß
nicht weniger, als 87 Schiffe im nächsten Jahre im Bau sein würden.
Er hoffe, daß im kommenden Finanzjahr in den Verband der im Dienst be-
findlichen Flotte 18 neue Schiffe würden aufgenommen werden
können. Außerdem wurde die Stärke vieler der vorhandenen Kriegsschiffe
durch Umbau wesentlich erhöht werden. Es sei auch ein
neuer Typ von Torpedoboot-Verstärkern entworfen worden. Mehrere
der britischen Geschwader seien verstärkt worden, namentlich das
Mittelmeer-Geschwader, welches bei weitem das wichtigste sei.
Die Schlachtschiffe dieses Geschwaders seien nunmehr gleichwertige
und stärker als früher. Die Zahl der Torpedoboot-Verstärker sei
auf 24 erhöht worden. Auch das Heimatgeschwader sei verstärkt
durch Vermehrung um drei sehr starke Schlachtschiffe. Es werde
möglich sein, diese Geschwader noch weiter zu verstärken, wenn das
nötig sein sollte. Dillie (liberal) erklärte, das Programm der
Admiralität sei nicht ausreichend für die Bedürfnisse des Landes,
Aquit (liberal) unterstützte die Politik der Admiralität und
verwies auf die Entwicklung der Flotten Deutschlands, Frankreichs,
Italiens, der Vereinigten Staaten und Japans. Die französische
Flotte sei sprunghaft verstärkt worden, und die deutsche Flotte sei
jetzt ein sehr mächtiger Faktor geworden. Die Gleichheit der britischen
Flotte mit denen von zwei andern Mächten sei das Minimum von
Sicherheit.

Gleiwitz, 21. Februar. (W. L. V.) Vor dem Schwurgericht
hatte sich heute der 29-jährige, seit zwei Jahren verheiratete Lehrer
Stein von der evangelischen Schule in Pohrge wegen zahlreicher
Sittlichkeitsverbrechen, die er seit 1894 begangen, zu verantworten.
Zur Anklage standen 17 Fälle, von denen 11 Vergehen an Kindern
unter 15 Jahren betrafen, die zum Teil aus hochachtbaren Be-
samtensfamilien stammten. Das Gericht fand den Angeklagten in sechs
Fällen der Notzucht und in 9 Fällen des Verbrechen gegen die
Sittlichkeit schuldig und verurteilte ihn zu 6 Jahren Zuchthaus
und 10 Jahren Ehrverlust.

Röln a. Rh., 21. Februar. (W. L. V.) Der „Röln. Jg.“ wird
aus Madrid telegraphiert: Trophem Sagasta erklärte, die Cortes
würden nicht verlagert, erwartet die Presse größere politische
Ereignisse. Sagastas Behauptungen, worin er zu verbleiben gicht,
daß der Ausstand mit einer andern politischen Frage zusammenhänge,
werden viel besprochen.

Röln a. Rh., (W. L. V.) In der letzten Nacht ist ein schwerer
Einbruchdiebstahl in einem hiesigen Uhren- und Goldwaren-
geschäft verübt worden. Den Dieben fielen für ca. 5000 M. Uhren
und Wertgegenstände in die Hände.

Paris, 21. Februar. (W. L. V.) Bezüglich der von
mehreren Blättern gemeldeten Spionage-Angelegen-
heit wird von offiziöser Seite berichtet, ein Geheimagent des
Kriegsministeriums habe sich zu einem bisher unbekanntem Zweck
verschiedene Schriftstücke des Kriegsministeriums verschafft und in
seiner Wohnung aufbewahrt. Die Sicherheitsbehörde habe diese
Papiere beschlagnahmt, unter welchen sich Pläne des Kriegsbesatzes
eines Kleinrautes befanden. Es sei gegen den Geheimagenten jedoch
keinerlei gerichtliche Verfolgung angeordnet worden.

London, 21. Februar. (W. L. V.) Ein Bericht des General-
controleurs des Exercices weist hervor, daß beim
Ankauf von Maultieren und Pferden zahlreiche Unregelmäßig-
keiten vorgekommen seien; es fehlten besonders Betragene über
ausgehende Summen.

Konstantinopel, 21. Februar. (Meldung des Wiener I. I. Tel-
graphen-Bureaus.) Der Wollsch Jekka, der erste albanesische
Kotable in Ipek, wurde in der Nacht vom 16. auf den 17. Fe-
bruar in Ipek von den Mannschaften des Gendarmerie-Kapitän
Adem Bey getötet.

Reichstag.

140. Sitzung vom Freitag, 21. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

An Bundesratsliche: v. Götler.

Die zweite Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben.

Beim Titel Offiziere des Kriegsministeriums wird nach dem Antrage der Budgetkommission ein Abteilungschef gestrichen. — Beim Titel Bureaubeamte wünscht

Abg. Dr. Certeil (L.) Gleichstellung der sächsischen Kanzlei-Beamten im Kriegsministerium in ihren Bezügen mit den Kanzlei-Beamten des preussischen Kriegsministeriums.

Major Sächsischer Militärbevollmächtigter v. Vitzum erklärt die Verschiedenartigkeit der Bezüge durch die anders geartete Organisation der sächsischen Armeeverwaltung. Jedenfalls wird das sächsische Kriegsministerium die Anregung einer eingehenden Prüfung unterstützen.

Abg. Dr. Certeil bittet auch den preussischen Kriegsminister, seinen Einfluß geltend zu machen, daß diese unverständliche Inkonsequenz beseitigt werde.

Scheimrat Herz: Die richtige Adresse, an die sich Herr Certeil hätte wenden müssen, ist das Reichs-Schatzamt. An dieses sind bisher keine Wünsche in dieser Beziehung gelangt, so daß es keinen Anlaß hatte, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

Abg. Certeil (L.): Wir haben bisher so schlechte Erfahrungen mit dem Reichs-Schatzamt gemacht, daß ich es für besser hielt, mich auf Umwegen an diese Adresse zu wenden. (Heiterkeit.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Beim Kapitel Militär-Justizverwaltung wünscht Abg. Kirch (C.), daß die Militärbehörden vorsichtiger beim Erlass von Haftbefehlen sein mögen. Ein Oberstaatsanwalt Schimmel in Düsseldorf ist monatelang unzulässig in Haft gehalten worden. Frey neunmal von ihm eingeleiteter Rechtsbeschwerde hat der Gerichtsherr ihn nicht freigelassen.

Birkel, Geheimrat Kriegsrat Wolff: Der erwähnte Fall ist dem Kriegsministerium noch nicht bekannt, sollte sich herausstellen, daß die Haft zu lange gedauert hat, so wird dafür gesorgt werden, daß derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Gouverneure, Kommandanten und Plazmajor hat die Kommission das Gehalt eines Kommandanten in Berlin von 12000 auf 9000, seine Dienstzulage von 4500 M. auf 1800 M. herabgesetzt und eine weitere Dienstzulage von 1800 M. gestrichen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Im Kap. 24. Geldverwaltung der Truppen, hat die Kommission im Tit. 1 eine Compagnie Fuhrartillerie gestrichen, weil nur ein Vorkommnis statt wie beabsichtigt zwei, mit Zivilhandwerkern an Stelle der Oekonomiehändler versehen werden soll. Die Diskussion über das Kapitel Verleihsamt Tit. 1 wird daher damit verbunden.

Das Haus beschließt ohne Diskussion gemäß dem Kommissions-Antrag.

Beim Titel Militärärzte begrüßt es Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.), daß die Gehälter der Militärärzte und Oberarztärzte aufgebessert worden sind. Eine weitere Aufbesserung bis zur Höhe der Bezüge der bairischen Koh- und Oberarztärzte ist aber dringend notwendig. Redner wünscht weiter eine Aufbesserung der Lazarettgehilfen.

Abg. Werner (Antif.) tritt für eine Besserstellung der Zahlmeister ein.

Scheimrat Herz erklärt es für nicht angängig, einzelne Beamtenklassen aufzubessern, zumal bei der schlechten Finanzlage. Die allgemeine Gehaltserhöhung der Beamten ist im Jahre 1897/98 abgeschlossen.

Redner des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) und Werner (Antif.) sich gegen die letzte Bemerkung des Regierungskommissars mit dem Bemerkung gewandt haben, daß thatsächlich auch nach 1898 noch einzelne Beamtenklassen aufgebessert seien, wird der Titel bewilligt.

Beim Titel Mannschaften fragt

Abg. Dr. Certeil (L.) an, ob die Zeitungsnachricht richtig sei, daß sich ein Mangel an Unteroffizieren herausgestellt hat. Die offiziöse „Berliner Korrespondenz“ hat dies zwar bestritten, die mir zugegangenen Nachrichten aus dem Lande veranlassen mich aber doch, eine Erklärung des Herrn Kriegsministers in dieser Sache zu extrahieren. Redner wünscht des weiteren eine Aufbesserung der älteren Feldweibel.

Major Goltz erklärt die Besorgnisse wegen eines Mangels an Unteroffizieren für ganz unbegründet.

Abg. Horn-Godlar (Nat.) verlangt Besserstellung der Militärkapellmeister.

Der Titel wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Beim Kapitel Garnisonverwaltungs- und Serviswesen verlangt

Abg. Werner (Antif.) Gehaltserhöhung für die Kaserneninspektoren.

Es folgt das Kapitel Militär-Medizinalwesen.

Abg. Dr. Gernies (fr. Sp.) giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Gehälter der Militärapotheker aufgebessert worden sind, und daß auch ihre Rangverhältnisse in nächster Zeit ihren Wünschen gemäß geordnet werden sollen. Nur einige Apotheker, die früher das Lehramtsmittel-Chemiker-Examen nicht gemacht haben, bleiben noch jetzt sehr schlecht gestellt. Redner erbittet das Wohlwollen der Militärverwaltung für die Garnisonapotheker.

Abg. Graf Oriola (nat.) schließt sich dem Wunsche des Vorredners an.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt Kap. Pferdebeschaffung, Tit. Ankauf von Remontepferden.

Abg. v. Waffow (L.): Ich bitte die Herren Socialdemokraten, mich genau anzuhören, damit es nicht wieder im „Vorwärts“ heißt, ich hätte nach Genus einer Flasche Sekt mit hochgeordnetem Gesicht gesprochen. Ich habe heute nur ein Glas Bier getrunken, wie ich das immer zu thun pflege. Redner bringt des weiteren die Zeitungsnachricht zur Sprache, daß ein großer Pferdehändler 30000 Pferde dem Engländern geliefert hat, wovon 10000 bereits abgegangen sein sollen. Dann erzählt er ohne fädelichen Zusammenhang den Weitergeiß in dem Offizierscorps, der noch ganz der alte geblieben sei. Das beweisen die großen Distanzzeiten, so der von Berlin nach Wien, wo ein Träger des Hohenzollernmännens den Preis errungen hat. Bei diesen Distanzritten ist besonders bewundernswert, daß die Herren ihre Pferde ohne Vorkaufsgeß gestriegelt, gepuht und gepflegt haben, ein Beweis, daß der Geist im Offizierscorps doch ein anderer ist als Herr Bebel es hinstellt. Redner kommt sodann auf die Spielersproß zu sprechen, die er bedauerlich findet. Die Verfäher seien aber schlimmer als die Verfäheren. Redner spricht alsdann über den Remontemarkt und hebt die Selbstlosigkeit der Landwirte hervor, die ohne Entschädigung bei den Remontebefähigungen ihre Pferde vorführen und einen halben Tag Arbeit daran verlieren. — Der Abg. Bebel hat sich auf die Autorität des Herrn Hoyer bezogen. Der Vater des Herrn Hoyer war ein großer Pferdehändler, von ihm hat die Militärverwaltung Pferde gekauft.

Ein Offizier soll zu Herrn Hoyer immer gesagt haben, er laufe nicht politische Pferde; das ist aber nicht richtig, man laufe nicht Pferde nach der Politik, sondern nach dem Aussehen und der Beschaffenheit. Wenn Herr Hoyer's Pferde nicht mehr gekauft werden, so liegt das daran, daß seine Pferde zu hoch zu prädegenen ist. Herr Bebel hat sich gewundert, daß ich ihn speciell angegriffen

habe, das ist mir nicht in den Sinn gekommen. Ich habe nur seinen Namen genannt — wenn man eine Schlange angreift, faßt man sie doch nicht am Schwanz sondern am Kopf, denn der Kopf beißt. — In der Presse hat gestanden, ich hätte meine Militärfürriere aufgegeben, um mich der parlamentarischen Laufbahn zu widmen... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, beim Erititel zu bleiben und nicht allgemeine Erörterungen daran zu knüpfen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Waffow (fortfahrend): Herr Bebel hat beim Reichsamt des Innern die Sache zur Sprache gebracht und auch ganz allgemein gesprochen. Da glaube ich auch bei diesem Etat das Recht zu haben.

Vizepräsident Büsing: Wir sind bei dem speciellen Erititel „Ankauf von Remontepferden“, da sind solche allgemeine Erörterungen nicht gestattet.

Abg. v. Waffow (L.) bricht darauf seine Ausführungen ab und setzt sich nieder. (Heiterkeit links.)

Abg. Brädicke (fr. Sp.): Wer die Pferdezeit in Ostpreußen auf der Höhe erhalten will, daß an die Armee ein leistungsfähiges Pferd geliefert werden kann, muß für höhere Preise für die Remontepferde eintreten.

Das Kapitel wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Kapitel. Es folgt der Titel „Besoldungen“ in der Militär-technischen Hochschule.

Die Kommission beantragt den Titel zu streichen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Es ist nicht wünschenswert, die Offiziere noch mehr von den übrigen bürgerlichen technischen Hochschulen zu isolieren. Redner bittet um Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Das Haus beschließt dem Antrag der Kommission gemäß.

Es folgt das Kapitel Kadettenschulen.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) fragt an, ob die Zeitungsnachrichten wahr sind, daß durch eine Kabinettsorder den Aspiranten der Ober-Realtschulen bedingungslos die Militärfürriere eröffnet werden soll. — Redner tritt im weiteren für eine Vermehrung der wissenschaftlichen Unterrichtsständen durch gut geschulte Lehrer ein. Die Kadettenschulen dürfen in wissenschaftlicher Beziehung nicht hinter den andern Unterrichtsanstalten zurückbleiben. — Auch eine Gehaltserhöhung der Lehrer an den Kadettenschulen ist dringend notwendig. Das ist eine Forderung der Gerechtigkeit, da die Gehälter der Oberlehrer an den Gymnasien auch erhöht worden sind.

Generalmajor v. Einem: Dem Abg. Eichhoff kann ich erwidern, daß eine Kabinettsorder ergangen ist, die die Aspiranten der Ober-Realtschulen mit denjenigen der Gymnasien gleichstellt. Die mangelnde Kenntnis im Lateinischen soll durch größere Anforderungen in andern Fächern kompensiert werden.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Kapitel. Es folgt das Kapitel „Technische Institute der Artillerie“.

Abg. Pauli-Potsdam (L.) konstatiert mit Bemerkung, daß die Verhältnisse der Beamten in der Artilleriewerkstätte in Spandau teilweise besser geworden seien. Ein Mangel ist es noch, daß thätige Arbeiter, die Meister werden, erst in sehr spätem Alter dazu kommen, festangestellte Beamte zu sein. Auch die Höhe des Gehalts dieser Meister läßt noch viel zu wünschen übrig. — Weiter möchte ich, wie in jedem Jahre, auch wieder für die Betriebschreiber eine Löhne berechnen. Sie bekommen jetzt zuerst 4 M. pro Tag, während sie früher nur 3,80 M. erhielten, nach 4 Jahren aber erhielten sie früher 4,50 M., jetzt dagegen erst 4,20 M. nach sechs Jahren. Hier müßte unbedingt Wandel geschaffen werden. In Spandau ist nun eine neue Lohnordnung ausgearbeitet worden, was ich sehr begrüße. Die Arbeiter wollen sie aber ablehnen, denn es soll die Bestimmung bestehen, daß Arbeiter, die von einem Betriebe in den andern versetzt werden, die frühere Zeit nicht angerechnet wird. Persönlich hat mir ein Regierungsvertreter erklärt, das wäre nicht der Fall. Wenn die Arbeiter das hören, werden sie hoffentlich der Lohnordnung zustimmen.

Abg. Jubell (Soc.):

Die Vorgänge der letzten Jahre werden den Herrn Kriegsminister überzeugt haben, daß meine Quellen doch nicht so trübe und unklar gewesen sind, wie er es im vorigen Jahre meinte. Wenn der Herr Kriegsminister dafür sorgt, daß die Arbeiter sich ohne Vermittelung der Direktion direkt an ihn wenden und ihn über die Zustände aufklären, ohne befürchten zu müssen, gemäßregelt zu werden, wird er auch solche Quellen zur Verfügung haben; er wird seine Informationen von den besten Arbeitern in Spandau erhalten. Die schlechte Verhältnisse in Spandau sind, beweist, daß der Arbeiterausschuß bis vor wenigen Tagen überhaupt gestreift hat, jedoch die Arbeiter ein halbes Jahr ohne Vertretung gegenüber der Direktion waren. Mit der Lohnordnung sind die Arbeiter durchaus nicht zufrieden, wie der Herr Vorredner, der ja für die Meister ein sehr warmes Herz hatte, meinte. Besonders wenig bewähren sich die Lohnklassen, denn es kommt vor, daß Arbeiter, die genau dieselbe Arbeit haben, in verschiedenen Lohnklassen sind, und zwar sind dann immer die Arbeiter, die sich die besondere Günst der Meister zu verschaffen verstehen, in der höheren Lohnklasse. Alle Bemühungen des Arbeiterausschuß bei Direktor Hirshberg und den andern Stellen, eine Lohnordnung nach dem Wunsche der Arbeiter zu erhalten, waren vergebens, deshalb legte der Ausschuss sein Amt nieder. Alle Mitglieder des Ausschusses wurden aber wiedergewählt, lehnten indessen bis auf ganz wenige die Annahme der Wahl ab. Dieser Vorgang spielte sich noch einmal ab und erst in letzter Zeit gelang es der Direktion, einen Ausschuss zu bilden. Wenn die Arbeiter zu solchen Mitteln greifen in einer künftigen Werkstätte, können die Zustände keine guten sein. — Nun zu den einzelnen Werkstätten. In der Gewehrfabrik verdienen die Maschinenarbeiter bei höchster Anstrengung 4,50 M. Als sie um Lohnaufbesserung eintraten, wurde ihnen erwidert, was müßte es Ihnen, wenn Sie auch 6 oder 7 M. erhalten, dann steigern Sie nur Ihre Bedürfnisse und Sie müssen den Mehrerwerb an Haus, wirt, Schuster usw. abgeben. Diese Arbeiter müssen übrigens jeden Sonnabend zwei Stunden unentgeltliche Reinigungsarbeiten verrichten.

Mit Bemerkung kann ich konstatieren, daß in der Geschäftsgiecherei das Kolonnenystem abgeschafft ist. Das wäre sicher nicht geschehen, wenn hier im Reichstag die Mißstände bei diesem System nicht so ausführlich besprochen wären. Zur Strafe für diese Verbesserung werden nun die Arbeiter, die am meisten für die Abschaffung des Kolonnenystems eingetreten sind, auf alle mögliche Weise haniert. Am meisten belagern sich die Arbeiter über einen Meister Jäger, der die brutale Ausherrung gelitten hat: „es ist nicht nötig, daß die Arbeiter 60 Jahre alt werden“. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Diese Ausherrung ist in öffentlicher Versammlung in Spandau zur Sprache gekommen. In dieser Versammlung haben sich die Arbeiter der Geschäftsgiecherei auch über die Nachtarbeit geäußert. Eine kleine Vergrößerung der Räumlichkeiten der Geschäftsgiecherei würde die Nachtarbeit — denn Nachtarbeit ist Nachtarbeit — überflüssig machen. Wenn auch die Nachtarbeit etwas höher entlohnt wird, so wird doch die Gesundheit der Arbeiter dadurch sehr schnell ruiniert. Die Lohnzahlung wird jetzt auf der Straße vollzogen (Hört! hört!), bei schlechtem Wetter im Keller. Der Herr Kriegsminister schüttelt den Kopf, er möge sich erkundigen, dann wird er meine Angaben bestätigt finden. Ganz ungenügend sind auch die Räumlichkeiten in Artilleriedepot in Hasehorst. Es besteht aus einem offenen Schuppen, daschgelegenheit ist für die 250 Arbeiter und Arbeiterinnen nicht vorhanden, männliche und weibliche Arbeiter müssen ein einziges Kloset benutzen.

Auch die Lage der Betriebschreiber, die eine schwere Arbeit haben, ist, wie schon der Herr Vorredner erwähnte, eine sehr wenig befriedigende. Heute bekommen sie erst nach 10 Jahren den horrenden Lohn von 4,50 M. Die befähigsten Betriebschreiber — man muß sich wundern, daß in einem königlichen Betrieb auch unfähige Leute beschäftigt werden — erhalten nach 10 Jahren 5,50 M. Dabei ist ihre Arbeit sehr verantwortungsvoll, denn die Meister setzen sehr oft ihren Namen einfach unter die Schriftstücke ohne sie gelesen zu haben. Wie sieht es nun mit den Wohnverhältnissen in Spandau aus? Auf diesem Gebiete leisten viele Privatbetriebe weit mehr, als die königliche Musteranstalt. Badeeinrichtung ist im allgemeinen vorhanden, nur kommt die Arbeiter oft monatelang nicht dazu, sich zu waschen. In der Gewehrfabrik sollen 100 Arbeiter sich in 10 Minuten an einer Waschanlage waschen. Da ist es klar, daß viele ungewaschen nach Hause gehen müssen. — Das ungeliebte Meister System führt zu häufigen Lohnkürzungen der Arbeiter. So ist es vor- gekommen, daß ein Arbeiter pro Stunde 19 Pf. verdient. (Hört! hört!) Der Betriebschreiber hat dann seinen Lohn auf 43 Pfennig pro Stunde erhöht. Eine große Rolle spielt das Kapitel Strafen in Spandau. Für kleine Versehen werden Strafen von 60, 75 Pfennig verhängt. Die Strafkasse hat ja jetzt schon die Höhe von 6000 M. erreicht. — Bei Vergebung der Submissionen müßte in die Verträge aufgenommen werden, daß Zwischenmeister und Heimarbeit ausgeschlossen sind. Leider geschieht das heute nicht. Bei einer großen Submission wurden Sattlerarbeiten von der best- treffenden Firma an Zwischenmeister in Spandau übergeben und diese beschäftigten Sattler der königlichen Werkstätte selbst als Heimarbeiter. Während die königliche Werkstätte 2 M. für Postarbeiten ihren Arbeitern 4,50 M. zahlt, zahlte die Zwischen- meister nur 3,10 M. (Hört! hört!) Wenn das Zwischenmeister- System beseitigt wird, können die auf der Straße liegenden Sattler wenigstens vorübergehend zur Beschäftigung. — Am 15. d. M. haben große Arbeiterkundgebungen zum 1. April in der Ggl. Werkstätte in Spandau stattgefunden. Das ist eine bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ganz unangebrachte Maßregel. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dabei scheinen diese Entlassungen lange vorbereitet zu sein, man hätte sie also leicht verhindern können, indem man die Arbeit von 10 auf 8 Stunden herab- setzte. Es wird dem Herrn Kriegsminister bekannt sein, daß für die gefürchteten Arbeiter abolut keine Aussicht vor- handen ist, bei der herrschenden Krise in der Privatindustrie Anstellung zu finden. Dabei wird mir berichtet, daß Mater- arbeiten in neuester Zeit an auswärtige Meister ver- geben sind. — Gegenüber Herrn Pauli-Potsdam bemerke ich, daß die Arbeiter in Spandau für einen Vertreter danken, der es fertig brachte, in der Stadtvorordneten-Versammlung in Spandau die Arbeitslosen-Versammlungen als Komödie zu be- zeichnen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Generalmajor v. Einem:

Aus der Rede des Herrn Jubell klingt der Geist heraus, den wir auch von andern socialdemokratischen Rednern hören: das ganze System ist ein Fehler. Wenn die Verhältnisse wirklich so lägen, verdienen die Arbeiter, die sich solche Zustände gefallen lassen, wirklich die Behandlung. Ich muß auch nach seinen Ausführungen betonen, daß wir mit unsren Arbeitern in Spandau in Frieden leben. Arbeiterausschüsse haben allerdings wegen Lohnherabsetzungen ihr Amt niedergelegt. Ich will zugeben, daß eine Verchtigung zur Ungerechtigkeit für die Arbeiter vorlag, denn sie wußten nicht, daß die Lohnherabsetzungen nur die neue Lohnordnung vorbereiten sollten. Sobald die Herab- setzungen dem Kriegsministerium bekannt wurden, wurden sie inhiert. Jetzt ist die Lohnordnung endlich fertig gestellt und wird den Arbeitern zur Prüfung vorgelegt, denn wir wollen nur eine Lohnordnung, die im Einklang mit den Arbeitern er- lassen wird. Die Vorwürfe gegen die Meister sind unberechtigt. Die Meister haben gar nicht die Befugnis, Arbeiter zu entlassen. Mißgriffe mögen vorkommen, aber jede Beschwerde wird auf das allergründlichste geprüft. Der Meister Jäger hat leider Ausherrungen getan, wie sie ihm in den Mund gelegt wurden, er ist aber gehörig rektifiziert worden. Es ist thatsächlich vorgekommen, daß einmal der Lohn im Freien gezahlt wurde. Es mag ein Notstand vorgelegen haben. Aber was liegt viel daran. Wir ist es ganz gleich- gültig, ob man mir mein Gehalt im Freien oder in der Stube auszahlt. (Heiterkeit und sehr richtig!) In einem offenen Schuppen haben thatsächlich zweimal im Monat fünf Arbeiter gearbeitet, das ist der ganze Witz. — Die Wohl- fahrts-Einrichtungen sind in Spandau ganz besonders gut, wohl die besten außer bei den Werkstätten Krupps. Das liegt wo mal eine Waschanlage fehlt, was ja sein, die wird ersetzt werden. (Heiterkeit.) Daß ein Arbeiter jemals nur 19 Pf. pro Stunde verdient haben soll, ist nach den mir zugegangenen Nachrichten unrichtig. Herr Jubell wird diese Behauptung also noch beweisen müssen. Arbeit soll nach auherhalb vergeben sein. Das ist geschehen, um Nachtarbeit, Ueberanstrengung zu vermeiden. Daran, daß die Zwischenmeister mit guten Löhnen arbeiten, daran liegt auch uns. Ein Sattlermeister, der die Arbeiten nicht zur Zeit liefern konnte, weil seine Arbeiter wegen zu geringer Entlohnung streikten, wurde von uns unbarmherzig gezwungen, die Konventional- strafe zu zahlen.

Rassentändigungen sind vorgekommen, ich hoffe, daß die Entlassungen nicht in ganzen Umfang nötig werden. Da wir aber für die Wente liefern, müssen wir gewisse Arbeiten zum 1. April fertig stellen und dürfen sie nicht bis in den Sommer aufschieben. — Ich nehme an, daß die Ausführungen des Herrn Jubell zum größten Teil Sonnen- lungen aus Artiteln der „Latene“ waren, soweit er auf Mitteilungen von Arbeitern fußt, rate ich ihm, mit solchen Nachrichten sehr vor- sichtig zu sein, denn ich glaube, es wird ihm da so mancher Witz angedenken. (Bravo! rechts.)

Abg. Pauli-Potsdam (L.) befreitet dem Abg. Jubell überhaupt das Recht, an Namen von Arbeitern hier zu sprechen. Die Arbeiter in den Spandauer Werkstätten verzichten gern auf die Unterstützung des Herrn Jubell. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Das haben mir dieselben selbst gesagt. Ich möchte wissen, wie es in den Werkstätten aussehen würde, wenn sie unter socialdemokratischer Leitung ständen. Ein Beispiel haben wir ja an den heutigen socialdemokratischen Betrieben. Was ich als Stadtvorordneter thue, muß Herr Jubell schon mit überlassen. Ich handle in meinem Sinne fortschrittlich. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. Jubell (Soc.):

Nicht ein Exemplar der „Latene“ befindet sich unter meinem Material. Die „Latene“ brauche ich nicht, mein Material erhalte ich von den Arbeitern, die sich freilich nicht an Herrn Pauli wenden. — Ich wünsche, daß die Ggl. Werkstätte so muster- gültig geleitet wäre wie die bestehenden socialdemokratischen Betriebe. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ein Mandat von den Spandauern habe ich nicht, aber ich habe ihr Vertrauen. Die Arbeiter haben Herrn Pauli wofür nicht gewählt und es ist ganz zweifellos, daß Herr Pauli in diesem Kreise nicht wieder ge- wählt werden wird. (Abg. Pauli: Wenn Sie sich nur nicht täuschen!) — Herr Generalleutnant v. Einem hat die Arbeiter auf dem Weg der Wende weg verwiesen. Er wird aber selbst wissen, daß auf diesem Wege die Arbeiter höchst selten das Recht bekommen werden. Gewiß haben die Meister nicht das Recht Arbeiter zu entlassen, aber es ist doch zweifellos, daß die den größten Einfluß auf die Entlassung der Arbeiter haben. Würden Sie sich nicht um die Ver- hältnisse der Arbeiter kümmern, dann würden sich die Ver-

häftnisse schon besser, an ihnen liegt es, und das Wasser abzugeben. — Die neue Lohnordnung ist durchaus kein Vorteil für die Arbeiter. Auch der tüchtigste Arbeiter kann danach noch nicht so viel verdienen, wie ein Gehilfe oder Meister von vornherein bekommt. § 18 der neuen Ordnung bestimmt, daß die Arbeiter für den Einnahme-Ausfall an Kaisers Geburtstag nicht entschädigt werden. Wenn ein Arbeiter plötzlich entlassen ist, soll er nur den Lohn bis zum Tage der Entlassung erhalten, während sonst allgemein der volle Accordlohn ausgezahlt wird. Die Feilsohn-Arbeiter erhalten nach 6 Jahren 10 Pfennig mehr, und nach 10 Jahren erhalten sie 50 Pf. mehr. Das ist die vielgepriesene außerordentliche Lohnaufbesserung. Da ist es kein Wunder, daß sich die Arbeiter gegen einen solchen Erfolg ihrer jahrelangen Agitation wehren. Mit dieser Lohnordnung werden sich die Arbeiter nicht zufrieden geben. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Das Kapitel wird hierauf bewilligt. Ebenso debattiert der Rest des Ordinariums und die Einnahmen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. 1. Militär-Etat (Extraordinarium). 2. Interpellation Albrecht betr. den Arbeitersekretär Winter. 3. Etat des Reichs-Zentralfonds. Schluß 6¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Zu der Budgetkommission des Reichstags

wies Eisenbahn-Minister v. Thielen nach einer längeren Geschäfts-Ordinung Debatte darauf hin, daß das Bild der Eisenbahn-Ergebnisse ein recht trübes sei sowohl für das laufende, wie für das kommende Rechnungsjahr. Für das laufende Rechnungsjahr 1901 beziffere sich der Minderüberschuß auf 12 Mill. Mark; damit sinke der Reinertrag auf 297 Proz. Esch-Vorbringen Eisenbahnen würden vom Rückgange der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse besonders stark getroffen, weil sie einerseits auf den Durchgangsverkehr und andererseits auf eine heimische Industrie angewiesen seien, die unter der trübsüchtigen Konjunktur schwer zu leiden habe. Seiner Meinung nach werde die Depression alsbald überwunden werden, Gerade in einer Zeit, wie der jetzigen, müsse die Eisenbahnverwaltung besonders thätig vorgehen, soweit es die Finanzlage gestatte. — Abg. Schlumberger (natl.) betont, daß die Massen-güter nicht auf die Eisenbahnen, sondern auf den Wasserweg gehören, und erlaubt, den Ausbau der Wasserstraßen in den Reichslanden fest im Auge zu behalten. Eine Verbilligung der Personentaxen im Nahverkehr würde der Reichs-Eisenbahn Mehreinnahmen bringen, da sie zu einer besseren Ausnutzung der Plätze in den auf jeden Fall laufenden Waggons führen werde.

Abg. Wacker (C.) meint, trotz des wirtschaftlichen Niederganges halte allem Anschein nach der Kohlen- und Eisenerz seine hohen Preise aus. Dagegen müsse mit allen Mitteln der Tarifpostill angefangen werden, um solche wucherische Ausbeutungen des Reiches durch die Ringe zu beseitigen.

Abg. Müller-Gulda (C.) regt zu diesem Zweck einen Kohlen-ausfuhrzoll an. Die Reichs-Eisenbahnen zahlen tatsächlich bis jetzt höhere Kohlenpreise, als ein privater Großbetrieb zu zahlen hat.

Minister v. Thielen: Das Saar-Revier gewährt der Reichs-Eisenbahn vom Normalpreise eine Mark Rabatt. Die Ruhrkohle könne nur als Kohlebede in Frage kommen.

Abg. Niff (Hosp. d. fr. Bg.) Seit Baden die Kilometer-Geste eingeführt habe, werde es unter den Esch-Vorbringern immer mehr üblich, anstatt der reichslandständischen die badischen Bahnen zu benutzen, weil diese billiger seien. Deshalb müßten auf den Reichs-Eisenbahnen Kilometer-Geste eingeführt und die Personentaxen allgemein verbilligt werden.

Minister v. Thielen giebt die Thatsache der Ablenkung des Verkehrs zu. Die Einnahmen seien aber auf den reichslandständischen Eisenbahnen mehr gestiegen, als auf den badischen. Ob die Kilometer-Geste in Baden namentlich für die dritte Klasse in Schnellzügen noch einen Ueberschuß ergeben, entziehe sich seiner Beurteilung.

Abg. Hilke (natl.) betont, die reichslandständischen Eisenbahnen könnten ja gar nicht rentieren, weil sie zum großen Teile lediglich in militärischem Interesse angelegt seien. Für die Ausfuhr von Kohle und Eisen könnten nicht die Inlandspreise, sondern nur die Auslandspreise maßgebend sein. Deshalb dürfe keine Tarifpostill gegen die Ausfuhr von Kohle und Eisen zu billigeren Preisen, als sie im Inlande gezahlt würden, getrieben werden.

Die Abg. Stockmann (Sp.) und Prinz Arenberg (C.) polemisieren dagegen, daß die aus strategischen und politischen Erwägungen angelegten Eisenbahnen sich ebenso verzinsen sollen, wie reine Verkehrsbahnen.

Abg. Singer (Soc.) erklärt es für unleidlich, daß das Ausland deutsches Eisen und deutsche Kohlen billiger bezahle als das Inland, und belächelt Schlumbergers Unternehmerrhetorik, die nur vorgebe, dem Arbeiter im Nahverkehr Vorteile zuwenden zu wollen, während in Wirklichkeit den Unternehmern nur billige Arbeitskräfte zugesichert werden sollen.

Minister v. Thielen behauptet, daß Schlumbergers Angaben über die Befreiung der Personentaxen mit Postgassen unrichtig seien, und macht darüber genaue statistische Angaben. Neben dem strategischen Interesse habe in jedem Fall auch ein Verkehrsinteresse obzuwalten. Er wolle keine Verbilligung der Tarife schlechthin, sondern nur eine gerechte Verteilung der Säge in bequemeren Formen.

Die Fortsetzung der Beratung wird auf Dienstag verlegt.

Die Branntweinsteuer-Kommission

des Reichstags setzte am Donnerstagabend die Debatte über die Neuveranlagung zum Kontingenz fort.

Abg. Müller-Gulda (C.) begründet seinen Antrag, die Materialbrennereien allgemein zur Kontingenzentierung bez. Erweiterung des Kontingenzs zuzulassen. Durch das Weingesez von 1892 wurde die Ausnutzung der Weinreber für die Kunstschamwein-Fabrikation ermöglicht und die Treberpreise wurden dadurch ungeheuer gesteigert und für die Materialbrenner fiel die Möglichkeit des Trebereinkaufs so gut wie fort. Diese Brennereien verloren dadurch ihr Kontingenz. Das neue Weingesez von 1900 macht die bisherige Verwendung von Trebern für Kunstweine unmöglich, so daß nunmehr die Brenner die Treber aufnehmen müssen, wenn dieselben nicht gänzlich wertlos werden sollten. Es sei deshalb berechtigt, diesen Materialbrennereien auf dem Wege seines Antrags entgegenzukommen.

Die Abg. Gth (natl.) und Lutz (C.) empfehlen den Antrag Müller-Gulda auch mit Rücksicht auf die Obstzucht, die ihre minderwertigen Produkte nur durch die Materialbrennereien verwerten könne.

Gesamtrat Kroschauer tritt diesen Ausführungen entgegen. Die Materialbrenner würden durch die Abfindung und durch die Kontingenzentierung besonders begünstigt.

Abg. August (fr. Sp.) weist darauf hin, daß auch die kleinste Brennerei erhebliche Anlagekosten habe. Auch die kleineren Brennereien verdienten die Berücksichtigung des Gesetzgebers.

Gesamtrat Kroschauer macht darauf aufmerksam, daß es nicht weniger als 1168 aller kleinste, sogenannten Wandlerbrennereien gebe.

Abg. Müller-Gulda (C.) fordert die gesetzliche Festlegung des jedem Brenner zustehenden Kontingenzs von mindestens 10 Hektoliter. Am besten wäre es allerdings, die gesamte Kontingenzentierung abzuschaffen.

Waldischer Ministerdirektor von Scherer empfiehlt die früheren Anträge Fiß und Dietrich, die den kleinsten Materialbrennereien gestatten wollen, das fünfjährige Kontingenz zur beliebigen Zeit zu brennen.

Die Abg. Dr. Bachnick (fr. Bg.) und Gamp (Sp.) drücken ihre principielle Zustimmung zu dem vom Abg. Müller-Gulda in

Rücksicht gestellten Antrag aus, auf Freigabe von je 10 Hektoliter für jeden Brenner zum Steuerfusse von 50 Pf. für das Liter reinen Alkohols.

Unterstaatssekretär v. Fischer belächelt diese Freigabe.

Nachdem verschiedene Anträge eingebracht und wieder zurückgezogen worden sind, wird schließlich ein in dem ein neuer Antrag Müller-Gulda angenommen, der folgende Bestimmungen enthält: „Materialbrennereien, die jährlich nicht mehr als 10 Hektoliter zum Verbrauch abzugeben, von 50 Pf. für das Liter reinen Alkohols herzustellen dürfen, werden fünfjährige Kontingenzentzungen zugeteilt und es steht denselben frei, diese Mengen innerhalb der fünfjährigen Kontingenzperiode nach Belieben abzubrennen. Auch die Materialbrennereien mit einem Kontingenz von mehr als 10 Hektoliter jährlich werden fünfjährige Kontingenzmengen von 50 Hektoliter zugeteilt unter der gleichen Vergünstigung, diese 50 Hektoliter innerhalb der fünfjährigen Kontingenzperiode nach Belieben abzubrennen. Alle anderen Anträge zu der Frage der Kontingenzentierung der Materialbrennereien sind damit erledigt.“

Die Beratung wendet sich folgendem Antrage Gamp zu: „Wird infolge der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz vom 4. April 1898 eine Herabsetzung der für die einzelnen Brennereien festgesetzten Kontingenz notwendig, so ist der zu kürzende Betrag für alle Brennereien des für die festgesetzten Kontingenz gleichmäßig zu verteilen.“

Hierauf liegt folgender Unterantrag des Abg. Gth (Sp.) vor: „Die im Jahre 1887 am Kontingenz beteiligten Kartoffelbrennereien sind, sofern sie nicht bereits anderweit kontingentiert worden sind, aus den ersten Beständen auf das Normalverhältnis zwischen Produktion und Kontingenz in den norddeutschen Kartoffelbrennereien 100:71 in verhältnismäßig gleicher Steigerung zu bringen.“

Der Tendenz dieser Anträge wird von verschiedenen Seiten zugestimmt, nach längerer Debatte aber Vertagung auf Mittwoch beschloffen, um den Antragstellern Gelegenheit zu geben, ihre Anträge bis dahin nochmals durchzuarbeiten.

Versammlungen.

Die Gewerkschaftskommission, über deren Verhandlungen betreffend die Arbeitslosgenzahlung wir gestern bereits berichtet, erledigte nach diesem Gegenstand der Tagesordnung noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten. Schmidt (Leipzig) berichtete über die Einleitung und den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung der Arbeiter, die den Lesern aus den Versammlungsberichten bekannt ist.

Sodann entwickelte sich eine längere Debatte über das Verhalten der Firma Wertheim den Gewerkschaftsorganisationen gegenüber. Schulz (Handels-Hilfsarbeiter) teilte mit, daß die Handelsarbeiter der Firma wiederholt gemahnt wurden, so daß sich heute jeder bemüht, über die Zugehörigkeit zur Organisation das größte Stillschweigen zu bewahren, um nicht arbeitslos zu werden. Auf das Ersuchen des Verbandes der im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter, wegen dieser Differenzen eine Aussprache herbeizuführen, antwortete die Firma Wertheim in brieflich, daß sie es grundsätzlich ablehnen müsse, mit Vertretern, die außerhalb ihres Betriebes stehen, zu verhandeln. Medner glaubt, daß die Arbeiterkraft sich eine solche Wahrung ihrer Organisation nicht gefallen lassen könne, umso mehr als die Firma doch zu ihrem Kundenkreis ein großes Arbeiterpublikum rechnet. Er empfiehlt deshalb folgende Resolution:

Die Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission nehmen Kenntnis von dem Verhalten der Firma Wertheim gegenüber den Vertretern des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß eine Firma, welche den Arbeitern Berlins einen guten Teil ihrer heutigen Größe und ihres Aufstiegs verdankt, einer Arbeiterorganisation in dieser Weise entgegentritt. Sollte durch das fernere Verhalten der Firma Wertheim ein Appell von seiten der Handels-Hilfsarbeiter an die Arbeiter Berlins sich als notwendig erweisen, so verpflichten sich die Vertreter der Berliner Gewerkschaften, den Handels-Hilfsarbeitern zur Seite zu stehen.

Ritter (Schneider) bemerkt, daß auch seine Gewerkschaft Anlauf habe, über das Verhalten der Firma Wertheim Klage zu führen. Nach dem Streik der Schneider wurde von der Firma der 2. Tarif anerkannt. Im Herbst vorigen Jahres wurde innerhalb des Geschäftes eine genossenschaftliche Betriebswerkstätte gegründet, die mit der Anforderung an den Verband der Schneider herantretet, einen niedrigeren Tarif einzuführen. Dem widerlegte sich die Organisation, worauf dann der Zustand eintrifft, daß überhaupt ohne Rücksicht auf die Vereinbarungen entlohnt wird. Befragt jemand bei einer Anfrage nach Arbeit, daß er dem Verband der Schneider angehört, so heißt es: Wir haben für sie keine Arbeit. Die Firma demüthigt sich, die Löhne zu drücken, dazu dient die Betriebsgenossenschaft als vorgegebener Posten.

Maack (Kaufmann) teilt mit, daß auch seine Organisation vorgetragen dieselbe Antwort bei ähnlichen Gründen, wie sie die Handels-Hilfsarbeiter stellen, erhalten hat. Gegen diese Verachtung der Organisation müsse gemeinschaftlich angekämpft werden. Medner befürwortet, die Resolution auch in der Gewerkschaftspresse zum Ausdruck zu bringen. Dem stimmte die Versammlung zu, desgleichen fand die Resolution Annahme.

Zu der Versammlung fehlten bei Verlesung der Verzeichnisse, die eingangs der Versammlung stattfand, die Vertreter folgender Berufe: Wöhrer, Bureauangestellte, Hefenformer, Wachsmänner, Kammer, Sattler, Steinseher, Schlichter, Steinhauer, Schuhmacher, technisches Bühnenpersonal und Typographen.

Die Steinarbeiter hielten am Sonntagmorgen im Englischen Garten eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der zunächst vom Vertrauensmann Walter die Vierteljahres-Berichtung von 4. Quartal 1901 gegeben wurde. Einer Einnahme von 3401,52 M. stand eine Ausgabe von 1269,24 M. gegenüber, so daß am Schlusse des Quartals ein Bestand von 2132,28 M. vorhanden war. Die Versammlung besprach sodann die von seiten der Berliner Steinmetz-Innung vorgelegten neuen Bedingungen des im Jahre 1899 vereinbarten Lohn- und Accord-Tarifs. Diese Abänderungen bedeuten weiter nichts als eine große Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter. Zum Beispiel würden die Accordarbeiter, die jetzt bei einigen Sandsteinarbeitern einen Verdienst von 30 M. pro Woche erzielen, nach dem neuen Tarif nur 21 M. verdienen. Die Herren von der Steinmetz-Innung motivieren ihr Vorgehen damit, daß sie zu demselben durch die jetzt herrschende große Konkurrenz gezwungen wären. Von allen Rednern wurde scharf gerügt, daß gerade jetzt in einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise und sonstigen Ausgaben sich enorm steigern, die Innung sich zu einem solchen Anerbieten herabwagt.

Dem Vorgehen der Innung müsse ein starker Wall entgegengeleitet werden, und wurden die Unorganisierten aufgefordert, sich der Organisation anzuschließen, damit bei einem eventuellen Kampf die Steinarbeiter geschlossen in Reich und Glied dastehen. Die Versammlung bekräftigte ihre Willensäußerung durch einstimmige Annahme einer Resolution, in der das Vorgehen der Berliner Steinmetz-Innung für um so verwerflicher erklärt wurde, als die Meister infolge des 1899er Streiks sich bei den Behörden eine Freibrüderung, somit eine Erhöhung ihres Profits verschafft haben. Sollte die Steinmetz-Innung auf ihrem Standpunkt beharren, so sollen der Gesellenauschuß und die Vertrauensleute eine Denkschrift unter Mitwirkung der Verhältnisse ausarbeiten und dieselbe bei den Staats- und städtischen Behörden einreichen. — An Stelle eines ausgetretenen Mitgliedes im Centralauschuß wurde noch Gerloff gewählt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag bei Keller seine Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende J. Gehl erstattete und der auch gedruckt vorlag, war zu entnehmen, daß die Organisation auch im verflochtenen Jahre eine recht rege Thätigkeit entfalten mußte. Bereits zu Anfang des

Jahres begann der Kampf, der sich darum drehte, die Bestimmungen des alten Vertrages über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, während das faulerte Unternehmertum seinerseits beim Abschluß des neuen Vertrages eine Verschlechterung herbeiführen wollte. Der Verlauf und das Resultat der Vertragsverhandlungen sind bekannt. Dem Vorstande wurden im verflochtenen Jahre 229 Differenzfälle zur Untersuchung bezw. Sichtung unterbreitet, das sind bedeutend weniger als im Vorjahre, was wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiter in Rücksicht auf die allgemein ungünstige Geschäftskonjunktur und um der Arbeitslosigkeit nicht zu verfallen, sich vieles mehr als sonst bieten ließen. In 15 Fällen wurden Vereinsmitglieder entlassen und an deren Stelle Accordmänner eingestellt. Auf zwei Bauten erfolgte die Entlassung, weil sich die Mitglieder weigerten, in Accord zu arbeiten. Die meisten Maßregelungen erfolgten deshalb, weil die Befreiung der vorhandenen Mischstände verlangt wurde. In verschiedenen handelte es sich um Lohnfreistellungen. Ein großer Teil dieser Differenzen konnte durch die Verhandlung der Vereinsleitung mit den Unternehmern beigelegt werden. Daß auch trotz des Vertrages noch vielfach Mischstände vorhanden sind, bewies die am 28. August vorgenommene Kaufkontrolle, wonach von 856 Bauten nur 388 ganz und 286 teilweise in Ordnung waren, während auf den übrigen zum Teil recht trostlose Mischstände herrschten. Die aufgenommene Arbeitslosenstatistik ergab, daß in der Zeit vom 25. Februar bis 7. Dezember 1901 von den 3928 eingeschriebenen Kollegen 1751 insgesamt 6422 Wochen arbeitslos gewesen sind. Die 724 wegen der Feiler des 1. Mai Ausgesparten, das sind ca. 25 Prozent der Vereinsmitglieder, sind hierbei nicht mit eingerechnet. Zum Streikfonds sammelten 3828 Kollegen, während der Verein 2635 zahlende Mitglieder zu verzeichnen hatte. Zur Erledigung der Geschäfte haben im verflochtenen Jahre 10 Vorstandssitzungen, 14 kombinierte mit 8 Sitzungen mit den Vertretern der Jahrestellen stattgefunden. Der Auschuß hatte 26 Sitzungen abgehalten, und Veranlassungen, die in den Vororten nicht eingerechnet, fanden 29 statt. Neue Jahrestellen des Vereins wurden in Jähledorf und Reimkendorf gegründet.

Nach dem Kassenbericht von E. Witte betragen die Einnahmen im letzten Quartal 5076 M., die Ausgaben 2969,95 M. Im verflochtenen Jahre wurden für den Streikfonds, inklusive des alten Bestandes von 8964,98 M. insgesamt 41821,18 M. vereinnahmt und 16704,64 M., darunter 1070,50 M. zur Unterstützung anderer Gewerkschaften und 4077,50 M. an den ersten Vertrauensmann, 16704,64 M. verausgabt, so daß ein Bestand von 25116,54 M. verblieb. Der Verein hatte inklusive des alten Bestandes von 18799,88 M. eine Einnahme von 36154,28 M. und eine Ausgabe, darunter 9724,94 M. für die „Einigkeit“ und Verbeistimmung derselben, von 11774,45 M. und einen Bestand von 24379,83 M. Das Gesamtvermögen der Organisation beträgt somit, nachdem die Kassen infolge der beschlossenen Reorganisation vereinigt worden sind, 49496,37 M. — Den Berichten folgte eine lange Diskussion und wurde sodann dem Kassierer und dem Gesamtvorstande die Decharge erteilt. Die Wahl der Hilfskassierer ergab folgendes Resultat: für den Norden: Keller; Osten: Wodemann; Nordosten: Beyer; Südosten: P. Kamp; Süden: Lederich; Westen: Fr. Dräger; Oranienburger Vorstadt: G. Schulz; Wedding: A. Witte; Moabit: Kuh; Charlottenburg: Sie; Kitzdorf: A. Wernitz; Kanlow: W. Niebe. — Der Bericht des Auschusses sowie die Wahl des Vorstandes, Auschusses etc. wurden verlesen, und soll die Tagesordnung in einer nächsten Sonntag stattfindenden Versammlung erledigt werden.

Unsern lieben Bruder
Hugo Bergemann
zu seinem 40. Geburtstag ein dreimaliges
Bereitwilligste
Bereitwilligste

**Verein zur Wahrung
der Interessen der Maurer
Berlins und Umgegend.**

Am Mittwoch, den 19. Februar,
nach noch lauemg Leiden unser lang-
jähriges Mitglied
129/8

Wilhelm Döring
an der Proletarier-Krankheit.
Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet Sonntag,
den 23. d. M., nachmittags 3¼ Uhr,
von der Leichenhalle der Sebastian-
Gemeinde in Reimkendorf, Humboldt-
straße 70, statt.
Mit rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Vater, unser Schwieger- und Groß-
vater, der Maurer

Wilhelm Kühn
nach kurzen schweren Leiden ver-
storben ist.
Dies zeigen tiefbetrußt an
H. Kühn und Frau.

Die Beerdigung findet Sonntag,
den 23. d. M., von der Leichenhalle
des Neuen Jakobskirchhofes aus statt.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungssitz Berlin.
Nachruf.

Am 14. d. M. starb unser Mitglied,
der Arbeiter

Albert Retzlaff
im Alter von 43 Jahren an der
Schwindkracht.
Wir werden sein Andenken in Ehren
halten.
Berlin, den 22. Februar 1902.
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 20. d. M. verstarb nach längerem
Leiden unser Kollege, der Former

Franz Wolfram.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 23. nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Emman. Kirchhofes
aus statt.
Die Kollegen der Firma Spatzier.

**Sozialdemokratischer
Wahlverein Charlottenburg.**

Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß unser langjähriges Mit-
glied

Karl Hegemann
am 19. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 23. d. M., nachm. 2 Uhr, von der
Halle des Neuen Louise-Kirchhofes
aus statt. Treffpunkt 1 Uhr bei
Pasche, Potsdamerstraße 44.
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Nachruf!**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
der Kollege, Tischler

Karl Lindemann
am 11. Februar verstorben ist und
am Freitag, den 14. Februar, zur
letzten Ruhe gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.
Am Donnerstag, morgen 11 Uhr,
entschieft plötzlich am Lungenschlag
und Herzschwäche unser innig geliebte
Tochter **Gertrud** im 29. Jahre.

Dies zeigen tiefbetrußt, um stille
Beileid bittend, an
6988

Familie Tornow.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 23. d. M., nachm. 4¼ Uhr, von der
Halle des Simeon-Kirchhofes aus statt.

Allen Freunden und Bekannten,
insbesondere dem Berliner Beerdigungs-
verein der Zimmerleute, sage
ich hiemit für die rege Teilnahme
und reichen Kranzsenden bei der Be-
erdigung meines lieben Vaters, unse-
res guten Vaters herzlichsten Dank.
Witwe Hornlein und Kinder. 6729

**Central-Kranken- u. Sterbe-
Kasse der Tischler**

u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Verwaltung Berlin E.
Montag, den 24. Februar 1902,
abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung
bei Hoffmann, Palestrinaplatz 3.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom IV. Quartal 1901.
2. Bericht von der Frauen-Sterbekasse.
3. Kasse-Frage.
4. Andere Kassen-Angelegenheiten und
Beschwerden.

Sprechstunde findet an diesem Abend
nicht statt.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Voran II
Produktiv. u. Einl. Genossensch.
für Radfahrer.

Sonntag, d. 23. Febr., nachm. 4 Uhr,
bei Schumacher, Stallstraße 126,
Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des englischen Genossenschafts-
weisen. 2. Diskussion. 3. Wahl eines
Delegierten. 4. Verschiedenes.
Nach der Versammlung

Tanzkränzchen.
Befestigung auf Fahrräder 76 M.,
128 M., patentiertes doppeltes Glocken-
lager, und W.K.C. mit Wadenlager
153 M., Möbel und Nähmaschinen
werden in der Versammlung und in
folgenden Geschäftsstellen entgegen-
genommen: 106/14

Gein, Böbberstr. 31. III.
Lambert, Deumstr. 23. II.
Jeprenik, Langstr. 108. I.
Seraphin, Kummelsburg, Kant.
straße 47.

Thielert, Treptow, Glensstr. 4.
Garantie gefährt. Teilgab. gefährt.
Mitglieder werden aufgenommen.

Brauerei Germania, Akt.-Ges.

Berlin O., Frankfurter Allee 53, VII 2645.
in sämtlichen eignen Ausschank-Lokalen

Bock-Bier ⁴/₁₀ Liter 10 Pf.

¹/₂ Tonne M. 3.50. (3334L*) 15 ¹/₂-Flaschen M. 1.50.

Junge Herbst-Gänse Pfund 45 Pf.

Gänse-Stücken-Fleisch Pfund 40 Pf.
Gänse-Stücken von der Keule Pfund 55 Pf.
Gänseleuten mit Darmfett Pfund 90 Pf.
Hautfett Pfund 50 und 60 Pf.

Gänselein von einer Gans 50 Pfennig.

A. Kohn, Markthalle Dresdenerstrasse Stand 72.
Wörtherstrasse Stand 64.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Grobes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erschänlich billigen Preisen. **Tafel-Uhrzeitung, 900 gef., 1 1/2 Gulden 15,50, 2 Gulden 20,50.** Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echl. Mathem. Präzision. **T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.**

Kufekes

BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder

Kindermehl

Bähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Flomden 1,50 M. Teilzahl wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7

Treptow.

Köpnick Landstr. 27. empfiehlt seinen kleinen Saal, **250-300 Personen** fassend, zu jeder Art von Festlichkeiten. Jeden Sonntag **Großer Ball.** Glas Bier 10 Pf., Große Weisse 25 Pf. **Reichhaltige Speisekarte** zu sehr soliden Preisen. **R. Hohlwein.** 6365*

30 Mark

höchste Sommerpaletots. **30 Mark** hochlegante Herrenanzüge. 12 Mark hochlegante Vestenkleider. Anfertigung nur nach Maß. Guter Stoff, tadelloser Sitz. [3371L] **14 Kranenstr. 14,** 1 Tr., Tel. Amt I Nr. 3708. 1 Tr. 34506*

Honig!

Unverfälscht, deutsches **Bienenhonig.** beste Qualität, versch. Sorten netto zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franco Nachgarant. **R. Reil, Nordloh, Bahnhofs-Kaufhaus Odenbg.**

Dr. Simmel, Prinsenstr. 59.

Spezialarzt für **7/19 Haut- und Hautleiden.** 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Schlosspark Wilhelminenhof,

Stadtbahn-Station Nieder-Schöneweide. Jeden Sonntag: **Grosses Bockfest, Konzert und Ball.** **Ausverkauf Original-Urbock.** NB. Vereinen zu Sommerfesten bestens empfohlen. 34506* Telefon: Amt Nieder-Schöneweide Nr. 23.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Hercules tragen. Kleiner Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Stoffen. Hüfte u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Reistupole u. Rappnähte. Keine Leder-Plättchen, Leder, Große Hüften umfassen. Die Hose

der Grösse von 4 M. 50

Echt blaues Pantalon-Jackett 1 M. 90
Echt blaues Pantalon-Jose . . . 1 M. 50
Echt blaues Pantalon-Jackett
Prima Leder-Genosse . . . 2 M. 50
Echt blaues Pantalon-Jose
Prima Leder-Genosse . . . 2 M. 10
Prima Pantalon-Jose 3.-, 5.50, 4.25
Wasserdicht. Wandert-Jackett 14.-, 9.-
Operations-Mantel 1. Klasse
4.50, 3.00, 2 M. 40
Wasser-Rittel 3.-, 2.50, 2 M.
Wasserdicht-Rittel (braun) 3.-, 2 M. 40
Weiches Leder-Jackett, dreifach gefüttert 7 M. 50
Weiche Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn

Ein gros. Export. Ein detail. **Chausseestr. 24 u. 25, Prinsenstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 20.** Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902 über gefärbte Herren- und Knaben-Bekleidung (Anlage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt. Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Grösse u. Bandweite u. Schriftgröße. Obige Preise gelten für normale Gröszen. 32059*

Benötigen Sie Rasier-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser u. Gabeln, Scheeren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Waagen, Lederwaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Cigarren- und Zigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Gleich vers. obige Firma, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waren zu überzeugen. In Silberstahl-Rasiermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein hölzgeschliffen, mit **Stahls**, fertig zum Gebrauch **30 Tage zur Probe**, zum Preise von **1,50 Mk. franco**. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. **Also kein Risiko.** Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Bekanntlich kann der schwächste Magen mit **Durom** selbst leichtem Verdauung. Berlangen Sie gefl. ausdrücklich: **Durom** Magenmittel. Vertreter: Generaldepot: **Berlin NO., Neue Königstr. 71.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. **Wochentags 7 Uhr.** Nur erstklassige **Specialitäten. J. M. Hatt.** **Sonntags 5 Uhr.** Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Morgen, Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Dresdenerstr. 45: **Versammlung.** Vortrag des Herrn Dr. med. Christeller über die Entwicklungsgeschichte der Heilkunde. Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.** Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gäste willkommen!

Einsegnungs-Anzüge, PAGLIANO-SYRUP

Jede Flasche soll unsere Fabrikmarke mit dem Namenszug des Prof. Girolano Pagliano tragen, welche seit dem 12. Dezember 1895 beim Kaiserlichen Patentamt in Berlin eingetragen ist. 7/5*

neueste Facons in blan und schwarz Kammgarn u. Cheviot **Julius Lindenbaum,** **Große Frankfurterstraße Nr. 141, Ecke Fruchtstraße.** 34763*

Blutreinigungsmittel

Hergestellt seit dem Jahre 1838 von Prof. Girolano Pagliano, Florenz, via Pandolfini (Italien). Niederlage für Deutschland: **Karl Hunnius, München.** Vor Fälschungen und Nachahmungen wird gewarnt.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.** **Wort:** ¹/₂ Nur das erste Wort fett. ²/₃ Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. **Schankgeschäft,** 799 Miete, frankeithalber sofort zu verkaufen, **Prinsenstr. 29.** 4935* **Verkauf** eines gut eingerichteten Lokal, im Centrum gelegen, zwei Vereinszimmer und Kegelbahn, sehr schöne Wohnung, billige Miete, nachstellen, Bier- und Arbeitsstube sofort billig Schützenstraße 18/19. * **Seifengeschäft** frankeithalber sofort zu verkaufen, Miete 50 Mark. Zu erfragen Sorauerstraße 22, Barbier-Geschäft. 722* **Ferdinandstr.** 11, Döbner, Borst, zwei Vorzettel nahe Chaussee verkauft die Hausverwaltung Brunnensstraße 151. 6326 **Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, portiere. 737* **Vorzährige** elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen verkauft von 25,00 Mark an. B. Lewinsohn, Alexanderstraße 22. 10148* **Anzüge** und Paletots nach Maß von 30,00 Mark an, wer Stoff hat 25,00 Mark. B. Lewinsohn, Alexanderstraße 22. 10148* **Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Potsdamerstr. 111/7. 11177* **Zweitbillig!** Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Veranda-Restaurantstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 88* **Kanarienvogel** mit tiefen Quaren, fehlerfrei. Joachim, Brunnenstraße Nr. 97. 4900

Restauration, billig zu verkaufen. 5 Vereine vorhanden. Offerten unter O. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Wettfedern, Pfund von 45 Pf. an, echt chinesische Mandarinenfedern, Pfund 1,90. Fabriklager Vandsberger-Strasse 37, I. 988K*

Teppiche mit Handweberei Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, portiere. 737*

Möbelverkauf, neue und gebrauchte Küchenschrank, Sedantisch 81.

Musikinstrumente mit ausgewählten Notenbüchern, für Restaurations-Musik-automaten, geringe Teilzahlung. Kurzer, Vandsbergerstraße 13.

Steppdecken billig Fabrik-Worte Frankfurterstraße 9, portiere. 737*

Kanarienvogel, Jungeweibchen verkauft Brandt, Holzmarktstraße 9.

Kinderwagen, gediegen, gut erhalten, verkauft billig Leichter, Künsterstraße 49, portiere. 6596

Milchbüdel, Milchkannen, Kaffeekanne, Tafelwagen. Otto Stühmer, Quisen-Str. 27, Oranienplatz. 6609

Edelkalkulation verkauft 30 Dankschreiben Bier Hofplatz, Postfachstr. 38, Restaurant. 781*

Rekavation billig zu verkaufen. 5 Vereine vorhanden. Offerten unter O. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Fahrräder, verschiedene, moderne Ausstattungen in Markenrädern u. Qualitätsmaschinen ersten Ranges im Fahrrad-Verleihhaus Neue Schönhauserstraße 11.

Brennaborräder, Dampfabrader, Opelräder, Adlerräder, Sirius, Patriaräder, Germaniaräder, Deutscheräder, gebraucht und neu. Billigste Beschaffung beim Verkauf dieser Fahrräder ist Geschäftsprinzip; ferner Billigkeit, Solidität und Umfassende weitere Fahrradmodelle vollständig. Engländer, Fahrrad-Verleihhaus Neue Schönhauserstraße 11.

Nähmaschinen, preiswerte Bergjagdmaschine, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Vandsbergerstraße 82, Räderstraße 60/61. 788*

Grüntraumgeschäft wegen andern Unternehmen billig verkauft Star-garderstraße 59. 759*

Fahrräder, großer Posten, 15 bis 50,00, neue 70-100, Jahresgarantie, Fahrrad-Verleihhaus, alle billige, Schläuche 2,75, Federn 5,00, Latex, Bernauerstraße 21. 6718*

Musikinstrumente 26,00, Veritas 20,00, Säulenorgel mit Stufe 35,00, Flügelorgel 50,00, Waldclavier 6,00, Musikspiel 10,00, Spiegelständer, zwei Musikbesten, Kundentisch, Sofa, Tisch, Schloß, Paneele, Tisch, Spiegel, Stühle, Leuchter, Regulator, schöne Leinwand 3,00, Küchen-einrichtung, mehrere wertvolle verlässliche Gartenstraße 148, eine Treppe links vorn. 7137*

Cigarren-Geschäft sofort verkauft; schöne Wohnung, Arbeitsstube, außerst billig. 17, Prinsenstr. 43 I, rechts. 722*

Best, prachtvoll, 17,00. Michel, Ropenderstraße 26. 6006

Ringel-Nähmaschine umhändelt 25,00 (Garantie). Koch, Rosenthal, Bremerstraße 57. 781

Rechtsbureau „Beim“, Potsdamerstraße 26 b. Materiellem in (schwierigen Fällen durch königlichen Landgerichtsrat a. D. 4875*

Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 426*

Amalant Zahnziehen, Brunnenstraße 42. Jährlich 9000 verbrauchte Patienten. Dr. dental surgery Böhler. 4418

Rechtsbureau Pablich, Andreasstraße dreizehnzig. Rechtsfälle, Materiellem. 5758

Kunsthändler von Frau Pablich, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochpartier.

Rezeption! Wer sich über diese rühmliche Grundaussicht seiner Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Westbundes gegen Disziplin, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierärztlichen Berlin, Königgräberstraße 108. Dasselbe können auch Rekruten für Beiträge in Arbeitervereinen über Disziplin bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1616*

Fahrräder beleuchtung, Alexandrinerstraße 55. 6306

Bücherkauf zu höchsten Preisen. Epstein, Marktgrabenstraße 101. [120/1*

Wiederzugeben, Brodbaus und alle andern Bücher, verkauft, Dammweg, Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. 982K*

Goldfäden, Jagdgeschäfte, Uhren, Silber laut Brunnenstraße 137, Uhrmacherladen. 5886

Saal, 300 Personen fassend, zu vergeben, auch Sonntags. Cranichstraße 180. 6236

Zwei große, schöne Vereinszimmer mit Piano im Empire Paul Piffen, Warschauerstraße 61. 746*

Kanarienvogel verkauft Vogelhandlung Weinstraße 6. 6546

Bereitszimmer, 2 Räume, zu vergeben Blumenstraße 43, an der Andreasstraße. 6646

Wohn- und kleine Vereinszimmer zu vergeben Lindenstraße 19. 4635*

Grüßens! Der erste April durch Uebernahme zum nächsten Geschäft weißt nach! Komplette Einrichtung vorhanden. Ware in Kommission. Partizipante kann übernommen werden. Risiko also unbedenklich. Offerten „Grüßens“ Postamt 22. 6658

Saal bis 400 Personen fassend am 1. Osterfestung frei. Herweg, Wilmersstraße 67. 6515

Fremden und Bekannten empfehle mein Weiß- und Boreiß-Bierlokal, Vereinszimmer. Am Central-Friedhof, Sudenstraße 4, F. Däker, 7118*

Wahlwurm, Pfund 2,50, kauft Waldhorn, Wilmersstraße 68.

Freitags kauft Adler, Bienenhändlerstraße 9. 6708

Gefährliche, Wilder, Interventions-, Beleuchtungs-, Unfallkosten, Verurteilungen, Stellungsgelände, Kartenteilungen. Linienstraße 36. Auch Sonntags. 138/7

Dienstmädchen für Restauration verlangt hoch, Sophienstr. 11. 759*

Garnierinnen auf schwarze Gapes und Paletots. Oranienstr. 40. 6495

Wamsel auf Paletots im Hause. Oranienstr. 40. *

Wamsel auf Paletots und Jacketts Ropenderstraße 8, 3 Treppen, Bruch. 6566*

Plätterinnen auf Oberhemden im Hause verlangen Reinberger u. Oranienstr. 13, Wälschestr. 13. 138/5*

Plätterinnen auf Servietten im Hause verlangen Reinberger u. Oranienstr. 13, Wälschestr. 13. 138/5*

Mädchenjungen Arbeiterinnen verlangt hoch, Frankfurter Allee 16.

Wamsel auf Paletots, Seidenkopf, Bernauerstraße 47a. 6475*

Paletot Arbeiterinnen, Sohn von 41/2 M. aufwärts, verlangt Knapphans Grün, Jerusalemstraße 23. 6206

Stellengesuche.

Komiker für Festlichkeiten einige Tage frei. Eishof, Fustienstraße 23.

Wunder Stuhlreiter Mittel um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. Adresse: Rulandstraße 27, H. Wälsch.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehoben **Kunzeigen** sollen 40 Bl. des Heftes

Tüchtiger **Bandagist** - **Gehilfe** auf Wochenlohn gesucht bei 34763* **P. Thiele,** Mainz a. Rhein, Leibnizstr. 4.

Sängerverein sucht tüchtigen Dirigenten (Klavier). Offerten Restaurant Schubert, Adlerhof. 6586

Schneider auf Damen-Soxos, angeknüpften, Ropenderstraße 8, 3 Tr., Bruch. 6556

Tüchtiger, lauter arbeitender, selbständiger Werkzeugmacher kann sich melden. B. Riffits, Gaidenstraße 2/30. 6658

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung vom 21. Februar, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Schäufelid.

Die zweite Lesung des Justizetats wird ohne wesentliche Debatte erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Beim Ausgabe-Titel „Ministergehalt“ nimmt das Wort

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Ich möchte die Aufmerksamkeit lenken auf einen Vorgang, der sich bei der Feier von Kaisers Geburtstag in der Stadt Grimmen abgespielt hat. Dort wurde ein Gasthaus, in dem gewöhnlich die patriotische Feier von Kaisers Geburtstag unter Mitwirkung des Landrats gefeiert wird, deshalb von dem Landrat boykottiert, weil in diesem Gasthaus — dem „Preussischen Hof“, der der Witwe Müller gehört — eine liberale Wähler-Verammlung zu Gunsten unseres Kollegen Gothein stattgefunden hat. Ein solcher Boykott ist durch nichts zu rechtfertigen, zumal gegenüber einer Partei, die für Heer und Flotte eintritt und auf nationalem Boden steht. Ja diese Partei ist in vielen Hinsichten regierungsfreundlicher, als diejenige Partei, der der Landrat angehört, die konservative Partei. Der Landrat bezeichnete bei der Feier von Kaisers Geburtstag, die jetzt in dem andern Gasthaus der Stadt abgehalten wurde, die Liberalen als Gegner der Politik des Kaisers. (Hört! hört! links.) Diese Stellung des Landrats ist durchaus verwerflich. Der Landrat hat nun nachträglich erklärt, er habe deshalb die Feier in dem betreffenden Gasthaus abgesagt, weil in der liberalen Versammlung eine Verbrüderung mit der Sozialdemokratie stattgefunden habe. Das ist aber keineswegs der Fall. Es scheint auch dieser Ausweg dem Herrn Landrat erst vom Regierungspräsidenten an die Hand gegeben worden zu sein. (Hört! hört! links.) Aber selbst wenn dies geschehen wäre, was kann die arme Witwe Müller dafür? Was kann sie doch nicht für das verantwortlich machen, was in dieser Versammlung geschehen ist, selbst wenn man sich auf den einseitigen Standpunkt eines königlich preussischen Landrats im Osten stellt. (Große Lärm und Zurufe rechts.) Der Landrat hat sich zum Vertreter einer bestimmten politischen Partei gemacht. Ich möchte den Minister ersuchen, dem Landrat begreiflich zu machen, daß es seine Aufgabe ist, keine Gesänge in die Bevölkerung hineinzutragen, und daß es unschädlich für einen Landrat ist, sich zum Agenten einer bestimmten politischen Partei zu machen. (Beifall links.)

Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein:

Ich bedauere, dem Vordredner nicht zustimmen zu können. Durch den Wahlkampf waren die Gemüter in dem Kreise dermaßen erregt, daß es zweifelhaft war, ob überhaupt eine gemeinsame Feier sich ermöglichen lassen würde. Bisher hatte die Feier abwechselnd in den beiden Gasthäusern, dem „Deutschen Haus“ und dem „Preussischen Hof“ stattgefunden. In diesem Jahre wäre allerdings die Reihe am „Preussischen Hof“ gewesen. Aber dort hatten auch alle sozialdemokratischen Versammlungen stattgefunden, dort waren konservative Gäste mit spitzigen Redensarten bedacht worden, so daß sie erklärten, das Lokal nie wieder betreten zu können. Da hatte der Landrat vollständig recht, wenn er die Kaiser-Geburtstagsfeier in das neutrale Gasthaus verlegte. Das er recht gedacht hat, beweist auch das Faktum, die Orgie, die dann von der andern Partei gefeiert worden ist. (Stürmische Unterbrechung links.) Während dieser Orgie, will ich noch einmal sagen, (Anhaltende stürmische Proteste links) sind Lieder gesungen worden, die direkt beleidigend für den Landrat waren. Ich hoffe, daß diese Beleidigungen ihre gerichtliche Sühne finden werden. Es sind die größten Insultationen gegen den Landrat vorgekommen. Manche Ausdrücke waren so unsäglich, daß ich mich überhaupt enthalten muß, auch nur ein Wort aus diesen Liedern hier vorzutragen. Auch ich erkenne an, daß ein Landrat nicht der Agent einer politischen Partei sein soll, aber ich muß es in diesem Fall ablehnen, dem Landrat irgend eine Restifizierung zu teil werden zu lassen. (Stürmischer Beifall rechts; anhaltendes Rufen links, das sich auf stets erneute Bevorsitz der Rechten immer von neuem wiederholt.)

Abg. Gothein (fr. Bg.):

Ich bedauere aufrichtig die Erklärung, die der Herr Minister abgegeben hat. Der Landrat hat in dem Wahlkampf größtenteils seine Amtspflichten verletzt, indem er als Agent der Konservativen und des Bundes der Landwirte aufgetreten ist. Ich war der Kompromißkandidat der gesamten Liberalen von den Nationalliberalen bis auf die freisinnige Volkspartei und habe stets die Sozialdemokratie scharf bekämpft. Das wußte der Landrat v. Malgou ganz genau. Trotzdem scheute er sich nicht, in dieser Weise gegen mich vorzugehen. Die konservativen Wahlaufrufe wurden von Gemeindevorstehern, Bürgermeistern usw. mit Angabe ihrer amtlichen Stellung unterzeichnet. Als aber ein liberaler Gemeindevorsteher einen liberalen Wahlaufruf ohne Angabe seiner Stellung unterzeichnete, wurde vom Landrat eine disziplinarische Untersuchung gegen ihn eröffnet. (Hört! hört! links.) Der Landrat hat sich überhaupt als der reine Herr v. Wehrhahn gezeigt. (Heiterkeit.) Er hat einem Gasthausbesitzer eine ihm unliebame liberale Meinung einfach weggenommen. Wenn die Sache nicht so unbedeutend wäre, könnte man das einfach als Raub bezeichnen. (Lachen rechts.) Der Landrat hat es für seine Amtspflicht gehalten, die Leute vor dem Leben selbst gemäßigter Liberaler Wähler zu warnen. (Sehr richtig! rechts.) Große Heiterkeit links.) Machen Sie mir noch mehr solche Zwischenfälle, ich bin Ihnen so dankbar für solche Vorkommnisse! (Sehr gut! links.) Aber konnte man die Witwe Müller verantwortlich machen für das, was in ihrem Wohnhaus vielleicht gesprochen wurde? Es ist doch nicht überall so, wie in dem hohen Wohnhaus an der Kahn, aber das es einen Vers gibt: „Doch wenn ein Gast was andres denkt, so weist sie ihm die Schwelle.“ (Große Heiterkeit.) Der Landrat war auch nach seiner eigenen Aussage übergeigt, daß er einen Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung erregen würde, wenn er das Diner zu Kaisers Geburtstag aus dem „Preussischen Hof“ in das „Deutsche Haus“ verlegte. Das hat der Landrat in dem konservativen Kreiswälder Organ selbst erklärt. Der Landrat spricht im Verlauf dieses Artikels eine absolute bewusste Unwahrheit aus (Stürmischer Widerspruch rechts), indem er von der Verbrüderung mit der Sozialdemokratie spricht. Bei dem liberalen Diner ist in dem Kaiserlokal mit keinem Wort der Ursache der Spaltung der Festteilnehmer gedacht worden. Dann aber wurde uns der Inhalt der Rede des Landrates überbracht, und gegen die schwere Beleidigung, die in dem ganzen Verhalten des Landrats lag, mußte in dem weiteren Verlauf des Kommerzes Front gemacht werden. Ein derartiger Terrorismus, eine derartige Gewaltthätigkeit schadet nicht uns, sondern schadet nur Ihnen (nach rechts)! Was die bei uns gelungenen Lieder anlangt, so kommt es ja darauf an, wie viele Sinn man für politische Satire hat. Zeitweise waren die Verse sehr anständig, und das Lied hat noch an demselben Abend auf dem konservativen Feste große Heiterkeit erregt. (Große Heiterkeit links.) Eine Unsäglichkeit habe ich in den Versen nicht entdecken können. Was die „Orgie“ anlangt, die von den konservativen Herren gefeiert ist — nun, wenn ich dort sicher nicht getrunken worden! (Heiterkeit links.) Das Gelage der vornehmen Herren endete mit der schönsten Keilerei. (Stürmische Heiterkeit links.) Einem Beamten wurde bei dieser Keilerei der Frock zerrissen. (Erneute Heiterkeit links.) Die Witwe Müller hat dann eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die Vorgänge in ihrem Lokal bedauert und den Teilnehmern des Festmahles ganz unbedingte Vorwürfe macht. Diese schon sühnere Erklärung stammte natürlich nicht von der Witwe Müller selbst. Am Tage darauf erließ sie dann eine weitere

Erklärung, sie habe jene erste Veröffentlichung freiwillig gemacht. Die Witwe Müller hat sich hierbei mehrfach mit der Wahrheit in Widerspruch gesetzt. Wie soll man das Verhalten derjenigen beurteilen, die eine arme Witwe zu derartigen Erklärungen nötigen? Das ist niedrig! (Sehr richtig! links.) Die Erklärung des Ministers muß in der Bevölkerung das Gefühl erwecken, daß man hilflos jedem Dreck und jeder Schädigung der amtlichen Organe ausgesetzt ist, wenn man seiner selbständigen politischen Ueberzeugung Ausdruck giebt. (Sehr richtig! links.) Sie schaffen servile, erbärmliche Menschen durch ein solches Vorgehen, oder aber Sie schaffen erbitterte Menschen! (Große Unruhe rechts.) Die ist die große und tiefgehende Gefahr, die in solchen Akten der Willkür liegt! Je mehr der Minister den Landräten gestattet, daß sie sich zu Agenten einer politischen Richtung machen, um so mehr giebt die Regierung selbst das Heft aus der Hand, um so größer wird die Fesselung der Regierung, um so größer die Gefahr, daß wir einmal zu einem gewalttätigen Umsturz kommen. (Große Unruhe rechts.) „Justitia fundamentum regnorum!“ (Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten.) (Beifälliger Beifall links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Auch ich bedauere die Erklärung des Ministers auf das höchste. Er hat mit einem höchst ungewöhnlichen Ausdruck von „Orgie“ und weiter von „unsäglichem Lieder“ gesprochen! Welcher Worte will sich der Minister dann erst bedienen, wenn er einmal die Reden im Circus Busch charakterisieren will? (Große Heiterkeit links, Oh! rechts.) Was der Minister heute als „Orgie“ bezeichnete, das ist eine harmlose Keilerei gegenüber dem, was auf jeder Generalversammlung des Bundes der Landwirte geschieht! (Lachen rechts.) Und die Herren vom Bund der Landwirte zielen auf ein höheres Ziel als auf einen Landrat, bei ihnen müssen es mindestens Minister sein! Herr v. Dieß-Daber sagte in seiner berühmten gewordenen Rede: „Was der Landwirtschafts-Minister sagt oder nicht sagt, das kann uns schuppe sein! Die Minister, die können und sonst was, diese —!“ (Heiterkeit links.) In dem Tumult der Begeisterung gingen die folgenden Worte unter. Aber alle Welt hat verstanden, daß es sich dabei um eine Ausdrucksweise handelte, die uns allen aus Goethes „Ody von Verlichtungen“ bekannt ist. (Stürmische Heiterkeit links.) Gegen diejenigen, die diese Worte mit Begeisterung aufgenommen haben, ist keine Disziplinar-Untersuchung eingeleitet worden. Ein Senator in Grimmen aber — das ist ein unbedeutender Stadtrat —, der an dem liberalen Kommerz teilnahm, wurde vom Regierungspräsidenten in Stralund aufgefordert, sich deswegen zu verantworten! Ein Gutsvorsteher wurde wegen Beteiligung an dieser Versammlung ohne weiteres vom Amt suspendiert. (Hört, hört! links.) Wenn aber der Bund der Landwirte die Minister bedrängt, so trägt kein Hahn danach. (Lachen links: Diederich haben!) — Stürmische Heiterkeit.) Aber streng wird verfahren gegen diejenigen, die sich des Verdrachens der liberalen Gesinnung schuldig machen. Mich empört die Kleinlichkeit, die Erbärmlichkeit, mit der hier der Wahlkampf geführt worden ist! Die Landräte sollten etwas andres zu thun haben, als in dieser kleinlichen Weise ihren politischen Groß an einer armen Witwe auslassen. (Sehr gut! links.) Der Minister hätte Besseres thun können, als für dies Verfahren seine Autorität einzusetzen! (Beifälliger Beifall links, anhaltendes Rufen rechts.)

Abg. v. Brodhausen (L):

Herr Gothein ist mit Unterstützung der Sozialdemokraten in den Reichstag gekommen. Es kommt überhaupt kein Freisinniger mehr in den Reichstag ohne sozialdemokratische Weisheit. (Lachen links.) Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat allerdings einstimmig beschlossen, die Wahl des Abg. Gothein für gültig zu erklären. (Lachen links: Selbstverständlich! — Heiterkeit.) Die Reden im Circus Busch haben mich nicht so sehr interessiert, als ich dachte. Warum kommt Herr Dr. Barth wieder mit dem Ausspruch Dieß-Dabers? Das haben wir nun schon so oft gehört! (Lachen links.) Redner verliest darauf einen Teil der Rede, die Landrat v. Malgou auf dem Diner gehalten hat, und fährt fort: Ich würde mich wirklich freuen, wenn ich als Landrat an Kaisers Geburtstag eine ebenso schöne Rede hätte halten können. (Stürmische Heiterkeit links.) Herr Gothein dagegen hat in seiner Rede auf dem Geburtstags-Diner die Konservativen wegen ihrer Handels- und Kanalpolitik auf das heftigste angegriffen. Ist das eine Art und Weise, an Kaisers Geburtstag politische Sachen vorzubringen? (Lachen links.) Aus dem Liede, das gesungen wurde, wurden im „Kreiswälder Tageblatt“ einige Verse veröffentlicht. (Lachen links: Vorlesen! Vorlesen! — Heiterkeit.) Ein Abgeordneter rief: „Singen!“ — Stürmische, lang anhaltende Heiterkeit.) Wie sind hier im preussischen Abgeordnetenhaus und nicht im Reichstage. (Beifälliger Oh!-Rufe und Unterbrechungen links.) Ich lese die Verse vor, aber nicht um Ihre Willen (nach links), sondern um sie der Öffentlichkeit zu übergeben. (Erneuter Lärm links: „Singen!“ — Große Heiterkeit.) Wer sagt da: „Singen!“ (Stürmische Heiterkeit.) Vielleicht wird uns Herr Gothein die Verse nachher vorlesen. Er kennt ja die Melodie. (Heiterkeit.) Oder am Schluß der Sitzung wird Herr Gothein mit Herrn Barth zusammen ein Duett singen! (Stürmische Heiterkeit.) Ich will die Verse vorlesen. Einer lautet: „Wenn ich einmal der Landrat wäre —“ (Präsident v. Kröcher läutet wiederholt mit der Glocke, ohne sich zunächst Gehör verschaffen zu können; endlich hört Abg. v. Brodhausen in seiner Vorlesung auf.)

Präsident v. Kröcher:

Lassen Sie mich doch auch einmal reden. (Große Heiterkeit.) Ich muß, um unliebsamen Vorkommnissen vorzubeugen, erklären, daß es nicht üblich ist, hier im Hause zu singen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. v. Brodhausen (fortfahrend)

verliest einige Verse des Liedes. Eine Strophe lautet: „Wenn ich einmal der Landrat wäre, mein Verses wäre das: Ich nähme meine Krone her und ich verflüchte: Daß Wer jetzt noch zu der Wählern läuft und wählt noch liberal, Der wird eintägig erlauft Im Mittelwälder-Kanal.“ (Sehr richtig! links. Große Heiterkeit.)

Die Angabe des Ministers, daß eine Orgie gefeiert worden ist, ist vollkommen richtig! (Beifälliger Widerspruch links.) Redner ruft erregt: Ja wohl, eine Orgie! (Große Heiterkeit links.)

Ein solches Verfahren an Kaisers Geburtstag ist doch geeignet, die Autorität des Landrats zu untergraben. (Große Heiterkeit links.) Ein derartiges wüßtes politisches Leben, wie es im „Preussischen Hof“ während der Wahlkämpfe betrieben worden ist, war im Wahlkreise, wie mir verschiedentlich mitgeteilt worden ist, ganz unerbört. Man hat stets die Sozialdemokraten als gute Freunde gern aufgenommen. Und hat nicht Herr Dr. Barth in diesem Hause selbst gesagt, es sei eine Ehre, Hand in Hand mit der Sozialdemokratie zu gehen? Hat er das gesagt oder nicht? (Zwischenruf des Abg. Dr. Barth.) Nun, ich werde es Ihnen im stenographischen Bericht zeigen. Landrat v. Malgou ist einer unserer tüchtigsten inneren Verwaltungsbeamten, und ich muß die gegen ihn erhobenen Angriffe energisch zurückweisen. (Beifälliger Beifall rechts.)

Abg. Träger (fr. Bg.):

Ich muß die Angelegenheit des Berliner Stadtrats Kaufmann hier zur Sprache bringen. Herr Kaufmann wurde die Befähigung zum Berliner Bürgermeister verweigert. Als Grund dafür wurde ein Vorgang aus seinem militärischen Vorleben angegeben. Es war im Jahre 1883 Kaufmann wegen seiner politischen

Thätigkeit der Abschied erteilt worden, obgleich er sich nichts hatte zu Schulden kommen lassen, was die Ehre eines Offiziers hätte schädigen können. (Sehr richtig! links.) Kaufmann gehörte dem Waldder-Verein an. Der Wahlkampf war im Jahre 1883 hier in Berlin mit besonderer Heftigkeit geführt worden, und wer möchte es Herrn Kaufmann zum Vorwurf machen, daß er in diesen Wahlkampf mit aller der Ruhe und Entschiedenheit eintrat, die ihn auszeichnete? Was konnte zu dieser Nichtbefähigung Anlaß geben? Seine politische Thätigkeit gewiß nicht, denn Kaufmann, der doch auch Freisinniger war, ist doch befähigt worden. Es bleibt also nur die Thatsache, daß dieser Mann sich vor 20 Jahren als Offizier des Beurtheilungsstandes in Opposition zur Regierung befand. Wie würden es die Quartier, die etwa Offiziere des Beurtheilungsstandes sind, empfinden, wenn ihnen ihre teilweise Dispensation zur Regierung nach 20 Jahren zum Vorwurf gemacht würde? Man hat hier allgemein den Eindruck, daß der Minister es in dieser Angelegenheit an dem nötigen Nachdruck fehlen ließ in der Vertretung seiner Ueberzeugung. Redner geht dann auf die Auslegung des § 89 der Städte-Ordnung näher ein und schließt: Wenn ich der Magistrat von Berlin wäre, würde ich mich durch eine so lakonische Antwort beleidigt fühlen. Gerade in unseren unruhigen Zeiten muß man das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen als ein „noli me tangere“ betrachten. (Beifälliger Beifall links.)

Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein:

Herr Träger hat eben mit Recht gesagt, das Selbstverwaltungsrecht sei ein noli me tangere der Kommunen. Ich bin ein großer Anhänger der Selbstverwaltung, aber die Sicherheit des Erhaltens der Selbstverwaltung kann nur dann bestehen, wenn auch die Kommunen das Recht anderer anerkennen. Nur darin findet man die Berechtigung für das eigene Recht. Es war das gute Recht der Stadtverordneten-Versammlung, Herrn Kaufmann zu wählen, trotzdem der Ausschuss zunächst eine andre Persönlichkeit zum zweiten Bürgermeister bestimmt hatte. Die Stadtverordneten hatten auch das Recht, für diesen Schritt keine Gründe anzugeben. Dasselbe Recht nehme ich aber auch für mich in Anspruch. Es lagen gegen die Befähigung der Wahl schwere Bedenken vor, über die man verschiedener Meinung sein konnte. Ich habe mich darüber in einem ausführlichen Bericht an Seine Majestät gegenüber geäußert. Daraufhin ist die Entscheidung gefallen, und ich lehne es ab, über die Gründe hier irgendwelche Auskunft zu geben. Ich glaube, daß man dies Recht des Königs und der königlichen Regierung anerkennen muß, und wenn ich für mich auch heute noch nicht verlangen kann, daß Sie mir das Vertrauen entgegenbringen, daß ich hier nach Recht und Gerechtigkeit handle, so hoffe ich, daß Sie mir in der Zukunft das Vertrauen schenken werden, und ich kann Ihnen nur das Beste versprechen geben, daß ich in allen diesen Dingen nicht nach der Parteien Gunst und Gaf, sondern lediglich nach Recht und Gerechtigkeit des einzelnen Falles urteile. Auf die Einzelheiten, die Herr Träger angeführt hat, einzugehen, muß ich mir verlagern. Ueber die Gründe, aus denen Herr Kaufmann die Befähigung nicht erfahren hat, verweigere ich die Auskunft.

Was nun die andre Frage anlangt, daß ich es nämlich abgelehnt habe, die Wiederwahl Kaufmanns dem König zur Befähigung vorzulegen, so gebe ich zu, daß § 33 der Städte-Ordnung unglücklich gefaßt ist. Ich habe auch über diesen Paragraphen nachgedacht und eingehende Studien über dessen Auslegung und Entstehung gemacht. Ich bin nach dieser sorgfältigen Erwägung zu der Ueberzeugung gekommen, daß in der That die Regierung befangen ist, eine kommissarische Verwaltung einzutreten zu lassen in folgenden drei Fällen: 1. daß die Stadtverordneten-Versammlung eine Wahl verweigert, 2. daß auch die zweite Wahl die allerhöchste Befähigung nicht findet, 3. daß die selbe Persönlichkeit wiederwählt. Die Berechtigung einer kommissarischen Verwaltung in diesen Fällen unterliegt für mich gar keinem Zweifel. Wenn nun diese kommissarische Verwaltung eintritt, und es liegt einer dieser Fälle vor, so ist die Sache damit erledigt. Wenn die Regierung von ihrem Recht, sofort einen Kommissar hinzuschicken, nicht Gebrauch gemacht hat, so war das eine besondere Connivenz gegen die Stadt Berlin, es sollte das keine verschärfende Maßregel sein, sondern ein besonderes Entgegenkommen. Man nahm an, daß in einem so großen Gemeinwesen genug Persönlichkeiten vorhanden sind, welche die Geschäfte des zweiten Bürgermeisters führen könnten.

Es bleibt nun die Frage, ob es notwendig gewesen wäre, auch die Wiederwahl der allerhöchsten Befähigung zu unterbreiten. Ich glaube, es wäre meinerseits Sr. Majestät dem König gegenüber eine Ungebühr gewesen, wenn ich wenige Tage, nachdem die Ablehnung der ersten Wahl erfolgt war, nur dieselbe Angelegenheit zum zweitenmal vorgetragen hätte! Es ist allerdings richtig, daß dies nicht für alle Fälle gilt. Es können Fälle vorkommen, wo die Verhältnisse sich ändern. Es ist schon in meiner Amtszeit der Fall vorgekommen, daß eine nicht befähigte Persönlichkeit nach zwei Jahren wiedergewählt wurde. Da habe ich die Sache Sr. Majestät doch einmal vorgelegt. Hier liegen aber die Verhältnisse ganz anders, und entschuldigen Sie, wenn ich es ausdrücklich ausspreche, zu der scharfen Stellung, die hier eingenommen worden ist, hat gerade die linksliberale Presse am meisten beigetragen. (Beifälliger Oh!-Rufe links.) Der Eindruck, den jeder Unparteiliche aus den Zeitungsartikeln der ersten Woche nach der Wahl gewonnen hat, war der: „Hier wollen wir in eine rein kommunale Angelegenheit politische Rücksichten hineinschleichen und zeigen, daß wir große politische Macht haben.“ (Große Unruhe links.) Ich weiß nicht, ob die damals bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ein Anlaß gewesen sind, auf eine bequeme Weise sich ein gewisses Relief der Selbstständigkeit, der Energie zu schaffen. Ich will es nicht behaupten, ich will nur andeuten, daß in der Stadtverordneten-Versammlung alles versucht wurde, um aus dieser kommunalen Sache eine politische zu machen. (Unruhe links.) Ich glaube, daß ich mich bei diesen Erwägungen in keiner Weise vom Gesetze entfernt habe, ich habe die Uebersicht, hier richtig gehandelt zu haben. (Beifall rechts, lebhafter Unruhe links.)

Abg. Freiherr v. Jeditz-Reutsch (fr.):

Man kann sehr wohl von einer Verbrüderung der Freisinnigen und der Sozialdemokraten reden; namentlich Abg. Dr. Vorth scheint sozialdemokratisch angefränkt zu sein. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident v. Kröcher:

Herr Abg. v. Jeditz, ich halte es für eine Beleidigung, einem Mitglied des Hauses zuzumuten und ihm zu sagen, daß er sozialdemokratisch angefränkt ist. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung!

Abg. Frhr. v. Jeditz (fortfahrend):

Ich erkenne diesen Ordnungsruf an. Auch ich würde diesen Vorwurf für eine Beleidigung halten. Herr Abg. Dr. Vorth hat hier eine Kennerung des Herrn Dieß-Daber vorgetragen. Das sind aber alle Ramellen, lassen Sie sie zuhen. Die Landwirte, die im Circus Busch zusammengelassen sind, kämpfen für eine gerechte Sache; es sind die Radikalen jener Leute, die ihr Gut und Blut für ihren König eingesetzt haben.

Auch der Fall Kaufmann hat nicht die Bedeutung, die man ihm in freisinnigen Kreisen beimißt. Außerhalb Berlins hat man sich darüber gar nicht aufgeregt. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist geneigt, sich für souverän zu halten und über Gesetz und Recht hinwegzusetzen. (Unruhe und Oh! links.) Wenn sich die Stadtverordneten-Versammlung auf den Boden des Gesetzes stellen wird, wird sie ihr Recht so gut wahren können, wie alle andern kommunalen Korporationen. (Zustimmung rechts.)

Als darauf der Präsident dem nächsten in der Redueliste eingetragenen Abgeordneten das Wort erteilen will, wird ihm von allen Seiten des Hauses entgegengerufen: „Verlagern, verlagern!“

Präsident v. Rüdiger: Aber es ist doch noch vor 4 Uhr! Das Wort hat der Abg. Kirch.
Abg. Kirch (L.) verzichtet auf das Wort.
Der Präsident erteilt darauf nacheinander den Abg. von Gynern (natl.) und Dr. Hauptmann (L.) das Wort, die beide ebenfalls verzichten. Jetzt beantragt Abg. Richter (fr. Sp.) die Vertagung.
Der Präsident läßt die Rednerliste verlesen, auf der noch eine sehr große Anzahl von Abgeordneten verzeichnet sind. Trotzdem wird der Vertagungsauftrag nahezu einstimmig angenommen.
Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Sitzung.)

Schluss 4 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. In der „Erfurter Tribüne“ wird mitgeteilt, daß am 1. Juli als leitender Redacteur Bruno Sommer aus Dresden in das Amt eintritt. Sommer war Ende der achtziger Jahre Redacteur des Dresdener Parteiblattes, trat dort infolge der damaligen Parteidifferenzen aus der Redaktion aus und arbeitete dann längere Zeit mit Hamisch, Zeißler u. zusammen; seitdem ist er nicht mehr hervorgetreten.

Auf Anregung einer Parteiversammlung hat die Preßkommission der „Magdeburger Volksstimme“ beschlossen, daß vom 1. März an die Ankündigungen im Vereinskalender mit 5 Pf. pro Zeile zu bezahlen sind. Es soll damit einer übermäßigen Ausnutzung des Raumes für diese Zwecke vorgebeugt werden.

Aus dem socialdemokratischen Verein in Elmhorn war der Kolporteur Genosse Rehbein ausgeschloffen worden. Auf Gesuchen Rehbeins hat sich ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Genschen Gericht mit der Angelegenheit beschäftigt. Das Schiedsgericht ist zu dem einstimmigen Beschluß gekommen, daß die Ausschließung Rehbeins aus dem Verein ungerechtfertigt war, es hat aber Rehbeins Verhalten gemißbilligt. Es handelt sich zumieist um persönliche Streitigkeiten. Beide Parteien hatten vorher die Erklärung abgegeben, daß sie sich dem Spruch des Schiedsgerichts bedingungslos unterwerfen.

Politikliches, Gerichtliches u. s. w.

Nach 6 Wochen Gefängnis als Inhaftstrafe wurden dem Genossen Klähn in Breslau zubilligt wegen Verleumdung von Richtern in Polen. Damit sind die 5 Verleumdungen gesühnt, wegen deren gegen Klähn kürzlich hintereinander verhandelt wurde. Die Verhandlung mußte damals nach Mitternacht wegen vollständiger Erschöpfung des Angeklagten vertagt werden. Sechs Monate und 6 Wochen ist demnach das Gesamtresultat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kleber! (Tapezierer!) Die Sperre über den Bau der Firma Kruse, Pflaßburgerstr. 65 (Vau Meierowitzstr. 5) ist aufgehoben. Gesperrt sind die Firmen: Schwarzer, Linienstraße 101 (Vau Regensburgerstr. 33), Brandenburg, Komlerstraße 23 (Vauen Pflaßburgerstr. 56) und Pantow, Seydlitzstr. 17), Schulz u. Sohn, Friedrichstraße (Vauen Kanitz 120 und Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße, Ecke Widmarstraße) und W. Hille, Pfandstr. 4.

Bei der Firma Loeber, Köhlenerstraße, ist nach mehrmaligen Verhandlungen eine Verständigung erzielt und der Tarif nach einigen den dortigen Verhältnissen entsprechenden Modifikationen unterschrieben worden. Die Arbeit wurde dort infolge dessen wieder aufgenommen.

Die Sektionsleitung der Kleber, Beuthstr. 21, Amt I 5870.

Achtung, Bäcker- und Pöselwäcker! Bei allen Werkstatt-Differenzen ist dem Obmann J. Weiner, Engelauer 4a, sofort Mitteilung zu machen. — Alle Anfragen, welche die Misshandlungskommission betreffen, sind an den Vorsitzenden J. Bauer, Schweinminderstr. 49, zu richten.

Deutsches Reich.

Die Firma Otto Gruson in Magdeburg-Buckau ordnete für den 11. Februar die Wahl eines Arbeiter-Ausschusses an. Die Wahl konnte jedoch nicht vorgenommen werden, weil nicht ein einziger Arbeiter zu derselben erschien! Ursache dieser Erscheinung war, daß die früher von den Arbeitern gewählten Ausschussmitglieder aus recht nebensächlichen Ursachen entlassen wurden, obgleich diese Leute tüchtige Arbeiter und lange bei der Firma beschäftigt waren. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse sich ändern, wird auch der Arbeiter-Ausschuss wieder zur Stelle sein; bis dahin wird unser Magdeburger Partietorgan seine Stelle ersetzen.

Der Redacteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, Genosse Ernst Fr. Deinhardt, wurde vom Schöffengericht in Hamburg zu 75 M. Geldstrafe verurteilt, weil er den Trommelfabrikanten Lini in Wehensfeld beleidigt haben soll. Dem L. war in einer Korrespondenz vorgeworfen, daß er seine Leute „auspowere“. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß L. seinen Arbeitern bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Durchschnitts-Jahreslohn von 850 M. zahlte. Das Gericht erkannte Deinhardt als Redacteur des Partietorgans den Schutz des § 193 an sich zu, ist aber der Ansicht, daß er sich desselben durch die in der Korrespondenz enthaltenen formale Verleumdungen begeben habe, und kam deswegen zu dem oben mitgeteilten Urteil.

Aus dem Gewerkschaftskartell in Hamburg sind die Metallarbeiter und die Zimmerer ausgetreten. In einer Sitzung des Kartells, die sich dieser Tage mit der Angelegenheit beschäftigte, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Vertreter der Metallarbeiter erklärten, sich in eine prinzipielle Erörterung der Frage nicht einlassen und die Gründe, die zum Austritt der Hamburger Metallarbeiter geführt haben, nicht angeben zu wollen, und verweisen auf den Gewerkschaftslogarithmus, welcher sich mit der Stellung des Kartells in der Gewerkschaftsbewegung befaßt. Habe der Kongress gesprochen, dann werde sich alles andre finden, denn es sei ganz selbstverständlich, daß die Metallarbeiter sich der Majorität bezug den gefassten Beschlüssen fügen würden.

Der Triumph des Arbeitswilligen. Am Nassaus-Neubau zu Leipzig fing im Dezember vorigen Jahres ein Ruher zu arbeiten, der den übrigen als „Arbeitswilliger“ bei einem früheren Streik bekannt war. Ein Ruher dr. Heide feierte seinen Umzug über den Charakter und die Tüchtigkeit des „Arbeitswilligen“ in etwas drastische Worte. Das Gericht hielt eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen für eine angemessene Sühne dieser Schandthat. Außerdem ordnete es an, daß das Urteil 8 Tage lang an Aushängen des Verurteilten — am Nassaus-Neubau auszuhängen sei.

Der Weberstreik im sächsischen Vogtlande gewinnt weitere Ausdehnung. Im Laufe der vergangenen Woche ist es auch in Reuth bei Neumarck zu Unterhandlungen behufs Aushängung eines Lohnartikels in Weisau und Erhöhung des Lohnes gekommen. Die Forderungen der Arbeiter sind fast überall bewilligt worden, nur auf einen Artikel, und zwar den hauptsächlichsten, wurde bei der Firma Häffel u. Hoffmann sehr wenig erreicht.

Das Landratsamt in Greiz hat aus Anlaß des Streiks eine durchaus anerkannter Weise Verfügung erlassen. Da nämlich das reichliche Vereinsgesetz bestimmt, daß weibliche Personen an Versammlungen nicht teilnehmen dürfen, so wäre das für die etwa 1000 ausgesperrten Arbeiterinnen eine äußerst unannehme Unannehmlichkeit gewesen, nicht in den wichtigen Streikversammlungen anwesend sein zu dürfen. Die Lohnkommission der Textilarbeiter wurde daher beim Landrat dieserhalb vorstellig und dieser zeigte ersichtlichweise so viel Entgegenkommen, daß er sofort amtlich bekannt machen ließ, daß während der Dauer der Lohnbewegung die Arbeiterinnen zu allen Streik-

versammlungen Zutritt haben dürfen. Die Gendarmerie wurde entsprechend instruiert.

Der Streik der Weber in Rheinfelden dauert fort. Die Unterhandlungen mit dem Fabrikanten Baumann-Streuli blieben erfolglos; derselbe verharret auf der zehnprozentigen Lohnreduktion.

Ausland.

Lohnstatistik der städtischen Arbeiter in Zürich. Im Großen Stadtrat stellte Genosse Gensch den Antrag, der Stadtrat möge eine Darstellung herausgeben über den Bestand der im städtischen Dienst stehenden Arbeiter und deren Lohnverhältnisse nach Dienst-Abteilungen. Dabei wären anzugeben für gelehrte und ungelernete Arbeiter, für erstere mit Bezeichnung des ausgeübten Berufes, die Dauer der Dienstzeit in Jahren, die Monatslöhne in Abstufungen von 5 Fr., bezw. die Tagelöhne in Abstufungen von je 10 Cts.; die Kategorien, in denen die zehnstündige Arbeitszeit regelmäßig überschritten wird, oder in denen regelmäßig Sonntagsarbeit geleistet werden muß, ebenso die Kategorien mit abwechselndem Nachtdienst wären besonders hervorzuheben. Als Erhebungstermin wird der 15. April vorgeschlagen. — Seitens des Vertreters des Kleinen Stadtrates wurde erklärt, daß eine solche Lohnstatistik bereits in Angriff genommen sei, gehört hatte man davon allerdings bis dahin nichts.

Die Weber-Aussperrung in Gusehede. Nachdem die „Fabrikanten-Vereinigung“ sie öffentlich dazu aufgefordert hatte, eröffnete die Firma van Heel am Mittwochmorgen ihre Dedemfabriken wieder, was am Abend vorher durch Anschlag bekannt gemacht worden war. Es fand sich aber nicht ein einziger Arbeiter ein. Die Streikenden und Aussperrten hielten eine Versammlung ab und sandten der Firma ein Schreiben, worin erklärt wird, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen wird, als die Fabriken nicht allen Aussperrten offen stehen, und daß die Dedemweber nicht eher wieder in Arbeit treten, als nicht durch gegenseitiges Uebereinkommen eine Lohnregelung stattgefunden hat. — In der vorigen Woche gingen ca. 6000 Gulden für die Ausständigen ein. In mehreren Fabriken versucht man das Kollektieren für die Aussperrten zu verbieten, wogegen in großen Versammlungen protestiert wird.

Lohnbewegung der Bäcker in Göteborg (Schweden). Die „Socialdemokraten“ melden, sind gegenwärtig in Deutschland Agenten der Bäckermeister-Vereinigung von Göteborg thätig und suchen deutsche Bäckergehilfen durch große Versprechungen zur Ueberfahrt nach Schweden zu verlocken. Da die dortigen Meister nicht einmal die minimalen Forderungen ihrer eignen Gehilfen bewilligen wollen, wäre es thöricht, wenn deutsche Bäcker sich zur Reise nach Göteborg verleiten lassen würden. —

Sociales.

Zum Kapitel der Vertrauensärzte. Der Gärtler G. war von einem Stier mit den Hörnern im Rücken verletzt worden. Der Verletzte erhielt eine Rente von 50 Proz., die nach einiger Zeit auf 20 Proz. gemindert wurde. Diese Minderung erfolgte auf Grund eines Gutachtens des königl. Bezirksarztes Dr. Wacker in Landsberg in Bayern, der die noch vorhandene Erwerbsbeschränkung angiebt mit „20 Prozent im Allgemeinen und Specielem“, weil, wenn auch nicht wahrscheinlich, doch möglicherweise etwas Unfallsfolgen vorhanden sein können. Die Sache kam vor das Landes-Versicherungsamt in München, wobei dem Gutachten des Vertrauensarztes die Gutachten von drei anderen Ärzten entgegengesetzt wurden, nämlich des Herrn Dr. Sauter in Landsberg, der den Verletzten behandelte, des Herrn Dr. Hoferer, Sachverständiger des oberbayerischen Schiedsgerichts in München, und endlich des Herrn Dr. Weisserer, Regierung- und Kreis-Medizinalrat in München. Die Feststellung des objektiven Befundes durch diese drei Ärzte stimmt in allen wesentlichen Punkten überein, wobei ausdrücklich bemerkt sei, daß Dr. Weisserer nicht in dem Maße sieht, ein allzu großes Wohlwollen für die Unfallverletzten zu hegen.

Schon das Schiedsgericht hatte dem Gutachten des Dr. Wacker keinen Wert beigemessen, und das von der Berufsgenossenschaft angesehene Landes-Versicherungsamt stellte sich auf den gleichen Standpunkt, entschied also auch zu Gunsten des Verletzten. Es stellt aber in seinem Entschiede die Gutachten nebeneinander und das ergibt ein vernünftiges Urteil über die Thätigkeit des Vertrauensarztes.

Ueber den objektiven Befund sagt Dr. Wacker nämlich: „Außer den am Rücken vorhandenen Narben ist keine Anomalie zu konstatieren.“

Dr. Weisserer konstatiert außer der Wunde: „Die bei dem Unfälle abgetroffenen Dornfortsätze des 4. und 5. Brustwirbels sind zwar wieder fest angeheilt, aber stark nach rechts verschoben, so daß in der Reihe der Dornfortsätze eine tiefe Lücke (entsprechend den 4. und 5. Brustwirbel-Dornfortsätzen) sich findet. Der abgetroffene Dornfortsatz des 3. Brustwirbels ist nicht angeheilt, sondern abnorm beweglich.“

Dr. Wacker sagt ferner: „Es ist nicht ersichtlich, wie die angeblichen Schmerzen am Reme mit der Verletzung rechts von der Wirbelsäule im Zusammenhang stehen sollen“ und nimmt „Uebertriebung ganz gewiß, wenn nicht gar Simulation“ an.

Dagegen stellt Dr. Weisserer fest: „Bei starker Bewegung der Oberarme bewegt sich der abgetroffene und nicht angeheilte Dornfortsatz durch Anziehung mit und entsteht durch Reiben an dem Wirbelkörper ein scharfes Anarren. Bei Bewegungen des rechten Oberarms erhebt sich ferner am Innenrand des rechten Schulterblattes eine kostbare Gewebeschwulst (Muskelbeule), welche mit den Muskelbeulen-Perforationen vom 8. Mai 1900 in Zusammenhang steht. Die Oberarme sind übrigens frei beweglich. Die Angaben des Verletzten über Stechen hierbei sind mit Rücksicht auf den Befund wahrscheinlich.“

Ein Verband der Arbeitsnachweise der Provinz Brandenburg hat sich gebildet, dessen Vorsitz dem Stadtrat Dr. Jostrow, dem Decernenten des städtischen Arbeitsnachweises in Charlottenburg, übertragen wurde. Es besteht die Absicht, mit Hilfe des neugegründeten Verbandes die Arbeitsvermittlung nach und nach auf ganz Brandenburg auszudehnen. Bis auf weiteres will man jedoch dahin wirken, daß an allen bedeutenderen Orten der Provinz beschördliche Arbeitsnachweise-Kemter errichtet werden. Wenn erst sämtliche größeren Orte nachweise besitzen, soll eine Centralstelle geschaffen werden, von der aus eine Regelung des Arbeitsangebots und der Nachfrage in der Weise erfolgen soll, daß die Orte nach Bedarf Gelehrte und Ungelehrte mit einander austauschen.

Der Rönigberger Magistrat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten beigetreten, wonach 3000 M. zur Gewährung von warmem Frühstück an bedürftige Schulkinder zur Verfügung gestellt werden.

Die Arbeitslosen-Versicherung in der Schweiz.

Bei der Verhandlung der Arbeitslosen-Versicherung in ausländischen Parlamenten und in der ausländischen Presse laufen regelmäßig Irrtümer über die Erfahrungen mit der öffentlichen Arbeitslosen-Versicherung in der Schweiz unter. Nach diesen Irrtümern wären in Zürich, Bern, Basel und St. Gallen bereits öffentliche Arbeitslosen-Versicherungen eingerichtet gewesen, wären aber wieder bekräftigt. Nichtig ist nur, daß in St. Gallen ein Jahr lang eine kommunale Arbeitslosen-Unterstützungskasse bestand und dann durch Beschluß einer Gemeinde-Versammlung wieder aufgelöst wurde. In der Stadt Zürich wurde der vom Stadtrat vorgelegte Entwurf einer Verordnung zur Errichtung einer städtischen Arbeitslosen-Versicherung von den Kleinen und großen Gewerbetreibenden im Großen Stadtrat schon bei der Beratung der Vorfrage verworfen und begraben. In Basel wurde die Gesetzes-

vorlage betreffend Arbeitslosen-Versicherung in der Volksabstimmung verworfen. Es hat also weder in Zürich noch in Basel eine Arbeitslosen-Versicherung bestanden und konnten mit derselben darum in beiden Städten keine praktischen Versuche gemacht werden. Dagegen besteht in der Stadt Bern seit 1893 eine städtische Arbeitslosen-Versicherungskasse, die hauptsächlich ungelernete Arbeiter (Erdbauer, Handlanger, Tagelöhner) und eine kleinere Zahl gelehrter Bauarbeiter angehören, die gewöhnlich 300 bis 400 Mitglieder zählt und zu deren Ausgaben die Stadt alljährlich eine größere Summe als Subvention leistet. Diese Kasse ist fakultativ, während die Arbeitslosen-Versicherung in der Stadt St. Gallen obligatorisch war und auch in dem verworfenen Entwurfe von Zürich und Basel das Obligatorium vorgehoben war. Man kann also im Hinblick auf die Schweiz nur von praktischen Versuchen in den beiden Städten St. Gallen und Bern reden.

Aus der Frauenbewegung.

Schutz der Mütter und Neugeborenen. Im „Mouvement Socialiste“ veröffentlicht Dr. Henri Thiroux eine Zusammenfassung über den Schutz, der für Arbeiterinnen bei beziehentlich vor und nach ihrer Entbindung in der Gesetzgebung der Industriestaaten Europas vorgehoben ist. Wir entnehmen demselben folgendes:

Das holländische Gesetz vom 5. Mai 1889 und das belgische Gesetz vom 19. Dezember 1889 sowie das portugiesische Dekret vom 14. April 1891 und das englische Gesetz vom 1891 unterliegen die Arbeit in den 4 Wochen, welche der Entbindung folgen. Nach dem norwegischen Gesetz vom 27. Juni 1892 werden die Frauen erst 6 Wochen nach ihrer Entbindung wieder zur Arbeit zugelassen; dieser Zeitraum kann auf 4 Wochen verkürzt werden, wenn ein ärztliches Zeugnis über die Arbeitsfähigkeit der betreffenden Frau beigebracht wird. Dem dänischen Volksting ist 1899 ein Projekt vorgelegt worden, welches nachstehenden Artikel enthält: Die Frauen müssen die Arbeit eine Woche vor der Entbindung verlassen und dürfen dieselbe erst nach Ablauf von 4 Wochen nach der Entbindung wieder aufnehmen. Das spanische Gesetz vom 13. März 1900 unterliegt die Arbeit während der 3 Wochen, die der Entbindung folgen; es sieht außerdem die Möglichkeit des Aussetzens der Arbeit vor der Entbindung vor. Verlangt die Arbeiterin die Unterbrechung der Arbeit vor ihrer Entbindung, so ist ihr Platz bis 3 Wochen nachher für sie freizubehalten. Außerdem müssen nach dem spanischen Gesetz den Arbeiterinnen, welche Kinder haben, täglich zwei halbe Stunden frei gegeben werden, um dieselben nähen zu können. Das portugiesische Gesetz enthält eine ähnliche Bestimmung; es schreibt vor, daß in allen Fabriken, wo täglich mehr als 50 Frauen arbeiten, eine Kleinkinder-Bewahranstalt errichtet sein muß, die nicht weiter als höchstens 300 Meter vom Betriebe entfernt liegen darf. Am weitgehendsten ist das schweizerische Gesetz, welches ein Aussetzen von insgesamt 8 Wochen vorsieht. Unterstützung ist in der Schweiz nicht vorgehoben, das vom Bundesrat am 6. Oktober 1899 angenommene Gesetz betr. die Krankenversicherung enthält eine Bestimmung, nach welcher bei der Entbindung eine 6wöchige Unterstützung Platz greifen sollte. Dieses Gesetz ist durch Referendum vorläufig verworfen, wird aber jedenfalls wieder eingebracht werden. Nach den Berichten der Fabrikinspektoren sind in der Schweiz gute Erfahrungen mit diesen Bestimmungen gemacht worden. Das gleiche kann leider nicht gesagt werden von den meisten andern Ländern, namentlich nicht von denen, wo die Frauen während ihrer Arbeitsunfähigkeit keine Unterstützung erhalten. Frau Lucy Deane, eine englische Fabrikinspektorin, sagt in einem Briefe an Louis Frank, daß die Bestimmungen zum Schutze der Frauen wenig Beachtung finden; Louis Frank stellt dazwischen für Belgien fest.

Für Deutschland, Oesterreich und Ungarn, wo das Krankenversicherungs-Gesetz den Müttern Unterstützung gewährt, werden nach den Feststellungen des Autors die Schutzbestimmungen befolgt. Die Bestimmungen des deutschen Gesetzes dürften besaunt sein. Das österreichische Gesetz vom 8. März 1885 unterliegt die Arbeit während der vier Wochen nach der Entbindung. Das Krankenversicherungs-Gesetz vom 30. März 1888 und 4. April 1889 sichert den Frauen eine Unterstützung in der Höhe von 60 Proz. ihres Lohnes sowie freien Arzt und Medikamente. Das ungarische Gesetz vom 21. Mai 1884 sieht ebenfalls das notwendige Verbot der Arbeit vor und das Krankenversicherungs-Gesetz vom 9. April 1891 sichert ihnen außer ärztlicher Hilfe und Arznei die Hälfte ihres Lohnes.

Zum Schluß behandelt Dr. Thiroux Frankreich, wo bisher in dieser Richtung fast noch nichts geschehen ist. Seit einigen Jahren werden Gesetzesentwürfe in den Kommissionen der Kammer und des Senats hin- und hergeschoben, ohne daß es zu gesetzlichen Bestimmungen gekommen wäre. Ein Projekt des Herrn Paul Strauß, das gegenwärtig vorliegt, sieht eine Arbeitsunterbrechung der Frauen von 6 Wochen vor, und zwar 14 Tage vor und 4 Wochen nach der Entbindung sowie freien Arzt und Medikamente. Für mittellose Frauen soll nach Art. III des Projektes die nötige Hilfe und Pflege im Haus oder im Hospital gegeben werden.

In Wilmerdorf tagte am 12. d. M. in Strauß' Salon eine von der Vertrauensperson der Frauen unseres Ortes einberufene öffentliche Versammlung, die von Männern und Frauen recht gut besucht war. Genossen Ihrer sprach über das Thema „Die Frau und die Socialdemokratie“. Mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Interesse folgte die Versammlung den padenden Ausführungen der Rednerin. Eine kurze, aber interessante Diskussion folgte dem Vortrage. Mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie wurde die Versammlung in der zwölften Stunde geschlossen. —

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schönhäuser Vorstad. Sonntag, abends 6 Uhr, findet im Jägerhaus, Schönhäuser Allee 103, eine Volksversammlung statt, in der Stadtr. A. Hoffmann über „Das Volk der Deuler in der Zwangsjade“ sprechen wird. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.

Charlottenburg. Die Parteigenossen von Charlottenburg, insbesondere die Vorstände von Arbeitervereinen, werden auf die bevorstehende Eröffnung des Volkshauses in der Hofmannstr. 3 aufmerksam gemacht. Die für Versammlungen und Festlichkeiten vorzüglich geeigneten Säle können schon jetzt für bestimmte Tage vergeben werden. Nähere Auskunft darüber erteilt Otto Goerle, Walfir. 69.

Der Verwaltungsausschuss des Volkshauses.

In Pantow findet Sonntag früh eine Flugblatt-Verteilung statt. Treffpunkt präcise 8 Uhr bei Hoffmann.

In Mariensfelde findet am Sonntagmittag 3 1/2 Uhr im Lokale von Dietmann (früher Teufelheim) eine Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Stadtverordneten Genossen Küter aus Schönberg über: „Die Wichtigkeit der Gemeinderatswahl für die Arbeiterkass.“

Fingelhof. Zur Gemeinderatswahl findet am Sonntag eine Flugblattverteilung statt; die Parteigenossen wollen sich früh 8 Uhr in den Zahlstellenlokale des Wahlvereins einfinden.

Tegel. Am Montag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, findet hier eine Volksversammlung statt. Genosse Reichthags-Abgeordneter Arthur Stadthagen spricht über die Frage: „Sollen die Pöller ihr Ziel erreichen?“ In dieser Versammlung wird auch der Kandidat für die kommenden Gemeinderatswahlen aufgestellt werden.

Lichtenberg-Friedrichsberg. In einer öffentlichen Versammlung für Männer und Frauen wird am Donnerstag Genosse Robert Ahrens-Berlin über den Apokalyptischen und die Orts-Arbeiterklasse Lichtenberg sprechen.

Nieder-Schöneweide. Heute ist keine Versammlung, dagegen wird nächsten Sonnabend ein Vortrag gehalten.

Waldmannsinn. Montag wird bei Anfn eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung abgehalten, in der Genosse Kalliski über unsere Aufgaben in der Gemeindeverwaltung spricht. Besonders wollen die Genossen in Vorligwalde und Dalldorf für den Besuch dieser Versammlung agitieren.

Tokales.

„Der Oberbürgermeister als Erzähler.“

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde dem Versuch des Oberbürgermeisters Kirchner, die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung in ihrem Recht der freien Meinungsäußerung zu beschneiden, von unseiner Parteigenossen Stadtverordneten Singer scharf entgegengetreten. Singer verbat sich sehr entschieden den „Oberbürgermeister als Erzähler“ und rief Herrn Kirchner ins Gedächtnis zurück, daß er sich nur als den ersten Beamten der Stadt zu betrachten habe.

Es war in der That nötig, daß der Herr Oberbürgermeister einmal nachdrücklich in seine Grenzen zurückgewiesen wurde. Herr Kirchner war damals, als er nur erst das Amt eines zweiten Bürgermeisters von Berlin bestieg, ein leidlich höflicher Mann. Nachdem er aber zum Oberbürgermeister gewählt worden war und nach langem Warten endlich die Bestätigung erhalten hatte, wurde er rasch ein anderer. Nach oben hin zeigte er sich noch um vieles höflicher und namentlich in der letzten Zeit manchmal geradezu unterwürdig, während er nach derjenigen Seite, die ihm augenscheinlich als ein „Anten“ gilt, mehr und mehr den Ueberlegenen und dabei recht wenig Liebenwürdigen herabredete.

Anfangs wickelte dieses wunderliche Gebahren lediglich erheitert und erhebt nebenbei höchstens noch ein gewisses psychologisches Interesse. Allmählich hat aber Herr Kirchner so sehr an Selbstbewußtsein gewonnen, und die unliebendwürdige Form, in der er dieses sein Selbstbewußtsein kundgibt, hat sich so sehr der Strafbildigkeit genähert, daß kein Stadtverordneter mehr an den Einrichtungen und Maßnahmen der Berliner Kommunalverwaltung Kritik üben kann, ohne sich den ungnädigen Tadel des Herrn Oberbürgermeisters zuzuziehen und hinterher eine in väterlich ermahnendem Tone gehaltene Strafpredigt über „zu weit gehende Kritik“ anhören zu müssen. Das diese Schidial nur socialdemokratische Stadtverordnete trifft, das ist natürlich weder böse Absicht, noch bloßer Zufall, sondern erklärt sich auf einfache Weise daraus, daß heute eben nur noch von socialdemokratischer Seite eine wirklich eindringende Kritik an der Berliner Kommunalverwaltung geübt wird. Daher wird denn auch von freisinniger Seite dem Herrn Oberbürgermeister regelmäßig mit tosendem Beifall gefolgt.

Man könnte sich nach wie vor damit begnügen, über diese oberbürgermeisterlichen Standpunkte und den beifällig heulenden Chor der freisinnigen Hausagrarier zu lächeln, wenn Herrn Kirchners Expektorationen nicht der Öffentlichkeit gegenüber in ihrer Wirkung darauf hinauslägen, die Socialdemokraten in Unruhe zu setzen. Gewiß, der Socialdemokrat in der Stadtverordneten-Versammlung ist sehr damit bedient, wenn nach außen hin der Eindruck erweckt wird, als sei in der städtischen Verwaltung Berlin alles in bester Ordnung. Aber den Interessen der Stadt und ihrer Bevölkerung ist gar nicht damit gedient, wenn vorhandene Mängel dem öffentlichen Bewußtsein verheimlicht werden.

Schon aus diesem Grunde muß es in der Berliner Bevölkerung lebhaftes Unbehagen und Befriedigung hervorzurufen, daß der Uebergriff, den sich Herr Kirchner erlaubte, vom Genossen Singer sofort mit aller Schärfe zurückgewiesen wurde — ganz abgesehen davon, daß eine Stadtverordneten-Versammlung, die etwas auf sich hält, sich von einem Oberbürgermeister überhaupt keine Vorschriften darüber machen lassen sollte, wie weit ein Stadtverordneter in der Kritik der städtischen Verwaltung gehen darf.

Arbeitslosigkeit und Lesebedürfnis. Die große Arbeitslosigkeit, welche sich besonders in der Metallindustrie fühlbar macht, hat, wie uns aus unserem Leserkreise geschrieben wird, zu vielen trüben auch eine erfreuliche Erscheinung gezeitigt, die hervorgehoben zu werden verdient, nämlich die außerordentlich starke Benutzung der Bibliotheken. Die Bücher der Metallarbeiter-Vereine sind eine der größten der Gewerkschaftsbibliotheken hier am Orte, und doch ist es jetzt kaum möglich, ein Buch geliehen zu erhalten, so stark ist die Nachfrage geworden. Es werden täglich 180—200 Bücher abgegeben, so daß sich die Ortsverwaltung lebhaft bemüht, abermals eine bedeutende Vermehrung des Bücherbestandes vorzunehmen. Außerordentlich stark begehrt ist natürlich die Unterhaltungsliteratur, wahrscheinlich, weil hierzu auch die Frauen „ihren Mann“ stellen; daneben ist Geschichte, Naturgeschichte und Reiselektüre sehr beliebt, während Fachliteratur, Volkswirtschaft etc. erst in letzter Linie kommt.

Bei einigen anderen Gewerkschaften, die in Besitz von Bibliotheken sind, wie die Holzarbeiter, Bildhauer etc., zeigt sich dieselbe Erscheinung; überall ein gesteigertes Lesebedürfnis. Verwunderlich aber ist es, daß zwei so bedeutende Organisationen, wie die der Maurer und Zimmerer, noch nicht zur Errichtung von Bibliotheken geschritten sind. Gerade den Arbeitern im Baugewerbe läme in der Zeit der unfreiwilligen Ruhe das Lesen sehr zu statten. Daß die Arbeiter die Zeit, welche sie nicht auf der Suche nach Arbeit zubringen können, so nützlich verwenden, ist erfreulich und wird sicherlich gute Früchte tragen.

In der Frage des Gesundheitswesens im Barbiergewerbe wird uns von einem Barbierherrn geschrieben: Ich bin kein Innungsmeister und habe gegen die von der Polizei angeordneten Vorschriften nichts einzuwenden, meine im Gegentheil, daß Publicum und Barbierere auf dabei fahren werden. Nur einen Wunsch hege ich und mit mir wahrscheinlich viele andere Kollegen, nämlich den, daß die Kontrolle in dem Fall, daß die ins Auge gefassten Vorschriften rechtskräftig werden sollten, in Händen der Polizei bleibt. Es wäre nicht gut, wenn die Herren Innungsvorstände die Sache in die Hand bekämen. Sie würden, wenn der Polizeipräsident ihnen die Kontrolle überließe, vor allem Dingen die nicht der Innung angehörenden Barbiergehäfte einschließen, und eine derartige Handhabung würde die schwersten Bedenken in sich tragen. Möge also die Polizei die Kontrolle behalten, das würde nach Lage der Dinge noch am ehesten eine unparteiische Durchführung der Vorschriften verhängen.

Eine andere, und als einem östlichen Vorort zugehörige Inschrift beklagt sich über die Unsauberkeit der Vorhöfen. Es könne namentlich an Sonnabenden und Sonntag ungebührlich der Vorhof genügt werden, daß der Barbier sich jedesmal vor Bedienung eines Kunden gründlich mit Wasser und Seife zu waschen habe, auch gehe es nicht an, daß jedem Kunden eine frische Serviette geliefert werde; wenn der Vorhof genügt werden sollte, daß alle Scheren, Messer, Pinsel etc. nach jedem Gebrauche zu reinigen seien, so müßte der Barbier mindestens 200 Bürsten, 200 Säbne und 60 Messer haben und überdies sich noch einen befondern Hausdiener sowie besondere Räumlichkeiten für das Reinigungs-geschäft zuwenden. Unter 50 Pf. sei bei Beobachtung der Vorschriften das Geschäft des Barbierens überhaupt nicht zu verrichten.

Nach unserer Erfahrung werden die hier als unerfüllbar hingestellten Vorschriften in besseren Barbiergehäften schon heute beobachtet, so daß von der Unmöglichkeit ihrer Durchführung keine Rede sein kann. In einem stimmen wir dem Einsender allerdings bei, nämlich darin, daß der Barbier bei dem niedrigen

Preise von 10 Pf. für das Rasieren nicht gut mehr bestehen kann. Schon oft haben wir darauf hingewiesen, daß es dem Kunden dienlicher sei, 15 Pf. zu zahlen und dafür die ihm gebührende Sauberkeit zu verlangen.

Die Gesamtausgaben der Stadt Berlin für Polizei- und Feuerlöschwesen sind auf 6 664 607 M. gestiegen. Die Polizeikosten allein betragen 4 593 674 M. und die für das Feuerlöschwesen rund 2 Millionen Mark. Von den Kosten hat die städtische Feuer-Societät 940 000 M. zu ersetzen. Der Fiskus zahlt für das Feuerlöschwesen nur den geringen Betrag von 97 000 M., wofür sämtliche öffentlichen Gebäude bezugsweise Feuerung genossen.

Für die Zahlung der gut elf Millionen Mark ist die Stadt der Mähe des Dreimrunds überhoben. Es braucht nur zu bleiben, hat jedoch, soweit Mißstände in der Polizeiverwaltung in Betracht kommen, nicht die geringste Gewalt zur Abhilfe. Diefem Zustand nennt man in Preußen ausgleichende Gerechtigkeit.

Die Große Berliner hat in ihrem Betrieb auf jedem Bahnhof eine Anzahl Erlassfahrer und Schaffner eingestellt, welche nur für die Tage, an welchen sie beschäftigt werden, Bezahlung erhalten. Der Umstand, daß auf den meisten Bahnhöfen nur verhältnismäßig wenige solcher Fahrer vorhanden sind, bringt es mit sich, daß die Leute sich, wenn auch mit größter Einschränkung, wenigstens notwendig halten müssen. Anders liegen die Verhältnisse auf dem Bahnhof Treptow. Hier gibt es etwa 50 Erlassfahrer, und ihr Verdienst beläuft sich innerhalb zehn Tagen durchschnittlich nur auf 14 bis 15 Mark. Oft genug müssen sie aber mit weniger nach Hause gehen, ja es ist vorgekommen, daß einer in dieser Zeit nur 2 M. und 2 Pf. heimbrachte. Die beauftragte Verlegung nach anderen Bahnhöfen ist durch den Inspektor Sprenger ab und so konnte es geschehen, daß einige der Fahrer, in der schwachen Hoffnung, endlich in ein festes Arbeitsverhältnis zu kommen, schon vor ein Jahr lang sich mit dem erwählten geringen Einkommen zufrieden geben mußten. Der Hofverwalter Starck und der Bureauassistent Riehm drohen solchen Leuten, die um ausgiebigere Beschäftigung bitten, mit Entlassung. Man kann sich vorstellen, in welchem Geiste die hier erwähnten Anwärter kommen. Die wenigen Erparnisse, die dieser und jener sich vielleicht zurückgelegt hat, sind leicht aufgebraucht und so muß der arme, so weit es ihm gelingt, Schulden machen, wenn er für sich und seine Familie notdürftig Brot schaffen will. Während es hier Leuten, die arbeiten wollen, an Beschäftigung fehlt, klagen die sehr angelegten Schaffner und Fahrer jetzt vielfach darüber, daß ihre Dienstzeit auf 13 Stunden täglich erhöht werden sei. Wird die Direktion das Ersorderliche zur Prüfung der mitgeteilten Beschwerden thun?

Eine Spitzelfahrt war dieser Tage einigen Mitgliedern des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter beschieden worden. Die in Betracht kommenden Verbandmitglieder hatten mittels Postkarte einige bis dahin indifferente Hausdiener und Kutscher zu einer Besprechung nach einem im Osten Berlins, in der Heidenfeldstraße belegenen Lokal eingeladen.

Unter den bei dieser Zusammenkunft anwesenden Personen fiel ein Mann auf, der die Behauptung aufstellte, daß er Kutscher sei, jedoch auf den ersten Blick durch sein ganzes Gebahren den Verdacht rechtfertigte, daß man es mit einem Richtigentleman zu thun habe.

Der Herr überbot sich in Gefälligkeiten. Mochte seine Aufforderung zum Spiel noch nicht besonders hervorgetreten sein, so war seine Freude am Spendieren um so mehr zu würdigen. Eine Lage Bodvier um die andre gab es auf Kosten des Fremden, ungerneget die großen Weizen und Schanäle, die er loskaufte. Beim Trinken taute der Menschenfreund allmählich auf. Zunächst war der Kaiser Gegenstand seiner Kritik, dann gab er ein Geschimpfe auf die Staats-Einrichtungen an und schließlich mußte die Schumannsache böse herhalten.

Der Hausdiener H. fragte den Mann, der vor ganz fremden Leuten so offen sein Herz ausschüttete, nach Nam' und Art. Der neue Lohengrin schien über diese Frage und über die Verantwortung aus. Dann erwähnte H. den Fall Wasewig und bemerkte trocken, daß wenn ihm etwas Ähnliches passierte wäre, wie diesem Parteigenossen, er ohne erst nach dem Polizeirevier zu gehen, dem Spitzel auf der Stelle einen Denzettel gegeben hätte.

Der Fremde schwieg nunmehr verlegen und brachte das Gespräch vorab auf andre harmlose Dinge. Mittlerweile gebot der Wirt Feierabend. Unserem Menschenfreund war solches gar nicht recht. Er forderte die noch aus dem Hausdienern und einem Buchbinder bestehende Gesellschaft auf, mit ihm ein in der Peterburger Straße gelegenes Lokal zu besuchen. Schon um den Vorhaben zu verhindern, daß er sich minder vorfichtige Opfer ansuche, gingen die vier Parteigenossen mit. In dem neuen Lokal verkehrten Straßenbahner, Köpfer, Arbeiter usw. Auch hier begann der Menschenfreund ein böses Geschimpfe, doch war ihm, trotz dreier Weizen, die er spendierte, das Glas ebenso wenig hold, wie in der Heidenfeldstraße, da die Gäste vorher unter der Hand gewarnt worden waren. Nunmehr zog der Spitzel seine Bekanntschaft mit in ein in der Straßmannstraße belegenes Lokal, gab dort nochmals etliche Lagen zum besten und begann wieder ein heilloses Räsonnieren. Die organisierten Hausdiener hielten den Kerl auch hier unter ihrer Hut, damit er sein Unheil anrichte, doch gelang es ihnen leider nicht, seine Personellen festzustellen. Die Parteigenossen seien aber vor dem Todspiegel gewarnt. Es ist ein Mann in den dreißiger Jahren, er trägt eine graue Zoppe und Teckernische. Sein Gesicht ist von einem strammen Schmirbart geziert; er spricht den Hamburger Dialekt.

Die Hütten, wie der Volkmund die kleinen, niedrigen, sommerrandartigen Bane vor dem Craniener Thore an der Westseite der Chausseestraße nennt, dürften bald verschwinden. Sie stehen auf Terrain des alten Gedwigsfriedhofs zwischen den hohen modernen Wohnhäusern, die vor zwölf Jahren längs der „Kommunikation“ zwischen dem Neuen und Craniener Thore und dem alten französischen Friedhofe gebaut wurden. Ihr Hinterland reicht in tiefen langgestreckten Holzhöfen bis an den alten Dorothienstädtischen Friedhof. Die Hütten enthalten ein Dutzend größerer und kleinerer Läden der verschiedensten Geschäftszweige und bilden in gewissem Sinne eine Welt für sich. Die Hütte besteht aus Vor- und Hinterraum und hat einen Hof von ihrer Länge und Breite. Das ganze Terrain wurde nach Freigabe für Bebauung und anderweitige Nutzung von einem Herrn Volbach in Generalpacht genommen, die nach dessen Tode auf seine Witwe überging und in deren Händen sie sich noch befindet. Die Hütten wurden im Jahre 1879 erbaut, sind demnach fast ein Vierteljahrhundert alt, was man durch offenes Schmelzen zu verurteilen mag. Da die Jahresmiete für diese Gebäude zwischen 700 bis 1000 M. wechselt, wird einschließlich des Pachtbetrages für die Holzhöfe etc. der Zinsbetrag eines Mietskapitals von etwa 100 000 M. so daß die Kirche ein vorzügliches Geschäft macht. Quers wurden Mietverträge auf zehn, später auf fünf Jahre abgeschlossen, neuerdings wurden solche aber nur noch von Jahr zu Jahr gemacht, da die Absicht besteht, auf dem Terrain eine Kirche oder Schule zu erbauen oder das Gelände zu parzellieren und als Baustelle anzufassen. Als Inkubationsstadium liegt das Projekt im Vordergrund. Wie seiner Zeit das Verschwinden der „Hütten“ vor dem Craniener Thore nur zur Verhinderung der dortigen Begräbnisse beitragen.

„Wegen Mangel an Schülern“, so wird in einem künftigen Blatte mitgeteilt, geht von der in der Wartenburgstraße belegenen 43. Gemeindefchule auf Anordnung der städtischen Schuldeputation zum 1. April wieder eine Klasse ein, während drei andre Klassen an die benachbarte 169. Gemeindefchule am Tempelhofer Ufer übergehen. Die frei werdenden Räume in der Wartenburgstraße sollen zur weiteren vorläufigen Unterbringung des nach und nach in die Tempelhofer Vorstadt überziehenden Friedrich-Realgymnasiums dienen. — Es ist doch wirklich ein ungemein glücklicher Zufall, daß sich der Mangel an Schülern in der Wartenburgstraße gerade von dem Zeitpunkt an eingestellt hat, wo es feststand, daß das Friedrich-Real-

gymnasium in diese Gegend verlegt und in provisorischen Räumen untergebracht werden sollte. Oder ob da vielleicht ein bißchen das Glück fortrigiert worden ist, indem man von dem Augenblick an, wo die Verlegung beschlossen war, der Schule in der Wartenburgstraße möglichst keine Kinder mehr zuwieß? — Apropos: „Mangel an Schülern!“ Die im Oktober in der Wartenburgstraße eröffnete unterste Volksschulklasse des Friedrich-Realgymnasiums leidet selber an einem recht empfindlichen Schülermangel. Wenn wir und recht erinnern, so begann sie den Unterricht mit ganzen 13 Schülern. Ein derartiger Schülermangel hat aber noch niemals eine Schulverwaltung veranlaßt, eine Vorschulklasse aufzustellen. Er hat in dem vorliegenden Falle, wie man sieht, die städtische Schulverwaltung Berlins nicht einmal davon abgehalten, die betreffende Klasse neu zu eröffnen. Hier hätte sich übrigens einmal eine prächtige Gelegenheit geboten, das Realgymnasium ganz ohne Vorschule neu eröffnen zu lassen. Aber der Gedanke, daß man in Berlin den Versuch machen könnte, eine Vorschule abzuschaffen, ist so entsetzlich, daß ihn ein freisinniger Stadivater nicht ausdenken wagen darf.

In der gestrigen Sitzung des Magistrats ist der vom Stadtbaurat Ludwig Hoffmann ausgearbeitete Entwurf zum Neubau eines Eisenbahnhofs (Kosmannsplatz 6 Millionen Mark) einer Untersuchungskommission des Magistrats zur nochmaligen Prüfung und Bericht-erstattung überwiesen worden.

Eine gut funktionierende Schuvorrichtung besitzen die Straßenbahnwagen der Großen Berliner beinahe ausschließlich immer noch nicht. Anders scheint es in München zu sein. Dort wurde letzte Woche in der Magistratsitzung mitgeteilt, daß die Schuvorrichtungen an den elektrischen Motorwagen (Panney mit pneumatischer Senkung, System Münder) sich als praktisch erwiesen haben. Mehrere Menschenleben wurden schon durch die Vorrichtungen gerettet, weshalb beschloffen wurde, weitere 100 Motorwagen (50 sind bereits damit versehen) mit solchen Schuvorrichtungen auszurüsten.

Man sollte denken, daß das, was in München so schön möglich ist, auch in Berlin eingeführt werden könnte.

Von der Hochbahn. Die Strecke Potsdamer Platz—Zoologischer Garten soll am 1. April eröffnet werden, die Teilstrecke Potsdamer Platz—Wilowstraße wird, wie es heißt, am 1. März dem Betriebe übergeben. Der Verkehr auf der eröffneten Strecke Potsdamer Platz—Stralauer Thor entwickelt sich nur langsam. Am ersten Tage der Eröffnung ist die Hochbahn von etwa 15 000 Personen befahren worden und hat für die Unterfährungszone der Betriebsbeamten etwa 5000 M. eingebracht. Am zweiten Tage betrug der Verkehr ungefähr die Hälfte des ersten. Dagegen schon am Donnerstag der gewöhnliche Tarif in Kraft gesetzt worden war, so hielt sich die Benutzung der Bahn nur in nahen Grenzen, da die Herabsetzung der Preise fast unbefannt blieb.

Durch einen Hut verraten wurde der 48 Jahre alte ehemalige Sattler, jetzige Hotelier Robert Valan, der schon dreizehnmal verurteilt ist und nach Verhaftung einer sechsjährigen Zuchthausstrafe kürzlich nach Berlin gekommen war, um sein altes „Handwerk“ wieder aufzunehmen. Er war in einem Gasthof am Stettiner Bahnhof abgeblieben und hatte gestern morgen seiner Gewohnheit gemäß den Zimmern anderer Gäste Besuche abgestattet, um das ihm zugängliche Gut zu sehen. In der großen Hof, mit der er zu Werk gehen wollte, hatte er sich einen fremden Hut angeeignet, den er gar nicht nehmen wollte. Mit diesem betrat er später das Wohnzimmer, um nach dem Frühstück zu verschwinden. Inzwischen hatten sich auch die Besitzlosen in dem Zimmer eingefunden und führten beim Wirt Beschwerde, unter diesen auch der Eigentümer des Hutes, den Valan in dem Glauben, er habe seinen eigenen, in der größten Nähe auf dem Kopf trug. Der Hut wurde aber erkannt, und der Wirt rief die Polizei. Bei einer Durchsicht der Bekleidungsstücke wurde man die vermissten Gegenstände zu Tage. Der Dieb, der zunächst selbst erkannt gewesen war, einen solchen Hut zu besitzen, war unter falschem Namen in dem Gasthof eingeleitet und legte sich auch bei der polizeilichen Vernehmung einen solchen bei. Durch den Erkennungs-bienst wurde indes der Spitzhute festgestellt.

Übermals eine Prügelei im Gerichtssaale. Zu einer argen Ausfchaltung kam es wiederum gestern in einem der Gerichtssäle. Der „Arbeiter“ und „Kühler“ Hermann Prahm stand wegen Inzulterei vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von acht Monaten, der Gerichtshof erkannte aber auf 1 1/2 Jahre Gefängnis. Als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Müller, das Urteil verkündete hatte, sprang der Angeklagte zum Anklageort hinaus und fuhr dem zunächst stehenden Zeugen, der ihn belästigt hatte, an die Kehle. Der Gerichtsdienner versuchte, die Kämpfenden zu trennen, erhielt dabei aber auch von dem Angeklagten einen Faustschlag gegen den Kopf. Es entwickelte sich eine förmliche Schlägerei, es kamen andre Gerichtsdienner hinzu und nur wurde der Angeklagte, der ziemlich arg zugerichtet worden war, zu Boden geworfen, überwältigt und von vier Mann nach der Zelle getragen. Während des aufregenden Auftritts fingen die Freunde des Verurteilten, die sich im Zuschauerraum befanden, an, für den zumankommenden Partei zu nehmen, indem sie Drohrufe gegen die Beamten ausstießen. Die Lage hätte bedenklich werden können, wenn die Gerichtsdienner nicht mit Entschlossenheit vorgegangen wären. Einer der Beamten wurde von dem Willkür des Kampfes erheblich in den Finger gebissen, ein anderer erhielt einen Tritt vor den Leib. Es ist dies innerhalb kurzer Zeit die zweite schwere Ausfchaltung, welche von Angeklagten im Gerichtssaale begangen wurde.

Regen in der Charité entstand in der letzten Nacht gegen 12 Uhr auf dem Boden des dem Verwaltungsgebäude zunächst gelegenen Hofes. Die Wäter der Stationen 16, 16 und 17, deren Zimmer sich unter dem Boden befinden, hatten einen Vordurchbruch wahrgenommen und sahen auf dem Boden die Reifeerde der Wäter und Wäterinnen in Flammen stehend vor. Die Feuerwehre riefte in mehreren Zügen an und gab durch die Latzen hindurch Wasser; es dauerte indes mehrere Stunden, bis die Arbeit bewältigt war. Nur durch die frühzeitige Entdeckung des Brandes und das schnelle Eingreifen der Wehre wurde der Dachstuhl gerettet.

Wegen Unterschlagung von 30 000 M. verhaftet wurde der Ungehällere Karl v. Vadinski aus der Diefenbacherstr. 12. Er war bei einem bedeutenden Reibgeschäft angestellt, lebte aber leichtsinnig und unterschlug nach und nach die erwähnte Summe.

Eine Sonderausstellung von Webereien, Wärfereien und Strickereien wird das Museum für deutsche Volkstrachten und Erzeugnisse des Hausgewerbes, Klosterstraße 36, Ende März veranstalten. Da diese Seite des künstlerischen Schaffens besonders reichhaltig vertreten ist, so wird sich die Ausstellung zu einer umfassenden Uebersicht der bei allen deutschen Stämmen einst sehr gepflegten textilen Hauskunst angefallen.

Urania. Frühlingstage an der Riviera, der mit farbigen Bildern und Wandspannungen ausgestattete Vortrag im Theater der Urania wird in dieser Woche allabendlich zur Wiederholung gelangen. Im Vortrag beginnt Herr Professor Müller eine Vortragreihe von vier Vorträgen zu volkstümlichen Preisen über die wichtigsten Erfindungen des Lebens mit dem Vortrage „Unser Wissen vom Leben“. Am Dienstag spricht Herr Dr. Raff über „Moderne Luftschiffahrt“ und am Mittwoch über „Die Porzellanfabrikation“; am Freitag spricht Herr Dr. Donath vom elektrischen Strom und dem Chinischen Geleis und am Sonnabend beginnt Herr Dr. Schwahn eine zusammenhängende Reihe von acht Vorträgen, ebenfalls zu volkstümlichen Preisen, über die Grundbegriffe der Medizin fester Körper. Im Theateraal der Urania in der Jussufienstraße spricht am Freitag Herr Dr. Grass über „Die Welt der Fingerte“.

Der Aufsicht der Berliner Brauereier am Tempelhofer Berge, der bisher von Herrn Wolff geführt wurde, geht mit Uebersetzung der diesjährigen Vordier-Gesinn in die Hände des Herrn August Radde, des bisherigen Leiters des Königl. Hof-Casinos, Holzmarktstr. 72, über. Die Direktion der Brauerei wird

im Verein mit Herrn Maddah verschiedene Erweiterungsarbeiten vornehmen. So ist zunächst die Erweiterung des großen Saales durch einen Anbau geplant.

Orgelkonzert. Zur Feier von Handels Geburtstag (23. Febr. 1888) hielt Herr Musikdirektor Otto Dienel in der Marienkirche Montag, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, ein Orchester-Konzert bei freiem Eintritt unter Mitwirkung von Fräulein Marie Madenwald und Herrn Eduard Klingelhöfer aus Potsdam, Fräulein Elise Klein, Fräulein Lotte Dienel, Fräulein Teresina Gläser und des Violonisten Herrn Hans Wroth.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden mußten wieder zahlreiche Brände beseitigt werden und zwar zunächst Admiralstraße 29 ein kleiner Dachstuhlbrand. Freitag früh kurz nach 4 Uhr wurde am Karlsplatz der öffentliche Feuermelder höflich gezogen. Der Häher konnte leider wieder nicht ermittelt werden. Durch Selbstentzündung vor auf dem Anhalter Güterbahnhof ein Waggon Preßlohlen in Brand geraten, dessen Ablösung jedoch leicht erfolgte. Kurz darauf gingen in der Preßwallerstr. 10 Gardinen und Kleidungsstücke in Flammen auf, während in der Friedrichstr. 105 ein Wand abgelöst werden mußte, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. In der Greifenaustr. 89 hatten abends 9 Uhr Lampen Feuer gefangen. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen von der Heisterstraße 26 und Am Königsgraben 15a, die indes auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Von der Arbeitslosen-Zählung für Charlottenburg, mit deren näherer Bearbeitung Genosse Dr. Vorcharde beauftragt ist, liegen folgende weitere Daten bereits vor:

Die Sonderng der arbeitslosen männlichen Personen nach Beruf ergab 2909 Arbeitslose, unter denen sich 1414 Haushaltungsvorstände befinden.

Ihren näheren Beruf nicht angegeben haben 557 = 24,5 Proz. 789 = 34,8 Proz. gehören dem Baugewerbe an, 347 = 15,3 Proz. waren in der Metallindustrie, 148 = 6,4 Proz. im Handel und Verkehr beschäftigt. Die Holzindustrie ist mit 74 = 3,3 Proz. vertreten, die der Steine und Erden mit 70 = 3,1 Proz., die Bekleidungsindustrie mit 66 = 2,9 Proz., die Leder- und Papierindustrie mit 60 = 2,6 Proz. Die übrigen verteilen sich auf andere Gewerbe.

Die mittlere Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt 58,7 Tage, also fast volle 2 Monate.

Das Alter der Arbeitslosen ist recht verschieden, je nachdem es sich um Haushaltungsvorstände oder im Haushalt wohnende Personen handelt; bei den ersteren überwiegen die Altersklassen von 30 bis 35 Jahren, bei den letzteren die von 19 bis 25 Jahren. Daher ist das Durchschnittsalter bei den ersteren 38,1, bei den letzteren 22,7 Jahre; insgesamt beträgt das durchschnittliche Alter der arbeitslosen männlichen Person 32,3 Jahre.

Dagegen zeigt sich fast gar keine Verschiedenheit in Bezug auf die Dauer der Ortsamwesenheit; fast durchweg sind alleingesessene Charlottenburger, vielfach hier geborene, von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ein Drittel, genau 731 von 2171, welche Angewandte gemacht haben, wohnen seit mehr als 15 Jahren in Charlottenburg, ein zweites Drittel, 735 wohnen weniger als 10, aber länger als 5 Jahre in unserer Stadt, und nur 706 weisen seit weniger als 5 Jahren bei uns, auch von diesen nur die Hälfte, 365, seit weniger als 2 Jahren.

Von den 1414 Haushaltungsvorständen haben 631 die Zahl ihrer Kinder unter 10 Jahren angegeben; diese beträgt 2115, so daß die Familie durchschnittlich 2,3 Kinder hat; es überwiegen die Familien mit 1 bis 3 Kindern, 295, 285, 152 Familien. Ueber 5 Kinder haben nur 28 Familien, darunter sind sechs Familien mit 7, drei mit 8 und eine mit 9 Kindern.

Küher diesen 2115 Kindern sind von der Arbeitslosigkeit und den traurigen Erwerbsverhältnissen noch stark betroffen die Kinder der weiblichen arbeitslosen Haushaltungsvorstände sowie die der kranken Haushaltungs-Vorstände; es handelt sich dabei noch um 817 Kinder, so daß also 2932 Kinder arbeitslose und kranke Ernährer haben. Dabei ist zu beachten, daß das nur eine untere Grenze ist; denn bei weitem nicht alle Arbeitslosen haben die Zahlenarten ausgefüllt, und bei weitem nicht alle, welche geantwortet haben, haben alle Fragen ordnungsmäßig beantwortet; unter den 613 Haushaltungsvorständen, bei denen keine Kinder vermerkt sind, befinden sich nur sehr wenige, die ausdrücklich angeben, daß sie keine Kinder haben. Ueberhaupt wird das Bild des Glends, das die angeführten Zahlen entrollen, auch abgemildert davon, daß die mit beschränkter Arbeitszeit Arbeitenden noch fehlen, von der Wirklichkeit noch weit übertraffen. Wie werden darauf zurückkommen, wenn die Bearbeitung der Karten beendet ist. Die Kostseite unserer Kultur, von der unsere Zählung den Schleier ein wenig gehoben hat, zeigt uns ein so düsteres Gemälde, daß unsere Verwaltung wohl Anlaß hätte, sich ernsthaft mit der Frage zu beschäftigen, wie solche Zustände dauernd zu beseitigen sind.

Aus den Militär-Verhältnissen. Man schreibt uns aus Spandau: Wie sehr es bei den höchst unklaren Bestimmungen der Lohnordnung in dem Verleben einer Direktion oder eines höheren Aufsichtsbeamten liegt, die Arbeiter in diese oder jene Lohnklasse einzurufen oder ihnen diese oder jene Vergütung zu teil werden zu lassen, das haben besonders die sogenannten „Wiesarbeiter“ in der Gefäßgießerei hier selbst erfahren. Die Arbeiterkategorie hat das Fertigmachen und Schmelzen von Eisen und das Gießen von Geschossen zu belegen; es ist dies eine Arbeit, die sehr leicht zur Bleivergiftung führt, und in der That sind bei diesen Arbeitern, trotz der sonst angewendeten Schutzmaßnahmen, Fälle von akuter oder gar chronischer Bleivergiftung nicht Seltenes. Die Lohnordnung schreibt nun vor, daß denjenigen Arbeitern, welche mit giftigen oder besonders gefährlichen Stoffen, Säuren etc. zu hantieren haben, ein Extralohn von 1 M. pro sechsständiger Arbeitstag zu zahlen ist. In der Pulverfabrik wird den Schmelzern diese Extravergrütung auch ansichtslos gewährt; die Wiesarbeiter in der Gefäßgießerei sind jedoch von dieser Vergütung ausgeschlossen. Woran mag das liegen?

Es ist in diesen Tagen von der Polizeimeistererei ein neuer Kohntarif eingeführt worden, der ebenso viele Unklarheiten enthält und insbesondere auch hinsichtlich der Wiesarbeiter keine Klärung bringt!

Wilmersdorf. Das Ortsstatut zum Gewerbegebiet enthält u. a. folgende wichtige Bestimmungen: Das Gewerbegebiet setzt sich aus einem Vorbezirk, zwei Stellvertretern und 24 Beisitzern zusammen, von denen die Hälfte aus Arbeitgebern und die Hälfte aus Arbeitnehmern besteht. Die Amtsperiode ist auf drei Jahre bestimmt. Als Vorsteher kann gewählt werden, wer 2 Jahre am Ort wohnt oder dort eine Arbeitstätte hat und das 30. Lebensjahr vollendet hat. Die Entscheidung, die den Beisitzern für die Teilnahme an einer Sitzung gewährt wird, beträgt 4 M., ein im Verhältnis zu den in den Nachbarorten gewählten Entscheidungen geringfügiger Betrag. Die Wahl wird in 4 Bezirken vorgenommen, die nach den Polizeirevierern (alter Ort, Galessee, die Gegend nördlich der Mühlengraben und Friedenauer Ortsteil) abgegrenzt sind. Der Wahltag wird in kürzester Zeit angelegt werden; die Wahlzeit ist mittags von 12-3 und abends von 6-9 Uhr. Für die Verhandlung muß bei jedem Streitgegenstand im Werte bis 20 M. eine Gebühr von 1 M. gezahlt werden, für ein Objekt bis 50 M. 1,50 M., und für ein Objekt bis 100 M. 3 M. Es ist notwendig, daß die Gewerkschaften am Orte sich unverzüglich mit den Wählern befassen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Formulare zur Wahlberechtigung sind bei den Vorständen der Gewerkschaften zu haben.

Einen Regrehananspruch an die Gemeinde Lichtenberg in recht bedeutender Höhe erhebt unter Klage Androhung der dort wohnende Kaufmann S. aus Licht. Durch das Verleihen eines Arbeiters der Gemeinde G. aus Licht ist im vergangenen Jahre gelegentlich einer Reparaturarbeit der Hauptkammer des Gasmessers geschloffen worden und Verdienst durch ein nicht mit dem vorgeschriebenen Korsett verschlossenes Rohr in die Wohnräume eines Mieters gedrungen. Als Schuld die Räumung zum Zwecke einer Re-

vision mit brennendem Streichholz betraf, erfolgte eine Explosion, bei der Schulz erhebliche Brandwunden erlitt. Für entstandene Auskosten berechnet dieser nun 314 M., für entgangenen Arbeitsverdienst bis auf weiteres 2900 M. jährlich, einmalig bringt Schulz ferner 400 M. in Antrag. Der Gemeindevorstand erkennt den Regrehananspruch nicht an.

Dallwitz. An unfrem Ort wird nach wie vor der Wählerliste die Beteiligung an den Gemeindevahlen auf das schlimmste erschwert. Unsere Parteigenossen hatten den Antrag gestellt, die Dauer des Wahlaktes bis 3 Uhr abends auszubehnen. Dieser Antrag ist aber abgelehnt worden; es bleibt dabei, daß wie in früheren Jahren die Wahlhandlung von 9 bis 3 Uhr dauert. Voraussichtlich findet die Wahl für die dritte Wählerklasse am Sonntag abends, den 22. März, statt. Unsere Parteigenossen werden trotz dieser ungünstigen Umstände mit frischem Mut in den Wahlkampf eintreten. Pflicht jedes Genossen ist es, die Wähler aufzurütteln, damit trotz alledem viele Kandidaten ins Ortsparlament einziehen.

Bei Potsdam ist gestern nachmittag um 5 Uhr der Bäderlehrer Wittstod beim Schlittschuhlaufen ertrunken, der zum Herbst Geselle geworden wäre. Ueber den Unfall wird berichtet: Zum Eislauf war auf der Havel nur die Strecke vom Hasenraben links bis zur Weiererei freigegeben, während die Strecke rechts bis Salkow durch Warnungstafel für den Eislauf gesperrt war. Dennoch bogen gestern nachmittag 5 Uhr drei jugendliche Schlittschuhläufer auf diese verbotene Strecke ein. Als sie gegenüber der kaiserlichen Matrosenstation „Kongsnis“ der Strömung zu nahe kamen, drast die dünne Eisedede unter ihnen und alle drei veranken in den Fluten. Der sofort zur Hilfe eilende Fischer Krause bemerkt gleichfalls. Der Unfall war aber auch auf der Matrosenstation bemerkt worden, von wo sofort ein Boot abließ, das die schwache Eisedede durchbrechen konnte. Die Rettung war äußerst schwierig und gelang nur bei zweien. Wittstod konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Gewerbe-Zeitung.

Schundmöbel. Wegen Betruges hatte seiner Zeit das Schöffengericht die Möbelhändlerin D. des 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagte gehört zu denjenigen Möbelhändlerinnen, die mit Hilfe Betrügern erwerbender Beklanten, in denen Möbel „wegen Todesalles“, „wegen Umzuges“ und dergl. zum Verkauf angeboten werden. „Schundmöbel“ an den Mann zu bringen wissen. Der frühere Obermeister Krefz von der Tapezier-Jungung hat seiner Zeit im Auftrage der Jungung solche Schundmöbel an den verschiedensten Stellen aufgefauft und auch einmal versucht, die Angeklagte wegen Betruges zur Bestrafung zu bringen. Dies ist allerdings mißglückt, dagegen ist die Angeklagte schon einmal wegen unlauteren Wettbewerbes bestraft worden. Im vorliegenden Falle handelte es sich darum, daß ein Ehepaar bei der Angeklagten eine ganz neue Gobelin-Garnitur — bestehend aus Sofa, 4 Hautenid und 1 Huder — für 240 M. (11) gekauft hat und zu diesem Kauf nur durch die Aufsehung bewegen sein will, daß die Polsterung nicht etwa aus Stroh und Heu, sondern aus Holzwole, die nach dem Gutachten der Tapezierer Krefz u. Schroeder zum Polstern absolut untauglich ist. Die Sachverständigen erklärten das ganze Mobiliar für „wertlose Schundware“. — Gegen dieses Urteil war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Der Staatsanwalt wollte die Angeklagte zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wissen, während Rechtsanwalt Morris die Freisprechung beantragte. Er wollte event. 50 ganz solide Tapezierer dem Gerichte namhaft machen, die sich durch Holzwole polstern; erklärte das Gutachten der beiden Sachverständigen für durchaus irrig und bestritt jede Vermögensbeschädigung, da die Käufer für die 240 M. einen objektiven Gegenwert erhalten haben. — Der Gerichtshof verwurft beide Berufungen, indem er das erste Urteil für gutfindend hielt.

Große Vertrauensbrüche führten gestern den Handlungsgehilfen Karl Kadite vor die neunte Strafkammer des Landgerichts I. Er war der fortgesetzten Unterschlagung beschuldigt, die neben ihm auf der Anklagebank sitzende Frau Wilma Winter geb. Wah hatte sich wegen Hehlerei zu verantworten. Der Angeklagte, der ein äußerst gewandter Verkäufer der Konfektionsbranche ist, war längere Zeit in dem bekannten Geschäft von Corbis in der Leipzigerstraße tätig und hatte in der Abteilung für einzelne Roben und Restpartien die Handinnen zu bedienen. Er hat dabei in ziemlich großem Umfange Veruntreuungen begangen, indem er es verstand, unbenutzt Seidenreste und Roben aus dem Geschäft mit hinaus zu nehmen, die er dann zu Gelde machte. Ein Zeichen für die kaufmännische Tätigkeit des Angeklagten ist die Thatfache, daß er unmittelbar, nachdem er seine Tätigkeit für die Firma Corbis aufgegeben hatte, für die Firma Rudolph Herzog engagiert worden ist. Er selbst giebt den Wert der von ihm im Laufe der Zeit veruntreuten Waren auf über 1000 M. an, sicherlich hat aber seine stille Teilhaberische einen viel größeren Umfang gehabt. Frau Winter war seine Wittin; sie hat dem Angeklagten einige „billige Reste“ abgenommen, obwohl sie aus den Umständen auf deren unethischen Erwerb hätte schließen müssen. Sie wurde für diesen Restkauf mit sechs Monaten Gefängnis bestraft. Kadite selbst wurde zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Einem Hornochler hatte der Hausdiener Will. Jahn es zu verdanken, daß ihm eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten abgenommen wurde. An einem Angestellten des vorigen Jahres hatte der Angeklagte, der bei einer hiesigen Papierhandlung bedienstet war, Waren in einem verschlossenen Handwagen zur Handhaft zu bringen. Bei einer Firma in der Jerusalemstraße kam er unverhüteter Sache wieder aus dem Hause heraus, da das Geschäft bereits geschlossen war. Er nahm nun, wie er angab, aus Versehen einen fremden Handwagen, der ebenfalls vor der Thür hielt, legte die bereits herausgenommenen Waren obendrauf und fuhr weiter bis zur Kronenstraße. Als er hier wieder vor einem Geschäft hielt, kam der Führer des fälschlich mitgenommenen Wagens nachgerannt, stellte Jahn zur Rede und beschuldigte ihn des Diebstahls. Es kam dadurch zwischen beiden Handdienern zu einer Schlägerei. Dann wurde Jahn zur Wache geführt, und später wurde Anklage wegen Diebstahls gegen ihn erhoben. Der Gerichtshof wollte dem Angeklagten um so weniger glauben, daß nur ein Versehen seinerseits vorliege, weil er bereits mehrere Vorstrafen wegen Eigentumsvergehen erlitten hatte und weil der fremde Wagen mittels einer Kette gebremst war, welches er schon durch die schwerere Vorwärtsbewegung beim Anziehen hätte bemerken müssen. Wegen das verurteilende Erkenntnis legte der Verteidiger, Rechtsanwalt Schöps, Revision ein mit der Begründung, daß die Verteidigung durch Ablehnung eines Antrages auf Ladung eines neuen Zeugen beschränkt worden sei. Die Revision hatte Erfolg. Im erneuten Termin führte der Verteidiger aus, wie sinnlos der Angeklagte gehandelt haben würde, wenn er es auf einen Diebstahl abgesehen hätte. Der von ihm zurückgelassene Handwagen war mit einer Firma versehen und mußte sofort an ihm zum Verdrägen werden. Außerdem konnte der Angeklagte gar nicht wissen, ob der Inhalt des fremden Handwagens nicht weit weniger wertvoll war, als der seines eignen, und war der Inhalt des letzteren schwerer, so konnte es ihm auch entgehen, daß das eine Rad gebremst war. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und fällte ein freisprechendes Urteil.

Vermishtes.

In Augsburg ist der Raubmörder Kneißl gestern früh 7 Uhr hingerichtet worden. Zu einer tragischen Scene kam es an der Thür des Gefängnisses, als die alte Mutter Kneißls aus der Frohnstube zum dem Abchiedsbesuch bei ihrem Sohn herandrang und sah, wie der für ihn bestimmte Sarg ins Gebäude getragen wurde. Bei dem Anblick schrie sie laut über den Platz: „Justizmörder!“ und verfiel schließlich in Schreitkämpfe.

Von dem Erdbeben in Schemacha wird aus Petersburg unter dem 18. Februar berichtet: 800 Leichen sind bis jetzt geborgen. Von den unterirdigen macht sich ein starker Geruch bemerkbar. Die Krankenhäuser sind so schnell als möglich wieder eröffnet worden; in ihnen werden die Verstümmelten behandelt. Das Erdbeben, das vier feuerfeste Krater gebildet hatte, hat jetzt an Heftigkeit verloren. Die Straße nach Balu ist immer noch durch Blütklinge veripert. Große Geschwunden sollen bei der Feuersbrunst vernichtet worden sein. Der Gouverneur von Balu, General Odingen, ist in Schemacha angekommen. Er beruhigt die unglücklichen Leute und hat angeordnet, daß zur sofortigen Hilfe 100 000 M. ausgegeben werden sollen. Die erste Sendung von Lebensmitteln ist angekommen, aber die Not ist noch groß. Ein tragischer Vorfall wird von der Berichterstattung noch berichtet: Ein Mädchen lebte noch, obgleich sie halb unter einem Trümmerhaufen begraben war. Ihr Vater machte rasende Anstrengungen, um sich durch die Trümmer einen Weg zu ihr zu bahnen. Plötzlich brach unter einem neuen Erdstoß die Wand des Hauses völlig zusammen und begrub Vater und Tochter. Wie aus Tiflis telegraphiert wird, ist Donnerstag das von dort eintreffende zweite kaiserliche Schützenbataillon in Schemacha eingetroffen und beteiligte sich sofort an den Ausgrabungen, die jetzt rascher vor sich gehen.

Im Kruppischen Steinbruch zu Drebeneh wurde gestern eine Arbeiterschuppe durch herabstürzende Felsmassen verflücht. Von sieben darin befindlichen Arbeitern wurden vier getötet und zwei verletzt.

Ueber ein Grabenunglück wird aus Charleroi berichtet: In dem Schacht „des Balles“ der Gruben in Montceau-la-Fontaine wurden heute abend fünf Arbeiter durch schlagende Wetter schwer verletzt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29 Hamburg). Filiale Berlin 6. Sonnabend, den 22. Februar, 8 Uhr abends, bei Bauer, Rosenhallerstr. 57, Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 6. Sonntag, den 23. Februar, vorm. 9 Uhr, bei Dieck, Kurfürststraße 123, Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. — Filiale Berlin 10. Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Haber, Stephanstr. 11, Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. — Filiale Charlottenburg. Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Leder, Bismarckstr. 74, Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der 60. Gemeindefürsorge, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vormittags, ebenfalls: Vortrag des Hrn. Dr. Wilmann: „Die Eitlichkeit in der alten deutschen Dichtung.“ Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Harmonium. Gähle, Damen und Herren, sehr willkommen.

Lokalverband der Elektromonteur. Sonnabend, 22. Februar, abends 9 Uhr, Kleine Andreastr. 3: Sitzung mit Vortrag: „Eine Reise durch die Schweiz und Rheinland mit Projektionsbildern.“ Kollegen wie Gäste nebst Angehörigen sind ergebenst eingeladen.

Marktpreise von Berlin am 20. Februar 1902
nach Ermittlungen des tgl. Volkspreiskomitees.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
† Weizen, gut V. Str.	17,50	17,46	Rartoffeln, neue, V. Str.	6—	4—		
„ mittel	17,42	17,38	Winterrübe, Reute 1 kg	1,60	1,20		
„ gering	17,34	17,30	„ „ „	1,40	1,—		
† Roggen, gut	14,97	14,95	Schweinefleisch	1,70	1,30		
„ mittel	14,92	14,90	Rindfleisch	1,80	1,—		
„ gering	14,87	14,85	Hammelfleisch	1,60	1,—		
* Gerst, gut	14,60	14,20	Butter	2,60	2,—		
„ mittel	14,10	13,70	„ 60 Stk.	4,80	2,80		
„ gering	13,60	13,30	Rapsen	1 kg	2,20	1,20	
* Hafer, gut	17,20	16,70	Waie	2,60	1,40		
„ mittel	16,60	16,20	„	2,80	1,30		
„ gering	16,10	15,70	„	2,40	1,20		
Wasserkraut	7,52	7,—	„	1,80	0,80		
„	8,08	6,60	„	3,00	1,40		
„	40,—	25,—	„	1,40	0,80		
„	50,—	25,—	„	15,—	3,—		
„	60,—	20,—	„				

† ad Bahn. — † frei Wagen und ad Bahn. — † frei Bahn, frei Waie.

Produktmarkt vom 21. Februar. Die Tendenz auf dem Getreidemarkt war fest. Vorwiegend ist noch wie vor Roggen, da gute Nachfrage besteht und Angebot wie Zuführen knapp bleiben. Von den ausländischen Böden wurde Anzeigung nicht geboten, Oestreich-Ungarn kam nur wenig verändert, Amerika noch schwächerem Begime etwas erhöht. Von hiesigen Böden war das Geschäft nicht sehr umfangreich; die Versteigerung für Weizen und Roggen zogen ungefähr 1/2 M. an. Weiz notierte bei kleinem Handel 10 Pf. höher. Abgeber fehlen. Späterhin festlich die Preise für beide Brotarten 1 M. höher als gestern. Futterfrüchte blieben im Vocabhandel bis behauptet, Lieferungen waren recht fest. Rohhaher 1 M. anziehend. Mühl ging aus den mehrfach erwähnten Gründen weiter im Preise zurück. Spiritus ging bei kleinem Geschäft um 20 Pf. zurück, 70er loco 34,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

H. J. Preisausschreiben. Steht in Nummer 2 des Unterhaltungsblattes.

P. A. Wenden Sie sich bei der Bauleitung der elektrischen Hochbahn, Lindenstraße 29.

H. J. -mann. Der erste Oberbeschäftigte war H. J. -mann.

H. J. -mann. Die Anweisung Ihres Vaters ist ein Schutz unzulässig. — **H. J. -mann.** 16. Februar. — **Anton 104.** 1. Rein. 2. Ja. Sie können, wenn keine gültige Beendigung stattfindet, die Sache so regeln, daß Sie die Möbel Ihrer Verwandten hinein und gleichzeitig einen gleichwertigen Teil ihrer Möbel hinausnehmen, aber mit Ihren Verwandten keinen Vergleich schließen. — **Impfung.** Sie können sich an jeden Arzt wenden. — **H. J. -mann.** Ein unethisches Kind bezieht seine Mutter genau so wie ein chinesisches. Kommt eine Mitteilung über die Art der Erbkrankheit nicht zu Hande, so müssen Sie sich an das Amtsgericht des Bezirkes wenden, in dem die Erbkrankheit zuerst bemerkt hat. — **Reisen 12. 19.** Das Mädchen kann sechsmonatliche unentgeltliche Krankenhausverpflegung verlangen und soll die unwarhe Angabe, zu der sie die Herrschaft verleitete, nicht machen. — **Alte Schindlerstraße.** 1. Rein. 2. u. 3. Ja. — **H. J. -mann.** 1 und 3 nicht aber 2, sind stets Minderjährige, deren gewerbenässige Betreiben mit Strafe bedroht ist. — **H. J. -mann.** 1. Rein; auf Interventionssache hin müßten Sie das gepfändete Geld wieder zurückgeben, wenn es sich herausstellt, daß es aus dem den denfalls Tage erhobenen Vohu besteht. 2. Der Verurteilten, dem der Besitz des Scharniers überwiesen ist, ist unabhängig. — **H. J. -mann.** Wenden Sie sich an den Magistrat, Gewerbe-Deputation, Straßburgerstr. 3-6. Der Magistrat hat die Zustimmung des Vaters zu erlangen. — **Emma 9. 106.** Da Sie sich auf ein Jahr haben mieten lassen, so besteht leider das Dienstverhältnis bis zum 1. Juli zu recht. Müßigen Sie aber jedenfalls nach dem 1. April nochmals zu dem 1. Juli, falls die Herrschaft Sie dann nicht ziehen lassen will. — **C. Radloff.** Ohne Genehmigung des Vaters dürfen Sie Ihren Vertrag entpochen solche baulichen Veränderungen nicht vornehmen. — **G. D. Friedenau.** Der Antrag auf Ruhe muß von dem Verletzten in dem Strafverfahren vor Vertündigung des ersten Urteils gestellt werden, damit auf Ruhe erkannt werden kann. — **H. J. -mann.** Wenden Sie sich an den Kremswiederer Ihres Bezirkes.

Emma 100. 1. Wenden Sie sich an den Magistrat. 2. Für Kauf wärterinnen beträgt, auch wenn Accordlohn vereinbart ist, die Abfindungssumme 14 Tage, wenn das Dienstverhältnis ihre Gewerbsfähigkeit vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt. 3. Dies nicht der Fall, so kann von jedem Teile jederzeit das Dienstverhältnis aufgehoben werden. — **H. J. -mann.** Sofern es sich nicht um Steuer- oder Alimentenforderungen handelt, ist der Lohn nur in der Höhe von über 1000 M. p. M. — **Kaunhauser.** 77. Ja. — **H. J. -mann.** 79. Die Forderung ist nicht verjähr. Nur dann wäre die Forderung verjährig, wenn Sie zur Zeit der Entnahme der Bücher und der letzten Rechnungsabgrenzung waren. — **H. J. -mann.** In die Höhe nicht erreicht, können Sie bei dem Vormundschaftsgericht und eventuell bei dem Landgericht, bei letzterem durch einen Anwalt. Für Recht auf Veräußerung der Kinder geltend machen. — **H. J. -mann.** 8. Wethnadsgeheute können selber vom Weibe zurückgefordert werden, wenn dieses vor Ablauf des Jahres (d. h. falls es am 1. Oktober eintrat, vor Ablauf des nächsten Oktobers) kündig oder durch seine Schuld entlassen wird. Die Weibchen können nur, soweit sie noch vorhanden sind, und nur die Weibchen selbst (nicht etwa Weib für ein nicht mehr vorhandenes Kind u. dgl.) gefordert werden.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 22. Februar 1902. Trocken und vorwiegend heiter, nachts etwas strenger, am Tage gelinder Frost bei mäßigen Abkühlungen. Berliner Wetterbureau.